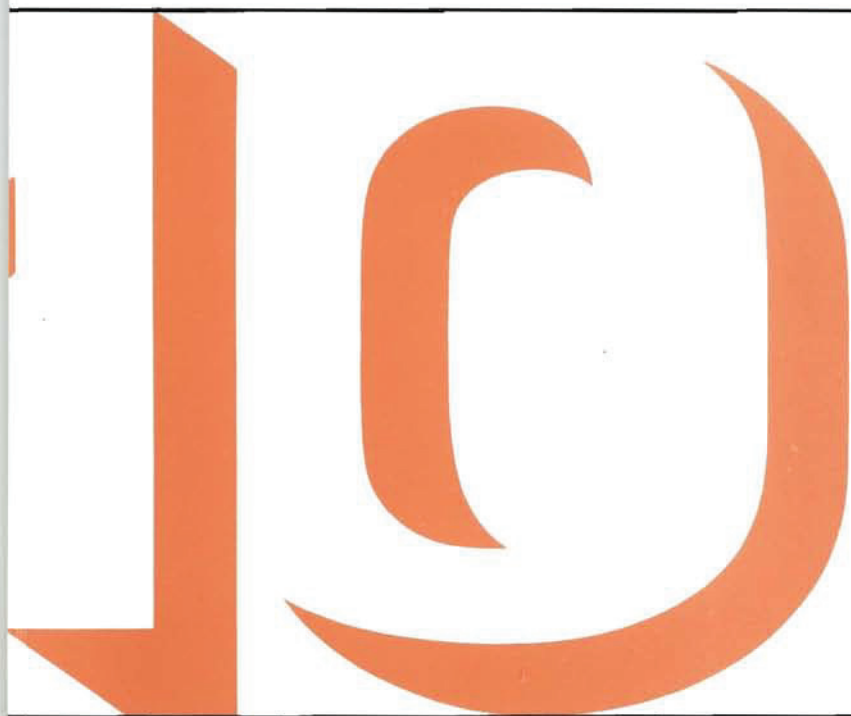
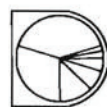


Landesamt
für Datenverarbeitung
und Statistik
Nordrhein-Westfalen



Statistische Rundschau

Oktober 1986

für das Land
Nordrhein-
Westfalen

Kurznachrichten

■ **Der Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen von Mitte August bis Mitte September 1986 um 0,1 % von 119,9 auf 120,0 Punkte gestiegen (Basis 1980 = 100). Dagegen errechnet sich im Jahresabstand wiederum eine rückläufige Preisentwicklung: Die jährliche Preisveränderungsrate beträgt -0,7 % (September 1986/85); auch im August und Juli hatte sie bei -0,7 % gelegen. — Die Indexveränderung im September 1986/85 beträgt für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen -0,6 % (120,1 Punkte), für 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen -0,5 % (120,9 Punkte) und für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern -0,2 % (120,3 Punkte). — Für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte während der ersten neun Monate dieses Jahres errechnet sich eine durchschnittliche Jahresveränderungsrate des Preisindex von -0,2 % (9 Monate 1985/84: +2,2 %).

■ Für 1985 zeigt sich eine deutlich verbesserte **Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs**. Der im vorigen Jahre erzielte Anstieg der Zahl der Gesamtbeschäftigten um 1 % auf rd. 6,8 Millionen setzt die sich bereits 1984 andeutende Tendenz fort, als mit einem Beschäftigtenwachstum von 0,1 % der in den Vorjahren zu beobachtende Abbau von Arbeitsplätzen gebremst werden konnte. Daß eine solche positive Beschäftigtenentwicklung eingetreten ist, dürfte vor allem strukturellen Anpassungs- und Erneuerungsprozessen zuzuschreiben sein, was eine differenzierte sektorale Betrachtung auch unterstreicht.

Entscheidend für die Entwicklung der Gesamtbeschäftigtenzahl 1985 waren die mit unterschiedlicher Intensität verlaufenden Umschichtungen im Verarbeitenden Gewerbe. Die, wie schon in den Vorjahren, wiederum zu verzeichnenden Arbeitsplatzverluste im Montanbereich wurden durch Aufstockungen in den sog. High-Tech-Sektoren mehr als kompensiert. Dies führte dazu, daß die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber 1984 um 1,1 % zugenommen hat.

Im Bergbau, dem traditionell in Nordrhein-Westfalen besondere Beachtung zukommt, war 1985 ein Beschäftigtenabbau um 1,9 % zu beobachten. Hierbei ist jedoch zu vermerken, daß sich das Tempo dieses anhaltenden Schrumpfungsprozesses deutlich verringerte. In den Jahren 1983 und 1984 hatten die Veränderungsraten noch -3,1 bzw. -5,6 % betragen.

Für das Ruhrgebiet zeigt sich eine parallele Entwicklung. Aufgrund der noch immer durch die Montanindustrie geprägten Wirtschaftsstruktur dieser Region ist im Verarbeitenden Gewerbe allerdings ein leichter Verlust an Beschäftigten zu verzeichnen (1985/1984 -0,2 %); aber der Beschäftigtenabbau hat auch hier an Tempo verloren. Das gesamtwirtschaftliche Beschäftigten-Wachstum im Ruhrgebiet belief sich 1985 auf +0,5 %.

■ Die in Nordrhein-Westfalen von der öffentlichen Müllabfuhr eingesammelte **Menge an Haus- und Sperrmüll** sowie hausmüll-ähnlichen Gewerbeabfällen weist — nach Gewicht — seit Jahren abnehmende Zuwachsraten auf. 1984 wurden 6,35 Mill. t dieser Abfälle eingesammelt. Gegenüber 1982 (6,31 Mill. t) entspricht das einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von nur noch 0,35 %. Von 1980 bis 1982 wuchs die Müllmenge noch um durchschnittlich 1,1 % pro Jahr, 1977 bis 1980 sogar noch um 2,7 % pro Jahr.

Völlig gegenläufig ist die Entwicklung des Müllvolumens. War hier die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 6,2 % (1977 bis 1980) in den Jahren 1980 — 1982 noch auf 4 % zurückgegangen, so stieg sie danach bis 1984 wieder auf 5,2 % an. — Bei einem um lediglich 40 000 t höheren Müllgewicht wuchs das Volumen um 3,79 Mill. m³ (1982: 35,22 Mill. m³; 1984: 39,01 Mill. m³), ganz überwiegend verursacht durch die Umstellung auf größere Müllsammelbehälter. Die geringe Vorverdichtung in Großbehältern führt so zu einem immer größeren Müllberg.

Statistische Rundschau für das Land Nordrhein- Westfalen

38. Jahrgang
Oktober 1986

ISSN 0177 – 6363

Erscheinungsfolge: monatlich.
Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen.
Hauptschriftleiter: Dr. Walter Rauch, 4000 Düsseldorf 1.
Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann.
Jahresabonnement: 48,— DM,
Einzelheft: 5,— DM.
Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf 4 49 71,
sowie der Buchhandel.
Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet.

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8610

Inhalt

- 661 Die Arbeitslosigkeit im Spiegel der Sozialhilfestatistik
- 672 Die Strafverfolgung 1985
- 690 Bewerberverhalten der Schulabgänger und ihre Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt 1986
- 697 Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1984

Rundblick

- 703 Buchführung in den landwirtschaftlichen Betrieben
- 707 Der Straßenfahrzeugbau – Zur außenwirtschaftlichen Bedeutung –
- 713 Der Bauüberhang im Wohnungsbau seit 1970

Tabellenteil

Zahlenspiegel

Zeichenerklärungen (nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Hinweis

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Zentrale Information und Beratung

Tel. (0211) 44 97 525

Die Arbeitslosigkeit im Spiegel der Sozialhilfestatistik

In der Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen 1986 wurde bedauert, daß mit der Sozialhilfestatistik nicht nachgewiesen werden kann, wie sehr die Städte durch steigende Ausgaben für Sozialhilfe aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit belastet werden¹⁾. Gemeint waren hier offensichtlich die Ausgaben für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, für die die kreisfreien Städte und Kreise als örtliche Träger der Sozialhilfe zuständig sind. Hinter dieser Klage verbirgt sich die Frage, wie die Ausgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen dadurch beeinflußt worden sind, daß infolge von Langzeitarbeitslosigkeit eine immer größere Anzahl von Menschen nicht mehr in der Lage ist, den notwendigen Lebensunterhalt aus eigenen Kräften und Mitteln zu beschaffen.

Bevor man sich der Prüfung der Berechtigung dieser Klage zuwenden kann, dürfte ein Blick in das Arbeitsförderungsgesetz, das die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit im Falle der Arbeitslosigkeit regelt, recht hilfreich sein. Die Arbeitslosen, die bei der Bundesanstalt als arbeitslos gemeldet sind, kann man in drei große Gruppen einteilen: Arbeitslose, denen die Bundesanstalt für Arbeit Arbeitslosengeld zahlt, zweitens solche, denen Arbeitslosenhilfe gewährt wird und solche, denen kein Anspruch gegen die Bundesanstalt für Arbeit zusteht.

Von den Empfängern von Kurzarbeitergeld kann in diesem Zusammenhang abgesehen werden, weil sie in der Regel kaum Anspruch auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt geltend machen dürften. Beim Kurzarbeitergeld zahlt die Bundesanstalt für Arbeit für die Ausfallstunden 68 % bzw. 63 % des Arbeitsentgelts – was einem Vierzigstel der Leistungssätze des Arbeitslosengeldes gem. § 111 AFG entspricht. Hier teilen sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Bundesanstalt für Arbeit den beim Arbeitnehmer durch die Kurzarbeit entstehenden Einkommensverlust.

Anspruch auf Arbeitslosengeld gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit hat gem. § 100 AFG, wer arbeitslos ist, der Arbeitsverwaltung zur Verfügung steht, die Anwartschaftszeit erfüllt, sich beim Arbeitsamt arbeitslos meldet und Arbeitslosengeld beantragt, es sei denn, er hat das 65. Lebensjahr vollendet.

Arbeitslos ist ein Arbeitnehmer oder Heimarbeiter, der vorübergehend nicht in einem selbständigen oder unselbständigen Beschäftigungsverhältnis steht oder nur eine geringfügige – bis zu 20 Wochenstunden dauernde – Beschäftigung ausübt (§ 102 AFG). Nicht arbeitslos ist, wer im Betrieb eines Angehörigen als Familienmitglied mithilft (§ 101 AFG) oder mehrere geringfügige Beschäftigungen oder Tätigkeiten ausübt, die zusammen die Grenze von 20 Wochenstunden (§ 102 AFG) übersteigen. Der Arbeitsvermittlung steht zur Verfügung, wer eine längere als kurzfristige Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben kann und darf und bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die er ausüben kann und darf, sowie das Arbeitsamt täglich aufsuchen kann und für das Arbeitsamt erreichbar ist (§ 103 Abs. 1 Nr. 1 – 3 AFG). Die Anwartschaftszeit für die Gewährung von Arbeitslosengeld hat erfüllt, wer in der dreijährigen Rahmenfrist (§ 104 Abs. 2, 3 AFG) 360 Kalendertage in einer die Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung begründenden Beschäftigung gestanden hat. Den Zeiten einer die Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung begründenden Beschäftigung stehen die in § 107 AFG aufgeführten Ersatzzeiten wie z. B. Wehr- und Zivildienstzeiten gleich.

Der Arbeitslose muß sich zur Anspruchsbegründung unmittelbar persönlich (§ 105 AFG) nach Eintritt des Versicherungsfalles beim Arbeitsamt melden und Arbeitslosengeld beantragen. Die Antragstellung kann formlos erfolgen.

Arbeitslosengeld wird vom Tage der Arbeitslosenmeldungen gewährt (§ 106 AFG). Seit dem 1. 1. 1983 ist durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 vom 20. 12. 1982

1) In Lüdenscheld, am 17. 4. 1986, Rede des Vorsitzenden des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Dr. Klaus Müller, „Nordrhein-Westfalen: Land der Städte“.

(BGBl. I 1857 ff.) die in § 106 AFG geregelte Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld ausgeweitet worden. Die Bezugsdauer richtet sich nach der Beschäftigung innerhalb der Rahmenfrist. Beschäftigungszeiten von insgesamt mindestens 360 Kalendertagen innerhalb der Rahmenfrist begründen eine Anspruchsdauer von 104 Tagen. Beschäftigungszeiten innerhalb der auf 4 Jahre erweiterten Rahmenfrist von insgesamt mindestens

1. 540 Kalendertagen begründen eine Anspruchsdauer von 156 Tagen,
2. 720 Kalendertagen begründen eine Anspruchsdauer von 208 Tagen,
3. 900 Kalendertagen begründen eine Anspruchsdauer von 260 Tagen,
4. 1 080 Kalendertagen begründen eine Anspruchsdauer von 312 Tagen.

Hat der Arbeitslose die Anwartschaftszeit durch Beschäftigungszeiten von weniger als 360 Kalendertagen (§ 104 Abs. 1 AFG) erworben, so begründen Beschäftigungszeiten von mindestens

1. 180 Kalendertagen eine Anspruchsdauer von 52 Tagen und
2. 240 Kalendertagen eine Anspruchsdauer von 78 Tagen.

Bei Arbeitslosen, die das 49. Lebensjahr vollendet haben und deren Anspruch auf Arbeitslosengeld in der Zeit vom 1. Januar 1985 bis zum 31. Januar 1989 entstanden ist, gilt gem. § 106a AFG eine erhöhte Anspruchsdauer. § 106a AFG wurde durch das Haushaltsbegleitgesetz vom 20. 12. 1984 in das Arbeitsförderungsgesetz eingefügt.

Die Dauer des Anspruchs von 312 Tagen nach § 106 Abs. 1 Satz III Nr. 4 AFG erhöht sich durch beitragspflichtige Beschäftigungszeiten innerhalb der auf sieben Jahre erweiterten Rahmenfrist von insgesamt mindestens

- a) 1 260 Tage auf 338 Tage,
- b) 1 440 Tage auf 364 Tage,
- c) 1 620 Tage auf 390 Tage,
- d) 1 800 Tage auf 416 Tage,
- e) 1 980 Tage auf 442 Tage,
- f) 2 160 Tage auf 468 Tage.

Der Anspruch auf Arbeitslosengeld endet mit Ablauf der Anspruchsdauer, mit Aufnahme einer Beschäftigung oder mit Ablauf des Monats, in dem das 65. Lebensjahr vollendet worden ist (§ 104 Abs. 2 AFG). Bis zum 31. 12. 1983 betrug die Höhe des Arbeitslosengeldes gem. § 111 AFG durchweg 68 % des um die gesetzlichen Abzüge, die beim Arbeitnehmer gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgeltes (§ 112 AFG). Durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 vom 22. 12. 1983 (BGBl. I 1532 ff.) ist § 111 AFG dahingehend geändert worden, daß der Vom-Hundert-Satz von 68 % nur noch für Arbeitslose gilt, die mindestens ein Kind im Sinne des § 32 Abs. 4, 6 und 7 Einkommensteuergesetz haben, gilt. Für die übrigen Arbeitslosen ist der Vom-Hundert-Satz mit Wirkung vom 1. 1. 1984 von 68 % auf 63 % gesenkt worden.

Gem. § 112 AFG ist Arbeitsentgelt im Sinne des § 111 AFG das im Bemessungszeitraum in der Arbeitsstunde durchschnittliche Arbeitsentgelt ohne Mehrarbeitszuschläge, vervielfacht mit der Zahl der Arbeitsstunden, die sich als Durchschnitt der tariflichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit der Beschäftigungsverhältnisse im Bemessungszeitraum ergibt. Bemessungszeitraum sind in diesem Zusammenhang die letzten, im Versicherungsfall abgerechneten, insgesamt 20 Tage umfassenden Lohnabrechnungszeiträume.

Für Verheiratete ergeben sich höhere Leistungsbeträge an Arbeitslosengeld als für Nichtverheiratete, weil deren Nettoarbeitsentgelt höher ist.

Anderweitiges Einkommen, das der Arbeitslose während des Bezuges des Arbeitslosengeldes aus einer selbständigen oder unselbständigen (Neben-) Tätigkeit bezieht, wird nach Abzug eines Freibetrages von 15 DM wöchentlich zur Hälfte auf das Arbeitslosengeld angerechnet (§ 115 AFG).

Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hat gem. § 134 AFG, wer arbeitslos ist, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet und Arbeitslosenhilfe beantragt hat, keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, weil der die Anwartschaftszeit (§ 104 AFG) nicht erfüllt, bedürftig ist und innerhalb eines Jahres

vor der Arbeitslosmeldung, die dem Antrag auf Arbeitslosenhilfe vorausgeht, Arbeitslosengeld bezogen hat, ohne daß der Anspruch nach § 119 Abs. 3 AFG erloschen ist (Sperrzeit), oder mindestens 150 Kalendertage – sofern der letzte Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe nach § 119 Abs. 3 AFG erloschen ist, danach mindestens 240 Kalendertage – in einer Beschäftigung gestanden oder eine Zeit zurückgelegt hat, die zur Erfüllung der Anwartschaft dienen kann. Ersatzzeiten sind Zeiten eines öffentlichen Dienstverhältnisses, Zeiten des Wehr- oder Zivildienstes sowie des Bezugs von Sozialleistungen, die ein Arbeitnehmer bei Krankheit, Unfall oder Minderung der Erwerbsfähigkeit beziehen kann, sofern sie mindestens 26 Wochen bezogen worden sind.

Im Hinblick auf die Anspruchsdauer gibt es bei der Arbeitslosenhilfe keine zeitliche Begrenzung.

Bis zum 31. 12. 1983 betrug die Höhe des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe gem. § 136 AFG durchweg 58 % des um die gesetzlichen Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgeltes. Durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 vom 22. 12. 1983 ist § 136 AFG dahingehend abgeändert worden, daß der Vom-Hundert-Satz von 58 % nur noch für Arbeitslose gilt, die mindestens 1 Kind im Sinne des § 32 Abs. 4, 6 und 7 Einkommensteuergesetz haben. Für die übrigen Arbeitslosen ist der Vom-Hundert-Satz mit Wirkung vom 1. 1. 1984 von 58 % auf 56 % gesenkt worden.

Gem. § 137 AFG ist der Arbeitslose bedürftig im Sinne von § 134 Abs. 1 Nr. 3 AFG, soweit er seinen Lebensunterhalt und den seines Ehegatten sowie seiner Kinder, für die er Anspruch auf Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder auf eine das Kindergeld ausschließende Leistung für Kinder hat, nicht auf andere Weise als durch Arbeitslosenhilfe bestreitet oder bestreiten kann und das Einkommen, daß nach § 138 AFG zu berücksichtigen ist, die Arbeitslosenhilfe nach § 136 AFG nicht erreicht. Der Arbeitslose ist nicht bedürftig im Sinne von § 134 Abs. 1 Nr. 3 AFG, solange mit Rücksicht auf sein Vermögen, das Vermögen seines nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten oder das Vermögen der Eltern eines minderjährigen unverheirateten Arbeitslosen die Gewährung von Arbeitslosenhilfe nicht gerechtfertigt ist.

Im Rahmen der Bedürfnisprüfung sind gem. § 138 AFG als Einkommen zu berücksichtigen

- a) Einkommen des Arbeitslosen einschließlich der Leistungen, die er von Dritten erhält oder beanspruchen kann, soweit es nicht nach § 115 AFG auszunehmen ist; Unterhaltsansprüche gegen Verwandte zweiten oder entfernteren Grades sind nicht zu berücksichtigen,
- b) Einkommen des vom Arbeitslosen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten und der Eltern eines minderjährigen unverheirateten Arbeitslosen, soweit es jeweils 75 DM in der Woche übersteigt; dieser Betrag erhöht sich um 35 DM für jede Person, der der Angehörige aufgrund einer rechtlichen oder sittlichen Pflicht nicht nur geringfügig Unterhalt gewährt; hierbei wird der Arbeitslose nicht mitgerechnet.

Soweit die Klage darüber, daß mit der Sozialhilfestatistik nicht nachgewiesen werden könne, wie sehr die Städte durch steigende Ausgaben für Sozialhilfe aufgrund der Langzeitarbeitslosigkeit belastet werden, die Sozialhilfestatistik aufgrund des Gesetzes über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. 1. 1963 – geändert durch das 1. Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften vom 14. 3. 1980 – betrifft, ist sie berechtigt, wenn man von der Zusatzstatistik zur Sozialhilfestatistik aus dem Jahre 1981 auf dem Gebiete der laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt absieht. Diese Erhebung war auf Grund der Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über Hilfe zum Lebensunterhalt vom 2. Juli 1981 (BGBl. I S. 610) in Verbindung mit § 6 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289) im September 1981 durchgeführt worden.

Nach § 2 Ziffer 1 des Gesetzes vom 15. 1. 1963 wurden in der Jahresstatistik der Sozialhilfe bis 1980 bei der Hilfe außerhalb von Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen die Zahl der Empfänger der Hilfe und die Aufwendungen im Berichtsjahr, aufgegliedert nach Empfängergruppen und Hilfearten, erfaßt. Nach Art. 19 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. 3. 1980 werden gem. § 2 des Gesetzes

über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiete der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe in der Statistik der Sozialhilfe im Berichtsjahr bei der Hilfe in und außerhalb von Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen erfragt: jährlich die Aufwendungen und bis 1980 die Zahl der Empfänger der Hilfe, jeweils gegliedert nach Empfängergruppen und Hilfearten, ab 1981 die Zahl der Empfänger der Hilfe jährlich abwechselnd repräsentativ mit einem Auswahlstich von 20 % oder total, jeweils gegliedert nach Empfängergruppen und Hilfearten. Nach dem z. Z. in der Beratung im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Entwurf zum 2. Statistikbereinigungsgesetz ist eine Rückkehr zur Vollerhebung bei der Empfängerstatistik der Sozialhilfe beabsichtigt.

Daher kann man zu der Fragestellung, ob durch die lange anhaltende hohe Arbeitslosigkeit der Sozialhilfesaufwand der Kreise und kreisfreien Städte beeinflusst wird, nur die Zahlen für den Aufwand und die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Zahlen über die Höhe der Regelsätze den Zahlen für den Aufwand der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe sowie den Zahlen der Arbeitslosen bzw. den Empfängern von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit – sei es in Form von Arbeitslosengeld oder -hilfe – sowie den nicht Anspruchsberechtigten gegenüber der Bundesanstalt gegenüberstellen.

Regelsätze für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 1975 – 1985		
Regelsatz	Eckregelsätze an Haushaltsvorstände in DM	1975 = 100
1975 ¹⁾	255	100
1980	310	121,6
1982	338	132,5
1983	345	135,3
1984	356	139,6
1985	379	148,6

1) Höchstsatz

Tabellenteil: 1 und 2

Die Höhe des Aufwandes für laufende Leistungen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im wesentlichen durch drei Faktoren beeinflusst, einmal durch die Höhe der Regelsätze, weil diese Hilfe gem. § 22 Bundessozialhilfegesetz nach Regelsätzen gewährt wird, zum anderen durch die Zahl der Hilfeempfänger, denen diese Hilfe gewährt wird, und zum dritten durch die Dauer der Hilfestellung.

Dabei ist die Einflußgröße Regelsatz abhängig von einer Veränderung der Lebenshaltungskosten, so daß lediglich über die Zahl der Empfänger und die Dauer der Hilfestellung eine Möglichkeit der Beeinflussung der Höhe des Sozialhilfesaufwandes durch die Arbeitslosigkeit denkbar erscheint.

Jährlicher Zuwachs der Regelsätze von 1982 bis 1985 geringer als von 1975 bis 1982

Der Aufwand für laufende Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen durch die örtlichen Träger der Sozialhilfe hat sich von 1975 (ca. 700 Mill. DM) bis zum Jahre 1982 (ca. 1 402 Mill. DM) verdoppelt, von 1982 bis 1985 nochmals um fast die Hälfte (ca. 700 Mill. DM) erhöht; das ist die gleiche nominale Steigerung von 7 Jahren (1975/1982) in nunmehr 3 Jahren (1982/1985). Sieht man sich die Steigerung der ersten Einflußgröße – die Veränderung der Regelsätze – in den gleichen Zeiträumen an, so stellt man fest, daß einem Anstieg von 1975 zum Jahre 1982 um ein Drittel eine Zunahme von 1982 bis 1985 lediglich um ein Achtel (+12 %) gegenübersteht. Bei den Empfängerzahlen ist für die sieben Jahre von 1975 bis 1982 eine Zunahme von knapp einem Drittel (+30 %) zu verzeichnen, während in den drei Jahren von 1982 bis 1985 ein Anstieg um zwei Fünftel (+40 %) festzustellen war. Die Betrachtung der dritten Einflußgröße – der Dauer der Hilfestellung – ist nur über eine Berechnung indirekt aus den Empfängerzahlen im Jahr bzw. am Ende des Jahres zu ermitteln, wenn man davon ausgeht, daß der Anteil der Hilfeempfänger am Jahresende an den Gesamtzahlen der Personen, denen während des Jahres Hilfe gewährt worden ist, Rückschlüsse auf die durchschnittliche Dauer der Hilfestellung zuläßt. Geht man davon aus, daß der Durchschnitt aus Anfangs- und Endbestand eines Jahres dem durchschnittlichen Jahresbestand an Hilfeempfängern während des Jahres entspricht, so ergibt sich für die Zahl der Hilfeempfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen von 1982 auf das Jahr 1984 eine

Stärkerer Anstieg der Sozialhilfeempfängerzahlen in den 80er als in den 70er Jahren

durchschnittliche Zunahme der Dauer der Hilfestellung von 642 auf 865 Tage, was einer Steigerung um mehr als ein Drittel entspricht (+35 %) ²⁾. Die Zunahme von 1982 auf das Jahr 1985 kann noch nicht angegeben werden, weil das Ergebnis für 1985 der Empfängerstatistik noch nicht vorliegt. In der gleichen Zeit (1975/1982), in der sich der Aufwand für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt von ca. 700 Mill. DM auf 1,4 Mrd. DM fast verdoppelte, nahm der Aufwand für Arbeitslosengeld und -hilfe zusammengekommen von 2,4 Mrd. DM auf 6,9 Mrd. DM um fast das Doppelte zu, d. h. er verdreifachte sich fast. Diese Zunahme beruhte zum größten Teil (67 %) auf der Zunahme des Aufwandes für Arbeitslosengeld (+3,1 Mrd. DM), zum geringeren Teil (33 %) auf dem Anstieg des Aufwandes für Arbeitslosenhilfe (+1,5 Mrd. DM).

In den drei Jahren von 1982 auf 1985 lag der Anstieg der Ausgaben für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt mit +710 Mill. DM etwa knapp über dem Anstieg in den vorausgegangenen 7 Jahren von 1975 bis 1982. Die Zunahme des Aufwandes für Arbeitslosenhilfe und -geld zusammengekommen betrug von 1982 bis 1985 255 Mill. DM. Das ist nur der zwanzigste Teil dessen, was in den vorausgegangenen 7 Jahren von 1975 bis 1982 an Steigerung (4,5 Mrd. DM) zu beobachten war. Dieses Auseinanderfallen der Entwicklung bei dem Aufwand für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und den Ausgaben für Arbeitslosengeld bzw. -hilfe zusammengekommen, ist darauf zurückzuführen, daß nur die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe in dieser Zeit noch um ca. 1,5 Mrd. DM oder fast ein Drittel zugenommen haben, während die Bundesanstalt für Arbeit 1984 ca. 1,2 Mrd. DM oder fast ein Viertel weniger Arbeitslosengeld zahlte als 1982.

Bei dieser Gegenüberstellung der Veränderungsraten des Aufwandes für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt einerseits und des Aufwandes für Arbeitslosengeld bzw. -hilfe andererseits muß natürlich berücksichtigt werden, daß mit den Zahlen für den Aufwand für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt auch solche Hilfestellungen mit berücksichtigt werden, die aus anderen Gründen als Arbeitslosigkeit eines Mitgliedes des Haushaltes bzw. Haushaltsteils gewährt werden.

Das ist auch so bei den Zahlen der Hilfeempfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, wenn man sie in der Zeitreihe von 1975 bis 1985 mit der Zahl der Arbeitslosen, der Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe, der Empfänger von Arbeitslosenhilfe, die zuvor Arbeitslosengeld empfangen hatten, sowie mit der Zahl der gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit Nichtanspruchsberechtigten gegenüberstellt. In den 7 Jahren von 1975 bis 1982 nahm die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt um 113 854 (=30 %) zu, während die Zunahme von 1982 bis 1985 – in drei Jahren also – 187 652 = 38 % betrug. Die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen stieg von 1975 bis 1982 um 267 120 oder 89 %, während sie in den drei Jahren von 1982 bis 1985 nur noch um 166 290 oder ein gutes Viertel (+29 %) zunahm. Dieses Nachlassen der Zuwachsraten besonders in den letzten beiden Jahren nach dem besonders starken Ansteigen in den Jahren von 1981 bis 1983 ist auf die unterschiedliche Entwicklung bei den Zahlen der Empfänger von Arbeitslosengeld, von Arbeitslosenhilfe sowie der nichtanspruchsberechtigten Arbeitslosen zurückzuführen, wobei sich der Rückgang bei den Zahlen der Empfänger von Arbeitslosengeld in Höhe von –53 947 seit 1983 besonders bemerkbar macht. Wären die Ausgaben für Arbeitslosengeld und -hilfe von 1982 bis 1985 in dem gleichen Umfang gestiegen wie die Zahl der Arbeitslosen, so würden sie 1985 ca. 8,8 Mrd. DM betragen haben und hätten damit um mehr als ein Fünftel (+22 %) höher als 1982 gelegen.

Eine Erfassung der Hauptursache der Hilfestellung sowie die Erfassung der Art des bei der Hilfestellung dieser Hilfeart angerechneten bzw. in Anspruch genommenen Einkommens im Hinblick auf die Gewährung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt findet aufgrund des Gesetzes über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiete der Sozialhilfe, der Kriegsoberfürsorge und der Jugendhilfe nicht statt. Eine gesetzliche Verankerung der Erhebung dieser Merkmale hat weder das 1. Statistikbereinigungsgesetz gebracht noch wird der Entwurf des 2. Statistikbereinigungsgesetzes – soweit es der Inhalt der Bundesrats-Drucksache 255/86 vom 30. 5. 1986 erkennen läßt – eine solche gesetzliche Regelung bringen. Statt dessen wird bei der

Von 1982 bis 1985 Anstieg der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslosenhilfe, dagegen Rückgang der Ausgaben für Arbeitslosengeld

2) Die durchschnittliche Dauer der Hilfestellung (D) – gemessen in Tagen – wird aus folgenden Größen ermittelt: Zahl der Hilfeempfänger am Ende des vorausgegangenen Jahres (A), Zahl der Hilfeempfänger am Ende des Berichtsjahres (E), Zahl der Hilfeempfänger während des Jahres (T) nach der Formel:

$$D = \frac{(A + E) \times 365}{2 \times T - (A + E)} \quad (\text{in Schaltjahren wie 1984 mit 366 zu rechnen})$$

Gewährung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt die Erfassung der Hauptursache der Hilfestellung sowie die Erfassung der Art des bei der Hilfestellung dieser Hilfestellung angerechneten bzw. in Anspruch genommenen Einkommens in allen Ländern bis auf Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz seit 1963, mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen seit 1978 und in allen Bundesländern seit 1980 auf freiwilliger Basis erhoben. Als Hauptursache der Hilfestellung wird der jeweils verursachende Anlaß für den ersten Fall der Gewährung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an den Haushalt erfaßt, und zwar in folgender Merkmalsausprägung: Krankheit, Tod des Ernährers, Ausfall des Ernährers, unwirtschaftliches Verhalten, Verlust des Arbeitsplatzes, unzureichende Versicherungs- oder Versorgungsansprüche, unzureichendes Erwerbseinkommen oder sonstige Ursachen. Eine Änderung der Ursache im Berichtsjahr kann im laufenden Berichtsjahr nicht berücksichtigt werden. Eine solche Änderung kann sich erst im folgenden Berichtsjahr auswirken. Unzureichendes Einkommen wird nur dann erfaßt, wenn keine der anderen Ursachen als Hauptursache der Hilfestellung anzusehen ist.

Beim angerechneten bzw. in Anspruch genommenen Einkommen werden jeweils sämtliche im Haushalt vorkommenden Einkünfte erfaßt, die in die regelsatzmäßige Berechnung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt einbezogen sind, und zwar Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, Krankenversicherungsbezüge, Leistungen aus der gesetzlichen Unfall-, Renten- und Handwerkerversicherung und Altershilfe für Landwirte, Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, Lastenausgleichsgesetz-Bezüge, Arbeitslosengeld bzw. -hilfe, Renten aus Privatversicherungen und betriebliche Alterssicherung, private Unterhaltsleistungen, Kindergeld, Wohngeld und sonstige Einkünfte. Daher rechnen Pensionen aus öffentlichen Kassen zu den „sonstigen Einkünften“.

In Nordrhein-Westfalen sind die Ergebnisse der Erfassung der Hauptursache der Hilfestellung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt auf freiwilliger Basis in den Jahren 1980, 1982 und 1983 – sieht man von der Nichtverwertbarkeit des Ergebnisses der Sozialhilfestatistik – Empfängernachweis – im Jahre 1981 im Hinblick auf die Stichprobenerhebung auf der Grundlage einer Buchstabenauswahl der Buchstaben H, I, M, P einmal ab – aus Gründen der Untererfassung bei einzelnen Merkmalsausprägungen nur eingeschränkt verwertbar gewesen, soweit die Arbeitslosigkeit als Hauptursache der Hilfestellung in Frage stand. Das lag einmal zum Teil an dem mangelnden Problembewußtsein bei den Berichtsstellen, wo in großem Umfang Fehler bei der Verschlüsselung der Hauptursache der Hilfestellung in den Sozialämtern vor Ort gemacht wurden. Zum anderen war im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit nach dem „Verlust des Arbeitsplatzes“ als Hauptursache der Hilfestellung bei der Hilfestellung laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gefragt worden. Das führte dann nicht zu einer Nennung dieses Merkmals, wenn bei dem Verlust des Arbeitsplatzes unmittelbar kein Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt entstand, weil das Arbeitslosengeld allein oder in Verbindung mit sonstigen Einkünften das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft (des Haushalts oder Haushaltsteils) über dem Sozialhilfeniveau hielt. Wurde in solch einem Fall nach Auslaufen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld Arbeitslosenhilfe von der Bundesanstalt für Arbeit gewährt und nun ein Anspruch auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt fällig, wurde von den Sozialämtern der Zusammenhang zwischen dem Verlust des Arbeitsplatzes und der Hilfestellung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nicht mehr gesehen und dementsprechend eine andere Hauptursache erfaßt. Im Hinblick auf diese Fehlerquelle wird für die Empfängerstatistik 1986 das Merkmal „Verlust des Arbeitsplatzes“ durch „Arbeitslosigkeit“ ersetzt werden. Auch aus einem anderen Grund erwies sich die Formulierung „Verlust des Arbeitsplatzes“ als nicht besonders glücklich, denn auch bei der Unmöglichkeit, einen Arbeitsplatz zu erlangen (Jugendarbeitslosigkeit), spielt die Arbeitslosigkeit als Hauptursache der Hilfestellung bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt eine Rolle, ohne daß das Merkmal „Verlust des Arbeitsplatzes“ sich als zutreffend erweisen muß. Deshalb soll auf die Arbeitslosigkeit des Haushaltsvorstandes oder eines Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft (des Haushalts) abgestellt werden, um sowohl der Jugendarbeitslosigkeit wie auch der Langzeitarbeitslosigkeit im Rahmen der Darstellung als Hauptursache der Hilfestellung bei laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in gebührender Weise Rechnung tragen zu können.

Im Tabellenprogramm der Sozialhilfestatistik – Empfängernachweis – spielt die Hauptursache der Hilfestellung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nur insofern eine Rolle, als die Haushalte von Empfängern laufender Hilfe zum Lebens-

unterhalt in einer Tabelle nach der Hauptursache der Hilfestellung und nach dem Typ des Haushalts bzw. Haushaltsteils gegenübergestellt werden.

Bei denjenigen Haushalten oder Haushaltsteilen, denen 1984 in Nordrhein-Westfalen von örtlichen Trägern außerhalb von Einrichtungen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt worden ist, war Arbeitslosigkeit des Haushaltsvorstands oder eines Angehörigen des Haushalts bei jedem Vierten (24 %) die Hauptursache der Hilfestellung. Besonders häufig war Arbeitslosigkeit als Hauptursache der Hilfestellung bei Familien mit Kindern als Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt anzutreffen, nämlich bei drei Fünfteln, und zwar bei 61 % der Ehepaare mit zwei Kindern, bei 60 % der Ehepaare mit drei und mehr Kindern und bei 59 % der Ehepaare mit einem Kind. Bei den einzeln nachgewiesenen Haushaltsvorständen, d. h. bei den alleinlebenden Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, war bei zwei von fünf Männern (43 %), jedoch nur bei jeder siebten Frau (15 %) Arbeitslosigkeit die Hauptursache der Hilfestellung. Auch bei den sogenannten unvollständigen Familien, wenn nur ein Haushaltsvorstand zusammen mit Kindern in einem Haushalt lebte, war ein deutlicher Unterschied festzustellen, je nachdem ob der Haushaltsvorstand ein Mann war (38 %) oder eine Frau (8 %). Daß bei aus allein mit Kindern lebenden Frauen bestehenden Haushalten seltener Arbeitslosigkeit als Hauptursache der Hilfestellung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt genannt wurde, ist darauf zurückzuführen, daß bei diesem Haushaltstyp private Unterhaltszahlungen Dritter – z. B. des geschiedenen Ehegatten – beim eingesetzten Einkommen eine größere Rolle spielen.

1984 Arbeitslosigkeit Hauptursache der Hilfestellung von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen bei jedem vierten Haushalt

Haushalte von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen des örtlichen Trägers 1984 nach Verlust des Arbeitsplatzes als Hauptursache der Hilfestellung und Typ des Haushalts oder Haushaltsteils			
Haushaltstyp (HV = Haushaltsvorstand)	Haushalte oder Haushaltsteile zusammen	Darunter Haushalte oder Haushaltsteile mit Verlust des Arbeitsplatzes als Hauptursache der Hilfestellung	
		Anzahl	%
Einzeln nachgewiesene HV, männlich	48 675	21 075	43
Einzeln nachgewiesene HV, weiblich	83 841	12 329	15
Sonstige einzeln nachgewiesene Hilfsempfänger, männlich	29 096	7 100	24
Sonstige einzeln nachgewiesene Hilfsempfänger, weiblich	30 381	4 459	15
Ehepaare ohne Kinder	16 494	5 098	31
Ehepaare mit 1 Kind	12 401	7 271	59
Ehepaare mit 2 Kindern	10 519	6 422	61
Ehepaare mit 3 und mehr Kindern	8 144	4 909	60
HV männlich, mit 1 Kind	1 041	408	39
HV weiblich, mit 1 Kind	32 257	3 317	10
HV männlich, mit 2 Kindern	532	194	36
HV weiblich, mit 2 Kindern	18 241	899	5
HV männlich, mit 3 und mehr Kindern	322	117	36
HV weiblich, mit 3 und mehr Kindern	7 204	282	4
Sonstige Haushalte mit 2 Personen darunter mit Kind(ern)	12 983	2 031	16
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen darunter mit Kind(ern)	6 050	371	6
	13 130	3 692	28
	10 665	2 850	27
Haushalte insgesamt	325 261	79 603	24

Da das Tabellenprogramm der Sozialhilfestatistik – Empfängernachweis – eine weitergehende Darstellung der Struktur der Haushalte bzw. der Haushaltsteile bzw. Hilfsempfänger, bei denen die Hauptursache der Hilfestellung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Arbeitslosigkeit bestand, nicht ermöglicht, hat das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen die Datensätze aller derjenigen Empfänger, bei denen Arbeitslosigkeit als Hauptursache der Hilfestellung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt erfaßt worden ist, auf einen Datenträger übernommen und damit das allgemeine Tabellenprogramm für die Empfängerstatistik der Sozialhilfestatistik angedruckt.

Durch eine Gegenüberstellung dieser Tabellen mit den Tabellen, die mit der Gesamtmasse der Datensätze der Empfängerstatistik der Sozialhilfe erstellt worden sind, ist es möglich, in Bezug auf alle Merkmalsausprägungen des Tabellenprogramms den Anteil derjenigen Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, bei denen Arbeitslosigkeit die Hauptursache für die Gewährung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt bildete, an der Anzahl aller Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zu ermitteln.

Bei zwei Dritteln der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im Alter von 18 bis unter 65 Jahren war Arbeitslosigkeit die Hauptursache der Hilfestellung

Etwas mehr als ein Drittel (36 %) derjenigen, denen 1984 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gewährt wurde, waren unter 18 Jahre alt, etwas mehr als die Hälfte (55 %) war im Alter von 18 bis 65 Jahren und knapp ein Zehntel (9 %) über 65 Jahre alt. Der Anteil derjenigen, die unter 18 Jahre alt waren, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen bekommen hatten und bei denen Arbeitslosigkeit die Hauptursache der Hilfestellung gewesen war, war mit 32 % etwas geringer, während der Anteil der 18- bis 65jährigen mit gut zwei Dritteln (68 %) erheblich größer war als bei allen Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt. Der Anteil der über 65jährigen (0,3 %) bei den Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, bei denen Arbeitslosigkeit die Hauptursache der Hilfestellung bildete, war vernachlässigenswert. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß die über 65 Jahre alten Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen kaum deshalb laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, weil ein Angehöriger mit dem sie im Haushalt zusammenleben, arbeitslos ist.

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1984 nach Alter und Geschlecht									
Alter von ... bis unter ... Jahren	Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen			Davon					
				Männer			Frauen		
	insgesamt	darunter Personen, bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes die Hauptursache der Hilfestellung war		zusammen	darunter Personen, bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes die Hauptursache der Hilfestellung war		zusammen	darunter Personen, bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes die Hauptursache der Hilfestellung war	
		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%
unter 7	73 884	21 994	30	37 461	11 077	30	36 423	10 917	30
7 — 11	44 562	10 072	23	22 549	5 249	23	22 013	4 823	22
11 — 15	51 705	11 072	21	26 097	5 592	21	25 608	5 480	21
15 — 18	40 670	8 188	20	20 017	4 074	20	20 653	4 114	20
18 — 21	35 486	13 052	37	14 428	5 435	38	21 058	7 617	36
21 — 25	42 334	17 415	41	16 014	7 801	49	26 320	9 614	37
25 — 50	184 890	66 497	36	74 228	37 873	51	110 662	28 624	26
50 — 60	42 815	11 767	27	17 437	6 737	39	25 378	5 030	20
60 — 65	14 069	1 352	10	3 668	623	17	10 401	729	7
65 — 70	9 470	218	2	2 032	78	4	7 438	140	2
70 — 75	15 082	120	1	2 650	40	2	12 432	80	1
75 und mehr	27 612	111	0	4 202	52	1	23 410	59	0
Insgesamt	582 579	161 858	28	240 783	84 631	35	341 796	77 227	23
unter 18	210 821	51 326	24	106 124	25 992	24	104 697	25 334	24
18 — 60	305 525	108 731	36	122 107	57 846	47	183 418	50 885	28
60 und mehr	66 233	1 801	3	12 552	793	6	53 681	1 008	2
18 — 65	319 594	110 083	34	125 775	58 469	46	193 819	51 614	27
65 und mehr	52 164	449	1	8 884	170	2	43 280	279	1
21 — 50	227 224	83 912	37	90 242	45 674	51	136 982	38 238	28

Bei den unter 18 Jahre alten Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, bei denen Arbeitslosigkeit eines zum Haushalt gehörigen Angehörigen die Hauptursache der Hilfe bildete, war der Anteil an der Zahl aller Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bei Männern (25 %) wie Frauen (24 %) in etwa gleich hoch. Jeder Vierte erhielt laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, weil er mit einem oder mehreren Arbeitslosen gemeinsam in einem Haushalt lebte oder selbst arbeitslos war.

Bei den Empfängern im Alter zwischen 18 und 65 Jahren war die Hauptursache für die Hilfestellung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bei jedem Dritten (34 %) die Arbeitslosigkeit eines Mitgliedes des Haushalts. Bei den jungen Erwachsenen — im Alter von 21 bis 25 Jahren — waren es 4 von 10 Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, bei denen Arbeitslosigkeit Hauptursache der Hilfestellung war.

Bei den Empfängern im erwerbstätigen Alter (18 bis 65 Jahre) lag der Anteil derjenigen Empfänger, bei denen Arbeitslosigkeit eines Mitgliedes des Haushalts die Hauptursache der Hilfestellung darstellte, an der Zahl aller Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt dieser Altersgruppe bei Männern erheblich höher (46 %) als bei den Frauen (27 %). Besonders deutlich wird der Unterschied der Bedeutung der Arbeitslosigkeit als Hauptursache der Hilfestellung bei Männern und Frauen im Alter von 21 bis unter 50 Jahren. Bei den Männern dieser Altersgruppe bildete die Arbeitslosigkeit bei jedem Zweiten (51 %) und bei den Frauen bei jeder Vierten (28 %) die Hauptursache in dieser Altersgruppe. Bei den Frauen spielt der Ausfall

oder der Tod des Ernährers als Hauptursache der Hilfestellung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt eben doch eine größere Rolle. Bei den über 65jährigen Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt spielt die Arbeitslosigkeit eines Mitglieds des Haushalts oder des Empfängers von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt selbst keine große Rolle.

Betrachtet man die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Typ des Haushalts bzw. Haushaltsteils, in dem die Empfänger leben, so ergibt sich, daß 60 % der Empfänger als Ehepaare mit Kindern leben, denen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wegen Arbeitslosigkeit eines Haushaltsmitglieds gewährt wurde. Waren alleinlebende Männer (43 %) oder Männer als Haushaltsvorstände von unvollständigen Familien (37 %) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, so war in 4 von 10 Fällen Arbeitslosigkeit der Grund der Hilfestellung. Daß bei den alleinlebenden Frauen (15 %) und bei den Frauen, die als Alleinerziehende einer unvollständigen Familie vorstanden (7 %), der Anteil der Arbeitslosigkeit als Hauptursache für die Gewährung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt erheblich niedriger ist als bei den Männern in vergleichbarer familiärer Situation, ist im Hinblick auf die größere Bedeutung, die bei ihnen der Tod oder der Ausfall des Ernährers spielte, einsichtig. Daß bei Empfängern, die als Ehepaare ohne Kinder Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen waren, nur knapp bei jedem Dritten (31 %) Arbeitslosigkeit die Hauptursache der Hilfestellung darstellte, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß hier in größerem Umfang zumindest ein Ehepartner noch erwerbstätig war, so daß die Gewährung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bedürftigkeit scheiterte.

Bei drei Fünfteln der Ehepaare mit Kindern, die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt waren, war Arbeitslosigkeit die Hauptursache der Hilfestellung

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1984 nach Haushaltstypen						
Haushaltstyp bzw. Haushaltsteil (HV = Haushaltsvorstand)	Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen			Darunter Ausländer		
	insgesamt	darunter Personen, bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes Hauptursache der Hilfestellung war		zusammen	darunter Personen, bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes Hauptursache der Hilfestellung war	
		Anzahl	%		Anzahl	%
Einzel nachgewiesene HV, männlich	48 675	21 075	43	10 777	2 532	23
Einzel nachgewiesene HV, weiblich	83 841	12 329	15	2 187	475	22
Sonstige einzeln nachgewiesene Hilfeempfänger, männlich	29 096	7 100	24	2 935	667	23
Sonstige einzeln nachgewiesene Hilfeempfänger, weiblich	30 381	4 459	15	1 191	238	20
Ehepaare ohne Kinder	32 988	10 196	31	2 779	673	24
Ehepaare mit 1 Kind	37 203	21 813	59	4 690	1 808	39
Ehepaare mit 2 Kindern	42 076	25 688	61	5 810	2 531	44
Ehepaare mit 3 und mehr Kindern	45 949	27 408	60	11 083	4 938	45
HV männlich, mit 1 Kind	2 082	816	39	230	61	27
HV weiblich, mit 1 Kind	64 514	6 634	10	1 461	227	16
HV männlich, mit 2 Kindern	1 596	582	36	150	53	35
HV weiblich, mit 2 Kindern	54 723	2 697	5	1 585	145	9
HV männlich, mit 3 und mehr Kindern	1 461	528	36	213	73	34
HV weiblich, mit 3 und mehr Kindern	31 531	1 218	4	1 868	175	9
Sonstige Haushalte mit 2 Personen	25 966	4 062	16	1 232	241	20
darunter mit Kindern	12 100	742	6	396	45	11
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen	50 511	15 258	30	3 568	1 093	31
darunter mit Kindern	42 529	12 515	29	3 077	963	31
Insgesamt	582 593	161 863	28	51 759	15 930	31
Ehepaare mit Kindern	125 228	74 909	60	21 583	9 277	43
HV männlich mit Kindern	5 139	1 926	37	593	187	32
HV weiblich mit Kindern	150 768	10 549	7	4 914	547	11

Bei den ausländischen Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen war der Anteil derjenigen, bei denen die Arbeitslosigkeit die Hauptursache der Hilfestellung bildete, an der Anzahl aller ausländischen Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit knapp einem Drittel (31 %) geringfügig höher als bei allen Empfängern dieser Leistung. Soweit ausländische Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in einem Haushalt lebten, der aus Ehepaaren mit Kindern bestand, so war bei vier von zehn (43 %) Arbeitslosigkeit eines Haushaltsangehörigen die Hauptursache der Hilfestellung. Bei den ausländischen Ehepaaren ohne Kinder, denen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gewährt wurde, war bei jedem Vierten (24 %) Arbeitslosigkeit eines der Ehegatten die Hauptursache der Hilfestellung. Waren Ausländer als alleinlebende Männer (23 %) oder als Haushaltsvorstände von

unvollständigen Familien (32 %) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, so war der Anteil derjenigen, bei denen Arbeitslosigkeit die Hauptursache bildete, niedriger als bei den deutschen Hilfeempfängern in vergleichbarer familiärer Situation. Das wird darauf zurückzuführen sein, daß hier der Anteil der Ausländer, die im Hinblick auf Asylanträge keine Arbeitsgenehmigung besitzen, ins Gewicht fiel, denn bei dieser Personengruppe wurde besonders häufig eine „sonstige Ursache“ als Hauptursache der Hilfestellung genannt. Waren alleinstehende Frauen (21 %) oder Frauen als Haushaltsvorstände von unvollständigen Familien (11 %) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bei Ausländern, so war in jedem siebten Fall (15 %) die Hilfestellung auf Arbeitslosigkeit eines Haushaltsangehörigen zurückzuführen.

Betrachtet man die Stellung der Hilfeempfänger, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wegen Arbeitslosigkeit eines Haushaltsangehörigen bekommen haben, zum Haushaltsvorstand, so waren vier von zehn (42 %) selbst Haushaltsvorstand, jede Sechste (16 %) war Ehegattin, jeder Dritte lebte als Kind (32 %) und jeder Neunte (11 %) war als sonstige Person im Haushalt gezählt worden, d. h. entweder als nichtlediges Kind, Schwiegerkind, Pflegekind oder Enkelkind, deren Eltern im Haushalt lebten. Bei den ausländischen Hilfeempfängern, denen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wegen Arbeitslosigkeit eines Haushaltsangehörigen gewährt wurde, war der Anteil der Empfänger, die selbst Haushaltsvorstand waren, mit 39 % etwas geringer als bei den Deutschen; bei denen, die als Kinder gezählt worden waren (37 %), war der Anteil etwas höher als bei den Deutschen.

Betrachtet man die Arbeitslosigkeit als Hauptursache der Hilfestellung bei laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Hinblick auf die Stellung der Empfänger im Haushalt, so ergibt sich, daß bei jedem vierten (26 %) Haushaltsvorstand, bei jedem vierten Kind (25 %), jeder vierten sonstigen Person (25 %) und bei jeder zweiten Ehefrau (41 %) Arbeitslosigkeit des Empfängers oder eines Haushaltsmitgliedes die Hauptursache der Hilfestellung war. Bei den ausländischen Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen waren die Anteile bei den Haushaltsvorständen (28 %) und bei den Kindern (34 %) etwas höher, während sie bei den Ehefrauen mit 38 % niedriger lagen als bei den Deutschen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die ausländischen Familien kinderreicher sind bzw. der Anteil der Alleinstehenden bei den Ausländern höher liegt als bei den Deutschen.

Betrachtet man die Haushalte von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, die als angerechnetes Einkommen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bekommen haben, danach, ob bei ihnen der Verlust des Arbeitsplatzes die Hauptursache der Hilfestellung bildete, so war dies bei drei von vier Haushalten (75 %) der Fall, bei den Ehepaaren mit Kindern sogar bei vier von fünf Haushalten, bei den allein erziehenden Frauen mit Kindern dagegen nur bei etwas mehr als der Hälfte (52 %). Wenn auch bei den Frauen der niedrigere Anteil derjenigen, bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes die Hauptursache der Hilfestellung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bildete, insofern plausibel ist, als bei Frauen der Ausfall bzw. der Tod des Ernährers eine größere Rolle als Hauptursache der Hilfestellung spielen mag, so ist doch nicht auszuschließen, daß bei Bezug von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe nicht in allen Fällen – in denen dies hätte geschehen müssen – der Verlust des Arbeitsplatzes als Hauptursache des Sozialhilfebezugs angegeben worden ist. Das wird man erst beurteilen können, wenn eine entsprechende Untersuchung in Form einer Zeitreihe vorliegt.

Bei vier von zehn Haushalten, die Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten und bei denen Arbeitslosigkeit die Hauptursache der Hilfestellung war, wurde die Leistung der Bundesanstalt für Arbeit durch die Sozialhilfe aufgestockt.

Man kann dagegen die Zahl der Haushalte angeben, die als Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen als Hauptursache des Sozialhilfebezugs „Verlust des Arbeitsplatzes“ angegeben hatten und bei denen das Arbeitslosengeld bzw. die Arbeitslosenhilfe durch die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt aufgestockt worden war. Das waren mit 43 % vier von zehn Haushalten insgesamt, bei den Haushalten, die aus Ehepaaren mit Kindern bestanden, waren es drei von vier (75 %) und bei den Ehepaaren ohne Kinder dagegen nur ungefähr zwei Drittel (65 %). Der geringere Anteil bei den Ehepaaren ohne Kinder dürfte darauf zurückzuführen sein, daß bei ihnen trotz Verlust des Arbeitsplatzes des einen Ehegatten infolge Einkommens aus Erwerbstätigkeit des anderen Ehegatten seltener Bedürftigkeit vorliegt. Da bei angerechneten Einkommen alle Einkommensarten gezählt werden, kann man aus diesen Angaben den Schluß ziehen, daß fast sechs

Haushalte von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes Hauptursache der Hilfestellung war und die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bekommen haben 1984			
Typ des Haushalts bzw. des Haushaltsteils (HV = Haushaltsvorstand)	Haushalte bzw. Haushaltsteile mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes Hauptursache der Hilfestellung war		
	insgesamt	darunter Haushalte, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen haben	
		Anzahl	%
Einzel nachgewiesene HV, männlich	21 075	5 290	25
Einzel nachgewiesene HV, weiblich	12 329	4 336	35
Sonstige einzeln nachgewiesene Hilfeempfänger, männlich	7 100	1 190	17
Sonstige einzeln nachgewiesene Hilfeempfänger, weiblich	4 459	786	18
Ehepaare ohne Kinder	5 098	3 319	65
Ehepaare mit 1 Kind	7 271	5 204	72
Ehepaare mit 2 Kindern	6 422	4 828	75
Ehepaare mit 3 und mehr Kindern	4 909	3 602	73
HV männlich, mit 1 Kind	408	201	49
HV weiblich, mit 1 Kind	3 317	1 406	42
HV männlich, mit 2 Kindern	194	102	53
HV weiblich, mit 2 Kindern	899	407	45
HV männlich, mit 3 und mehr Kindern	117	64	55
HV weiblich, mit 3 und mehr Kindern	282	93	33
Sonstige Haushalte mit 2 Personen	2 031	982	48
darunter mit Kindern	371	72	19
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen	3 692	2 597	70
darunter mit Kindern	2 850	1 971	69
Insgesamt	79 603	34 407	43
Ehepaare mit Kindern	18 602	13 634	73
HV männlich, mit Kindern	719	367	51
HV weiblich, mit Kindern	4 498	1 906	42

Haushalte von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen haben, und Haushalte, bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes die Hauptursache der Hilfestellung war, 1984 nach Haushaltstypen			
Typ des Haushalts bzw. des Haushaltsteils (HV = Haushaltsvorstand)	Haushalte bzw. Haushaltsteile, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen haben		
	insgesamt	darunter Haushalte, bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes die Hauptursache der Hilfestellung war	
		Anzahl	%
Einzel nachgewiesene HV, männlich	6 513	5 290	81
Einzel nachgewiesene HV, weiblich	5 636	4 336	77
Sonstige einzeln nachgewiesene Hilfeempfänger, männlich	1 548	1 190	77
Sonstige einzeln nachgewiesene Hilfeempfänger, weiblich	1 006	786	78
Ehepaare ohne Kinder	4 440	3 319	75
Ehepaare mit 1 Kind	6 515	5 204	80
Ehepaare mit 2 Kindern	6 114	4 828	79
Ehepaare mit 3 und mehr Kindern	4 534	3 602	79
HV männlich, mit 1 Kind	271	201	74
HV weiblich, mit 1 Kind	2 490	1 406	56
HV männlich, mit 2 Kindern	135	102	76
HV weiblich, mit 2 Kindern	883	407	46
HV männlich, mit 3 und mehr Kindern	88	64	73
HV weiblich, mit 3 und mehr Kindern	268	93	35
Sonstige Haushalte mit 2 Personen	1 531	982	64
darunter mit Kindern	135	72	53
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen	3 787	2 597	68
darunter mit Kindern	2 934	1 971	67
Insgesamt	45 759	34 407	75
Ehepaare mit Kindern	17 163	13 634	79
HV männlich, mit Kindern	494	367	74
HV weiblich, mit Kindern	3 641	1 906	52

von zehn Haushalten, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen haben und bei denen der Verlust des Arbeitsplatzes die Hauptursache des Sozialhilfebezugs war, zu den gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit nicht Anspruchsberechtigten zählen, die 1984 mit immerhin fast vier Zehntel (37 %) die relativ größte Gruppe der Arbeitslosen bildete und die sich im wesentlichen aus den Arbeitslosen rekrutieren, denen die für den Bezug der Arbeitslosenhilfe erforderliche Anwartschaftszeit von 150 Tagen (§ 104 AFG) fehlt.

Diese Sonderauswertung der Sozialhilfestatistik — Empfängernachweis — gibt zwar einen Einblick in die Struktur derjenigen Empfänger, denen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wegen Arbeitslosigkeit eines Haushaltsangehörigen gewährt worden ist; da aber nicht gefragt wird, ob der Empfänger der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen selbst bei der Arbeitsverwaltung als arbeitslos gemeldet war und ggf. wie lange, ist die Frage, die zu Anfang gestellt wurde — nämlich nach den Auswirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit —, aber aus der Sozialhilfestatistik nicht schlüssig zu beantworten. Es sieht auch nicht so aus, als wolle der Gesetzgeber dieses in Zukunft ermöglichen, da die bisher auf freiwilliger Basis durchgeführte Erhebung der Merkmale, die die Grundlage für die o. a. Untersuchung bildeten, noch einmal durch den Entwurf des 2. Statistikbereinigungsgesetzes — Bundesrats-Drucksache 255/86 vom 30. 5. 1986, die sich im Gesetzgebungsverfahren befindet — auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden soll. Bei der Bedeutung, die die Arbeitslosigkeit für die Gewährung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen hat, ist dies bemerkenswert.

Jürgen Wiegand

Die Strafverfolgung 1985

Der Bereich der „Strafverfolgung“ gehört nach Art. 74 Nr. 1 Grundgesetz zur konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes. Wie für eine Vielzahl von Gebieten hätte daher der Bund für die Strafverfolgungsstatistik eine bundeseinheitliche Regelung treffen können. Da dies bisher nicht geschehen ist, wird die Strafverfolgungsstatistik als Landesstatistik geführt. Das Programm und die Durchführung der Erhebung werden jedoch zwischen den Bundesländern koordiniert, um im Bundesgebiet zu vergleichbaren Ergebnissen zu gelangen. Mit dieser Koordinationsaufgabe haben die Länder das Statistische Bundesamt betraut.

Abgeurteilte und Verurteilte

Seit 1977 mußten sich in Nordrhein-Westfalen jährlich etwa 275 000 Personen wegen Straftaten vor Gericht verantworten. Die Zahl der Abgeurteilten lag im Jahr 1985 mit 257 960 um 8 % unter dem Durchschnitt der letzten sieben vorausgegangenen Jahre. Gegenüber 1984 nahm die Zahl der Abgeurteilten 1985 ($-13\,130 = -5,0\%$) deutlich ab.

Innerhalb des Vergleichszeitraumes war nach einer stetigen Zunahme der Zahl der Abgeurteilten — von dem Rückgang im Jahr 1979 einmal abgesehen —, die vor 1979 stärker ausgeprägt war als danach, 1985 eine Fortsetzung des 1984 eingeleiteten Rückgangs zu verzeichnen. Diese Entwicklung war geprägt von der Entwicklung der abgeurteilten Männer seit 1977, denn die Zahl der abgeurteilten Frauen hat — abgesehen von 1979 — weniger abgenommen. Zu dem Anstieg der Zahlen der abgeurteilten Männer trugen im Jahr 1978 alle Altersgruppen, Erwachsene, Heranwachsende und Jugendliche bei, in den Jahren 1980 und 1981 nur die Jugendlichen und Heranwachsenden, im Jahr 1982 die Erwachsenen und die Heranwachsenden und im Jahre 1983 lediglich die Erwachsenen. Die Abnahme der Zahl der Abgeurteilten insgesamt 1984 gegenüber 1983 ($-5,8\%$) war in erster Linie auf den Rückgang der Zahl der abgeurteilten Erwachsenen ($-7\,658 = -3,7\%$) und der Jugendlichen

Zahl der Abgeurteilten nahm
1985 erneut deutlich ab

(-6 120 = -14,6 %) zurückzuführen, während der Rückgang bei der Zahl der abgeurteilten Heranwachsenden (-2 855 = -7,0 %) nicht so stark zu Buche schlug. Im Jahr 1985 war die Abnahme der Zahl der Abgeurteilten gegenüber dem Jahr 1984 (-5,0 %) in erster Linie auf den Rückgang der Zahl der abgeurteilten Jugendlichen (-5 255 = -14,7 %) und der abgeurteilten Erwachsenen (-4 928 = -2,5 %) zurückzuführen, während der Rückgang bei der Zahl der abgeurteilten Heranwachsenden (-3 330 = -8,7 %) nicht so stark zu Buche schlug. Wie im Vorjahr war bei männlichen und weiblichen Abgeurteilten 1985 im Gegensatz zum Vorjahr ein wesentlicher Unterschied in den Veränderungsraten nicht zu beobachten. Die Zahl aller weiblichen Abgeurteilten nahm 1985 gegenüber dem Vorjahr mit -5,0 % genauso ab wie die Zahl der männlichen Abgeurteilten mit -5,1 %. Bei den Frauen trugen besonders die Erwachsenen vor den Jugendlichen zu dem Rückgang der Abgeurteiltenzahlen bei, während dies bei den Männern insbesondere die Jugendlichen und die Erwachsenen besorgten.

Rechtskräftig Abgeurteilte 1978 – 1985												
Jahr	Rechtskräftig Abgeurteilte											
	im strafmündigen Alter			davon								
				Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Anzahl												
1978	277 150	230 237	46 913	201 330	164 385	36 945	37 587	32 489	5 098	38 233	33 363	4 870
1979	275 429	228 828	46 601	196 466	160 235	36 231	37 429	32 481	4 948	41 534	36 112	5 422
1980	278 154	230 182	47 972	196 210	159 157	37 053	38 034	33 042	4 992	43 910	37 983	5 927
1981	280 002	231 660	48 342	196 795	159 458	37 337	38 272	33 364	4 908	44 935	38 838	6 097
1982	284 657	235 560	49 097	200 917	163 037	37 880	40 110	35 041	5 069	43 630	37 482	6 148
1983	288 106	236 433	51 673	205 296	165 468	39 828	40 939	35 315	5 624	41 871	35 650	6 221
1984	271 473	224 161	47 312	197 638	160 763	36 875	38 084	32 871	5 213	35 751	30 527	5 224
1985	257 960	213 056	44 904	192 710	157 184	35 526	34 754	30 023	4 731	30 496	25 849	4 647
1978 = 100												
1978	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1979	99,4	99,4	99,3	97,6	97,5	98,1	99,6	100,0	97,1	108,6	108,2	111,3
1980	100,4	100,0	102,3	97,5	96,8	100,3	101,2	101,7	97,9	114,8	113,8	121,7
1981	101,0	100,6	103,0	97,7	97,0	101,1	101,8	102,7	96,3	117,5	116,4	125,2
1982	102,7	102,3	104,7	100,0	99,2	102,5	106,7	107,9	99,4	114,1	112,3	126,2
1983	104,0	102,7	110,1	102,0	100,7	107,8	108,9	108,7	110,3	109,5	106,9	127,7
1984	98,0	97,4	100,9	98,2	97,8	99,8	101,3	101,2	102,3	93,5	91,5	107,3
1985	93,1	92,5	95,7	95,7	95,6	96,2	92,5	92,4	92,8	79,8	77,5	95,4

Abgeurteiltenziffer 1978 bis 1985												
Jahr	Rechtskräftig Abgeurteilte ¹⁾											
	im strafmündigen Alter			davon								
				Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Ziffer												
1978	1 989	3 524	634	1 674	2 958	571	4 798	8 097	1 334	3 404	5 807	888
1979	1 962	3 473	626	1 626	2 867	558	4 647	7 891	1 256	3 619	6 141	969
1980	1 963	3 454	639	1 613	2 823	567	4 575	7 775	1 228	3 757	6 322	1 044
1981	1 956	3 430	639	1 603	2 795	568	4 493	7 629	1 184	3 781	6 336	1 059
1982	1 975	3 461	645	1 625	2 836	573	4 596	7 811	1 195	3 698	6 154	1 077
1983	1 994	3 468	677	1 655	2 869	600	4 607	7 711	1 306	3 642	6 019	1 116
1984	1 880	3 293	620	1 589	2 781	554	4 269	7 149	1 206	3 238	5 378	974
1985	1 792	3 140	590	1 544	2 709	532	3 929	6 580	1 105	2 969	4 901	930
1978 = 100												
1978	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1979	98,6	98,6	98,7	97,1	96,9	97,7	96,9	97,5	94,2	106,3	105,8	109,1
1980	98,7	98,0	100,8	96,4	95,4	99,3	95,4	96,0	92,1	110,4	108,9	117,6
1981	98,3	97,3	100,8	95,8	94,5	99,5	93,6	94,2	88,8	111,1	109,1	119,3
1982	99,3	98,2	101,7	97,1	95,9	100,4	95,8	96,5	89,6	108,6	106,0	121,3
1983	100,3	98,4	106,8	98,9	97,0	105,1	96,0	95,2	97,9	107,0	103,7	125,7
1984	94,5	93,4	97,8	94,9	94,0	97,0	89,0	88,3	90,4	95,1	92,6	109,7
1985	90,1	89,1	93,1	92,2	91,6	93,2	81,9	81,3	82,8	87,2	84,4	104,7

1) je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres

Veränderung der Bevölkerungszahlen 1978 – 1985												
Jahr	Bevölkerung											
	im strafmündigen Alter			davon								
				Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
	ins-gesamt	männ-lich	weib-lich	zu-sammen	männ-lich	weib-lich	zu-sammen	männ-lich	weib-lich	zu-sammen	männ-lich	weib-lich
Anzahl in 1 000												
1978	13 931,5	6 533,5	7 398,0	12 025,0	5 557,7	6 467,3	783,4	401,3	382,2	1 123,1	574,5	548,6
1979	14 038,0	6 588,5	7 449,5	12 084,7	5 588,8	6 495,9	805,5	411,6	393,9	1 147,8	588,0	559,8
1980	14 168,2	6 663,9	7 504,3	12 168,1	5 638,1	6 530,0	831,4	425,0	406,4	1 168,7	600,8	568,0
1981	14 315,8	6 754,7	7 561,1	12 275,3	5 704,4	6 571,0	851,9	437,3	414,5	1 188,6	613,0	575,5
1982	14 413,2	6 805,7	7 607,5	12 360,7	5 748,1	6 612,6	872,6	448,6	424,1	1 179,9	609,0	570,9
1983	14 446,6	6 817,2	7 629,4	12 408,3	5 766,9	6 641,5	888,7	458,0	430,7	1 149,6	592,3	557,3
1984	14 437,5	6 807,7	7 629,8	12 441,4	5 780,3	6 661,1	892,2	459,8	432,4	1 104,0	567,8	536,3
1985	14 396,7	6 785,1	7 611,7	12 485,1	5 801,4	6 683,7	884,6	456,3	428,3	1 027,1	527,4	499,6
1978 = 100												
1978	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1979	100,8	100,8	100,7	100,5	100,6	100,4	102,8	102,6	103,1	102,2	102,3	102,0
1980	101,7	102,0	101,4	101,2	101,4	101,0	106,1	105,9	106,3	104,1	104,6	103,5
1981	102,8	103,4	102,2	102,1	102,6	101,6	108,7	109,0	108,5	105,8	106,7	104,9
1982	103,5	104,2	102,8	102,8	103,4	102,2	111,4	111,8	111,0	105,1	106,0	104,1
1983	103,7	104,3	103,1	103,2	103,8	102,7	113,4	114,1	112,7	102,4	103,1	101,6
1984	103,6	104,2	103,1	103,5	104,0	103,0	113,9	114,6	113,1	98,3	98,8	97,8
1985	103,3	103,9	102,9	103,8	104,4	103,3	112,9	113,7	112,1	91,5	91,8	91,1

Rund drei Viertel (74,7 %) der 1985 Abgeurteilten waren Erwachsene, ein Siebtel Heranwachsende (14,0 %) und rd. ein Achtel Jugendliche (11,8 %). Der Anteil der Frauen lag bei den Jugendlichen (15,2 %) und bei den Heranwachsenden (13,6 %) niedriger als bei der Gesamtzahl der Abgeurteilten (17,4 %), während die Frauen bei den Erwachsenen mit 18,4 % stärker vertreten waren.

Bei den Abgeurteiltenziffern (Abgeurteilte je 100 000 Einwohner der entsprechenden Altersjahrgänge zu Beginn des jeweiligen Berichtszeitraums) ergaben sich fast die gleichen Tendenzen wie bei den absoluten Zahlen der Abgeurteilten.

Die Abgeurteiltenziffern gingen etwas unter den Stand von 1976 bzw. 1977 zurück. Nur bei den weiblichen Jugendlichen wurde lediglich ein Stand erreicht, der in etwa der Abgeurteiltenziffer dieser Personengruppe für das Jahr 1979 entsprach, weil in dieser Personengruppe die Bevölkerungszahl stärker zurückgegangen ist als die Zahl der Abgeurteilten.

Die Verurteilten nach Personengruppen

Im Jahre 1985 wurden in Nordrhein-Westfalen 193 177 Personen verurteilt. Gegenüber 1984 bedeutet das eine Abnahme von 11 735 Verurteilungen (–5,7 %). Diese Abnahme ging mit etwa vier Fünftel zu Lasten der Männer (–9 517 = –5,6 %) und zu etwa einem Fünftel zu Lasten der Frauen (–2 218 = –6,6 %). Bei den Männern war diese Entwicklung insbesondere durch die Erwachsenen und Jugendlichen und bei den Frauen insbesondere durch die Erwachsenen beeinflusst. Damit ist die Zahl der Verurteilten bei Männern und Frauen sowie bei den Erwachsenen und Heranwachsenden auf das Niveau des Jahres 1976 und bei den Jugendlichen sogar auf das des Jahres 1975 zurückgegangen.

Bezogen auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung sank die Zahl der Verurteilten sowohl bei den Heranwachsenden wie bei den Jugendlichen auf das Niveau von 1975.

Die gerichtlichen Entscheidungen

Der überwiegende Teil der Strafverfahren (74,9 %) endete wie in den Vorjahren mit einer Verurteilung, die restlichen führten zu Verfahrenseinstellungen (21,6 %) bzw. zu Freisprüchen (3,5 %). Der ständige geringfügige Rückgang des Anteils der Verurteilungen an der Zahl der Aburteilungen bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils der Verfahrenseinstellungen hat sich auch im Jahre 1985 fortgesetzt. Allerdings ist die absolute Zahl der Einstellungen des Verfahrens bei Gericht ebenso wie die absolute Zahl der Verurteilungen und Freisprüche 1985 zurückgegangen.

Rechtskräftig Verurteilte 1978 bis 1985												
Jahr	Rechtskräftig Verurteilte											
	im strafmündigen Alter			davon								
				Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
	ins-gesamt	männ-lich	weib-lich	zu-sammen	männ-lich	weib-lich	zu-sammen	männ-lich	weib-lich	zu-sammen	männ-lich	weib-lich
Anzahl												
1978	216 779	180 123	36 656	164 209	133 680	30 529	27 498	24 246	3 252	25 072	22 197	2 875
1979	211 121	175 485	35 636	159 057	129 304	29 753	26 700	23 740	2 960	25 364	22 441	2 923
1980	212 288	175 824	36 464	159 018	128 606	30 412	27 116	24 152	2 964	26 154	23 066	3 088
1981	212 939	176 284	36 655	159 234	128 546	30 688	27 154	24 205	2 949	26 551	23 533	3 018
1982	217 947	180 397	37 550	163 991	132 510	31 481	28 318	25 308	3 010	25 638	22 579	3 059
1983	218 960	179 829	39 131	166 541	133 600	32 941	28 454	25 214	3 240	23 965	21 015	2 950
1984	204 912	169 338	35 574	158 736	128 588	30 148	26 037	22 997	3 040	20 139	17 753	2 386
1985	193 177	159 821	33 356	153 098	124 532	28 566	23 015	20 328	2 687	17 064	14 961	2 103
1978 = 100												
1978	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1979	97,4	97,4	97,2	96,9	96,7	97,5	97,1	97,9	91,0	101,2	101,1	101,7
1980	97,9	97,6	99,5	96,8	96,2	99,6	98,6	99,6	91,1	104,3	103,9	107,4
1981	98,2	97,9	100,0	97,0	96,2	100,5	98,7	99,8	90,7	105,9	106,0	105,0
1982	100,5	100,2	102,4	99,9	99,1	103,1	103,0	104,4	92,6	102,3	101,7	106,4
1983	101,0	99,8	106,8	101,4	99,9	107,9	103,5	104,0	99,6	95,6	94,7	102,6
1984	94,5	94,0	97,0	96,7	96,2	98,9	94,7	94,8	93,5	80,3	80,0	83,0
1985	89,1	88,7	91,0	93,2	93,2	93,6	83,7	83,8	82,6	68,1	67,4	73,1

Verurteilungsziffer 1978 bis 1985												
Jahr	Rechtskräftig Verurteilte ¹⁾											
	im strafmündigen Alter			davon								
				Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
	ins-gesamt	männ-lich	weib-lich	zu-sammen	männ-lich	weib-lich	zu-sammen	männ-lich	weib-lich	zu-sammen	männ-lich	weib-lich
Anzahl												
1978	1 556	2 757	496	1 366	2 405	472	3 510	6 043	851	2 232	3 863	524
1979	1 504	2 664	478	1 316	2 314	458	3 315	5 768	752	2 210	3 816	522
1980	1 498	2 639	486	1 307	2 281	466	3 262	5 683	729	2 238	3 839	544
1981	1 487	2 610	485	1 297	2 254	467	3 188	5 535	711	2 234	3 839	524
1982	1 512	2 651	494	1 327	2 305	476	3 245	5 642	710	2 173	3 707	536
1983	1 516	2 638	513	1 342	2 317	496	3 202	5 505	752	2 085	3 548	529
1984	1 419	2 487	466	1 276	2 225	453	2 918	5 002	703	1 824	3 128	445
1985	1 342	2 356	438	1 226	2 147	427	2 602	4 455	627	1 662	2 837	421
1978 = 100												
1978	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1979	96,7	96,6	96,4	96,3	96,2	97,0	94,4	95,4	88,4	99,0	98,8	99,6
1980	96,3	95,7	98,0	95,7	94,8	98,7	92,9	94,0	85,7	100,3	99,4	103,8
1981	95,6	94,7	97,8	94,9	93,7	98,9	90,8	91,6	83,5	100,1	99,4	100,0
1982	97,2	96,2	99,6	97,1	95,8	100,8	92,5	93,4	83,4	97,4	96,0	102,3
1983	97,4	96,7	103,4	98,2	96,3	105,1	91,2	91,1	88,4	93,4	91,8	101,0
1984	91,2	90,2	94,0	93,4	92,5	96,0	83,1	82,8	82,6	81,7	81,0	84,9
1985	86,2	85,5	88,3	89,8	89,3	90,5	74,1	73,7	73,7	74,5	73,4	80,3

1) je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres

Verurteilte 1978 bis 1985 nach angewandter Rechtsnorm						
Jahr	Verurteilte wegen Straftaten					
	insgesamt		davon gegen			
			das StGB		anderes Bundes- und Landesrecht	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1978	216 779	100	179 960	83,0	36 819	17,0
1979	211 121	100	174 290	82,6	36 831	17,4
1980	212 288	100	173 537	81,8	38 751	18,3
1981	212 939	100	173 784	81,6	39 155	18,4
1982	217 947	100	179 820	82,5	38 127	17,5
1983	218 960	100	183 071	83,6	35 889	16,4
1984	204 912	100	171 837	83,9	33 075	16,1
1985	193 177	100	162 765	84,3	30 412	15,7

Gerichtliche Entscheidungen 1978 bis 1985								
Jahr	Verurteilungen		Freisprüche		Einstellungen		Andere Entscheidungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1978	216 779	78,2	10 656	3,8	49 560	17,9	155	0,1
1979	211 121	76,7	10 186	3,7	53 969	19,6	153	0,1
1980	212 288	76,3	10 256	3,7	55 462	19,9	148	0,1
1981	212 939	76,1	9 976	3,6	56 948	20,3	139	0
1982	217 947	76,6	9 233	3,2	57 327	20,1	150	0,1
1983	218 960	76,0	9 138	3,2	59 877	20,8	131	0
1984	204 912	75,5	8 880	3,3	57 543	21,2	138	0,1
1985	193 177	74,9	8 926	3,5	55 631	21,6	226	0,1

Personen und Deliktgruppen

Vergleicht man den Anteil Erwachsener (79,3 %), Heranwachsender (11,9 %) und Jugendlicher (8,8 %) an allen Straftaten, die 1985 zu einer Verurteilung geführt haben, mit dem Anteil dieser Personen an den Deliktgruppen, so ergeben sich unterschiedliche Strukturen. Der Anteil der verurteilten Erwachsenen war bei den Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze (88,4 %) am höchsten. Auch bei den Verurteilungen wegen gemeingefährlicher Straftaten (86,1 %), wegen anderer Vermögensdelikte (84,2 %), wegen Straftaten im Straßenverkehr (83,3 %) sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (82,9 %) war der Anteil der Erwachsenen überdurchschnittlich hoch. Andererseits waren die Erwachsenen bei Diebstahl und Unterschlagung (69,9 %) sowie bei Raub und Erpressung (54,4 %) unterdurchschnittlich stark vertreten. Der Anteil bei Raub und Erpressung dürfte in diesem Zusammenhang am interessantesten sein. Während 1968 der Anteil der Erwachsenen hier letztmalig mit 53 % über der 50 %-Marke gelegen hatte, unterschritt er 1969 mit 42,9 % knapp die Hälfte und erreichte nach 1970 mit 41 % im Jahre 1971 mit 38,8 % einen Tiefstand. Nach einem Anstieg in den Jahren 1973 (43,6 %), 1974 (44,5 %) und 1975 (48,2 %) und leichten Schwankungen in den Folgejahren 1976 (47,2 %), 1977 (48,4 %), 1978 (45,3 %), 1979 (46,3 %), 1980 (43,8 %) sowie einem stetigen Anstieg in den Jahren 1981 (43,3 %), 1982 (46,6 %) und 1983 (48,9 %) lag der Anteil der Erwachsenen mit 54,4 % im Jahr 1984 und im Jahr 1985 erstmals seit 17 Jahren über 50 %. Das bedeutet, daß 1984 und 1985 wieder mehr Erwachsene als Heranwachsende und Jugendliche, die zusammen nur sieben Altersjahrgänge ausmachen, wegen Raubes oder Erpressung verurteilt worden sind.

Bei den Heranwachsenden übertraf die Deliktgruppe Raub und Erpressung (23,2 %) den Anteil der Heranwachsenden an der Zahl der Verurteilten insgesamt erheblich — wenn auch nicht mehr so stark wie in den Vorjahren. Der Anteil der Heranwachsenden an den Verurteilungen wegen Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze (außer StGB und StVG) stieg von 5 % im Jahre 1968 auf 9,4 % im Jahre 1985. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf den Anstieg der Verurteilungen wegen Straftaten gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln zurückzuführen, die 1985 zwei Drittel (62 %) aller Verurteilungen Heranwachsender wegen Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze ausmachten. 1984 hatte dieser Anteil bei zwei Dritteln (66 %) und 1983 bei drei Fünfteln (60 %) gelegen.

Bei Raub und Erpressung (22,4 %) sowie Diebstahl und Unterschlagung (17,2 %) war der Anteil der Jugendlichen fast zwei- bzw. zweieinhalbmal so hoch wie an den Verurteilungen Jugendlicher wegen Straftaten insgesamt. Bei den übrigen Deliktgruppen — bis auf die anderen Straftaten gegen die Person (11,3 %) — lagen die Anteile der Verurteilungen Jugendlicher dagegen merklich unter dem Durchschnitt.

Vergleicht man den Anteil der einzelnen Deliktgruppen an der Gesamtkriminalität innerhalb der einzelnen Personengruppen, so ergibt sich, daß 1985 mit 35 % (1984 = 36 %) ein gutes Drittel der Verurteilten wegen Straftaten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr verurteilt worden ist. Vor 11 Jahren — 1974 — waren dies mit 47,6 % noch 11,6 %-Punkte mehr gewesen. Ein gutes Viertel (28,2 %) ist 1985 wegen Diebstahls oder Unterschlagung zur Verantwortung gezogen worden. Die übrigen Deliktgruppen machten mit Ausnahme der anderen Vermögensdelikte (14,4 %) weniger als ein Zehntel aller Verurteilungen wegen Straftaten aus.

Tabellenteil: 3 bis 5

Jeder fünfte wegen Raubes oder Erpressung Verurteilte ist ein Jugendlicher

Verurteilte 1985 nach Deliktgruppen und Personengruppen								
Straftaten	Verurteilte							
	insgesamt		davon					
			Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Anteile der Personengruppen								
Straftaten gegen den Staat, die öffentl. Ordnung u. im Amt ¹⁾	4 914	100	3 993	81,3	637	13,0	284	5,8
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	1 397	100	1 158	82,9	131	9,4	108	7,7
Andere Straftaten gegen die Person	13 501	100	10 044	74,4	1 927	14,3	1 530	11,3
Diebstahl und Unterschlagung	54 437	100	38 047	69,9	7 021	12,9	9 369	17,2
Raub und Erpressung	1 850	100	1 007	54,4	429	23,2	414	22,4
Andere Vermögensdelikte	27 875	100	23 475	84,2	2 816	10,1	1 584	5,7
Gemeingefährliche Straftaten ²⁾	1 736	100	1 495	86,1	143	8,2	98	5,6
Straftaten im Straßenverkehr	67 887	100	56 578	83,3	8 069	11,9	3 240	4,8
Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze ³⁾	19 580	100	17 301	88,4	1 842	9,4	437	2,2
Straftaten zusammen	193 177	100	153 098	79,3	23 015	11,9	17 064	8,8
Anteile der Deliktgruppen								
Straftaten gegen den Staat, die öffentl. Ordnung u. im Amt ¹⁾	4 914	2,5	3 993	2,6	637	2,8	284	1,7
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	1 397	0,7	1 158	0,8	131	0,6	108	0,6
Andere Straftaten gegen die Person	13 501	7,0	10 044	6,6	1 927	8,4	1 530	9,0
Diebstahl und Unterschlagung	54 437	28,2	38 047	24,9	7 021	30,5	9 369	54,9
Raub und Erpressung	1 850	1,0	1 007	0,7	429	1,9	414	2,4
Andere Vermögensdelikte	27 875	14,4	23 475	15,3	2 816	12,2	1 584	9,3
Gemeingefährliche Straftaten ²⁾	1 736	0,9	1 495	1,0	143	0,6	98	0,6
Straftaten im Straßenverkehr	67 887	35,1	56 578	37,0	8 069	35,1	3 240	19,0
Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze ³⁾	19 580	10,1	17 301	11,3	1 842	8,0	437	2,6
Straftaten zusammen	193 177	100	153 098	100	23 015	100	17 064	100

1) außer Flucht nach Verkehrsunfall — 2) außer im Straßenverkehr — 3) außer StGB und StVG

Bei den Erwachsenen wiesen — wie in den Vorjahren — die Straßenverkehrsdelikte mit 37,0 % sowie Diebstahl und Unterschlagung (24,3 %) die höchsten Anteile auf. Im übrigen wichen die Werte nicht oder nur unwesentlich von denen der Verurteilten insgesamt ab.

Bei den Heranwachsenden hatten die Straftaten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr mit 35,1 % sowie Diebstahl und Unterschlagung mit 30,5 % die höchsten Anteile. Im übrigen wichen auch hier die Anteile der einzelnen Deliktgruppen an der Gesamtzahl der verurteilten Heranwachsenden von den entsprechenden Werten bei den Verurteilten insgesamt nur wenig ab.

Bei den Jugendlichen überwogen Diebstahl und Unterschlagung (54,9 %) vor den Straftaten im Straßenverkehr (19,0 %). Diese beiden Deliktgruppen machten ebenso wie in den letzten sieben Jahren drei Viertel aller Verurteilungen Jugendlicher aus.

Jeder zweite jugendliche Straftäter wegen Diebstahls oder Unterschlagung bestraft

Die speziellen Verurteilungsziffern

Über die Häufigkeit der Straftaten bei Erwachsenen, Heranwachsenden und Jugendlichen geben die speziellen Verurteilungsziffern Aufschluß. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die so feststellbare Häufigkeit der Straftaten keinen sicheren Rückschluß auf die Kriminalität zuläßt. Außer acht gelassen sind die strafbaren Handlungen, bei denen es nicht zu einer Verurteilung gekommen ist, sei es infolge Freispruchs oder infolge Einstellung des Verfahrens. Das sind u. a. die Fälle, in denen Beweisschwierigkeiten oder Geringfügigkeit der Schuld der Verurteilung entgegenstanden. Wie unterschiedlich sich das bei den verschiedenen Personengruppen und dort bei den einzelnen Straftaten auswirkt, wurde oben bereits dargelegt. Außerdem ist die Zahl der Straftaten nicht erfaßt, die bekannt wurden, aber nicht aufgeklärt werden konnten. Schließlich fehlen auch die Straftaten, die begangen wurden, aber nicht bekannt geworden sind (Dunkelziffer).

Im Jahre 1985 wurden von 100 000 erwachsenen Einwohnern 32 wegen Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt verurteilt, während die entsprechenden Ziffern bei den Heranwachsenden 72 und bei den Jugendlichen 28 betragen.

Von 100 000 der jeweils gleichaltrigen Bevölkerung wurden 1985 neun Erwachsene, 15 Heranwachsende und 11 Jugendliche wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung verurteilt. Hier läßt die Entwicklung der Verurteilungsziffern nur bei den Heranwachsenden eine fallende Tendenz erkennen.

Wegen Straftaten gegen die Person (ohne Straftaten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr) wurden 1985 je 100 000 Personen gleichen Alters 80 Erwachsene, 218 Heranwachsende und 150 Jugendliche verurteilt. In dieser Deliktgruppe, die durch Anwendung von Gewalt sowie durch Nichtachtung der Integrität anderer und durch Rücksichtslosigkeit gekennzeichnet ist, lag die Kriminalität der Heranwachsenden zweieinhalbmal so hoch wie bei den Erwachsenen und um die Hälfte höher als bei den Jugendlichen.

Die Deliktgruppe Diebstahl und Unterschlagung verzeichnete 1985 auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung bei den Erwachsenen 304, bei den Heranwachsenden 794 und bei den Jugendlichen 912 Verurteilte. Damit lag die Verurteilungsziffer bei Diebstahl und Unterschlagung 1985 bei den Erwachsenen um 2,1 % über dem Durchschnitt der sieben vorangegangenen Jahre (1984 +1,8 %); bei den Heranwachsenden blieb sie um 6 % und bei den Jugendlichen um 11,9 % darunter. Der Rückgang der Verurteilungsziffern von 1984 auf 1985 in dieser Straftatengruppe machte gut ein Viertel des Rückgangs der Verurteilungen je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung insgesamt aus.

Im Jahre 1985 wurden auf 100 000 Personen gleichen Alters wegen Raubes oder Erpressung 8 Erwachsene, 49 Heranwachsende und 40 Jugendliche verurteilt.

Wegen anderer Vermögensdelikte (§§ 257 bis 305 StGB: Begünstigung, Hehlerei, Betrug etc.) wurden 1985 auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung 188 Erwachsene, 318 Heranwachsende und 154 Jugendliche verurteilt.

Wegen gemeingefährlicher Straftaten (ohne im Straßenverkehr) wurden 1985 auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung 12 Erwachsene, 16 Heranwachsende und 10 Jugendliche verurteilt.

Straftaten im Straßenverkehr führten 1985 bei 453 Erwachsenen, 912 Heranwachsenden und bei 316 Jugendlichen — bezogen auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung — zu einer Verurteilung. Damit lag die Verurteilungsziffer für Straftaten im Straßenverkehr 1985 bei den Erwachsenen um rd. ein Fünftel (–21,4 %), bei den Heranwachsenden um gut ein Drittel (–34,2 %) und bei den Jugendlichen um fast die Hälfte (–47,6 %) unter dem Durchschnitt der letzten sieben Jahre, wobei der Rückgang gegenüber dem Vorjahr 1984 so erheblich war, daß der Rückgang der Verurteilungen bei den Straftaten insgesamt zur Hälfte auf den Rückgang der Verurteilungen wegen Straftaten im Straßenverkehr zurückzuführen ist.

Im Jahre 1985 wurden je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung wegen Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze — außer Strafgesetzbuch und Straßenverkehrsgesetz — 139 Erwachsene, 208 Heranwachsende und 43 Jugendliche verurteilt.

Bei den Erwachsenen standen Verurteilungen wegen Straftaten gegen die Abgabenordnung (43), das Betäubungsmittelgesetz (33), das Ausländergesetz (7), gegen die Sozialversicherungsgesetze (RVO, AVG, AFG) (4) und gegen das Waffengesetz (5) im Vordergrund. Bei den Heranwachsenden lagen die Schwerpunkte 1985 bei den Verurteilungen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz (129), das Waffengesetz (8), die Abgabenordnung (6) und das Ausländergesetz (5). Mit 21 Verurteilungen auf 100 000 der Jugendlichen Nordrhein-Westfalens machten die Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz 1985 fast die Hälfte der Verurteilungen wegen Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze und rd. 1,2 % der Verurteilungen aller Jugendlichen 1985 aus.

Tabellenteil: 6

Rückgang bei den Straftaten im Straßenverkehr macht die Hälfte des Rückgangs bei den Straftaten insgesamt gegenüber 1984 aus

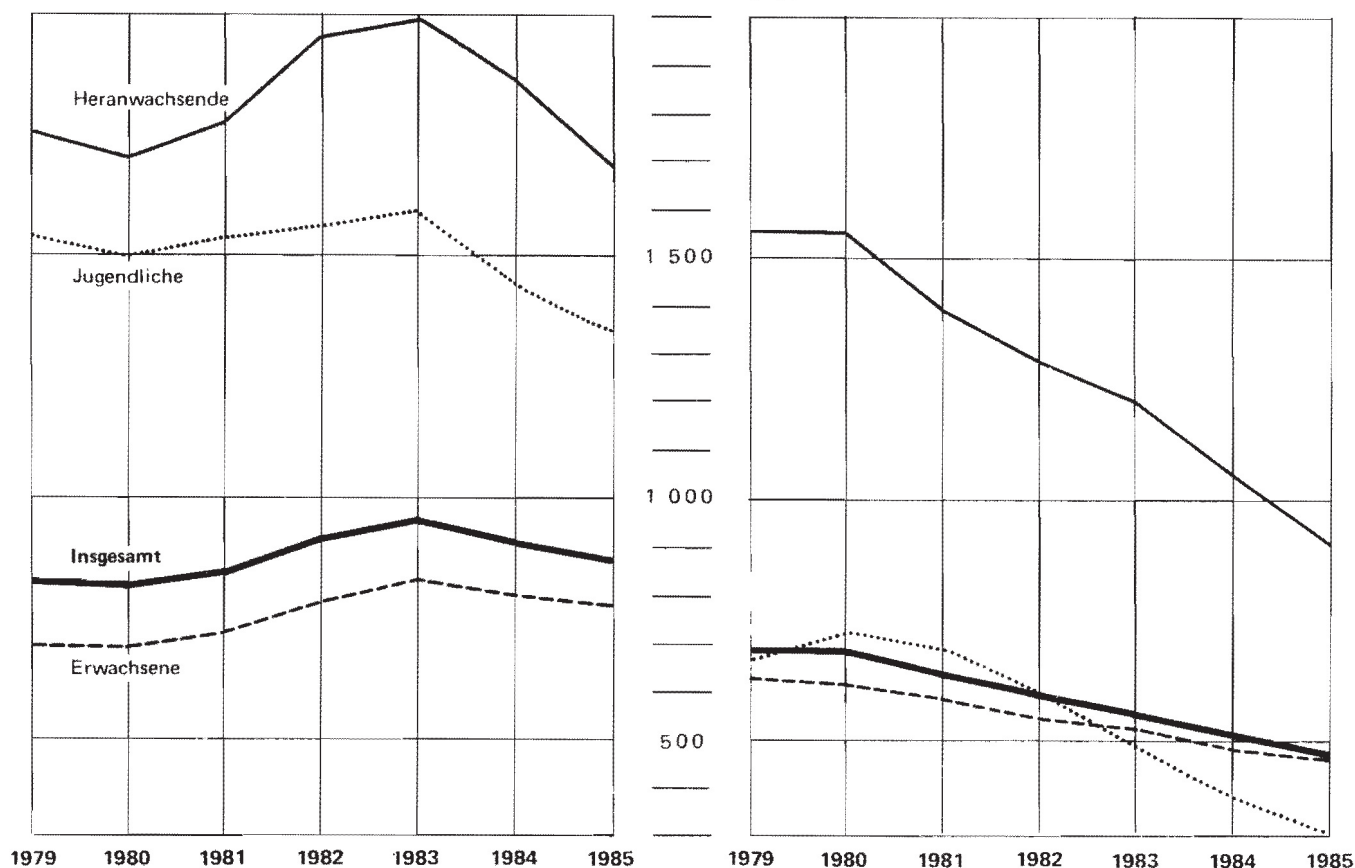
Tabellenteil: 7

Verurteilte wegen Straftaten 1979 – 1985

Ohne Straftaten im Straßenverkehr

Je 100 000 Einwohner
der gleichen Personengruppe

Straftaten im Straßenverkehr



Verurteilte je 100 000 Einwohner der gleichaltrigen Bevölkerung 1985 nach Personen- und Hauptdeliktsgruppen

Straftaten:

Gegen Staat, öffentliche
Ordnung und im Amt

Gegen die sexuelle
Selbstbestimmung

Andere
gegen die Person, außer
im Straßenverkehr

Diebstahl und
Unterschlagung

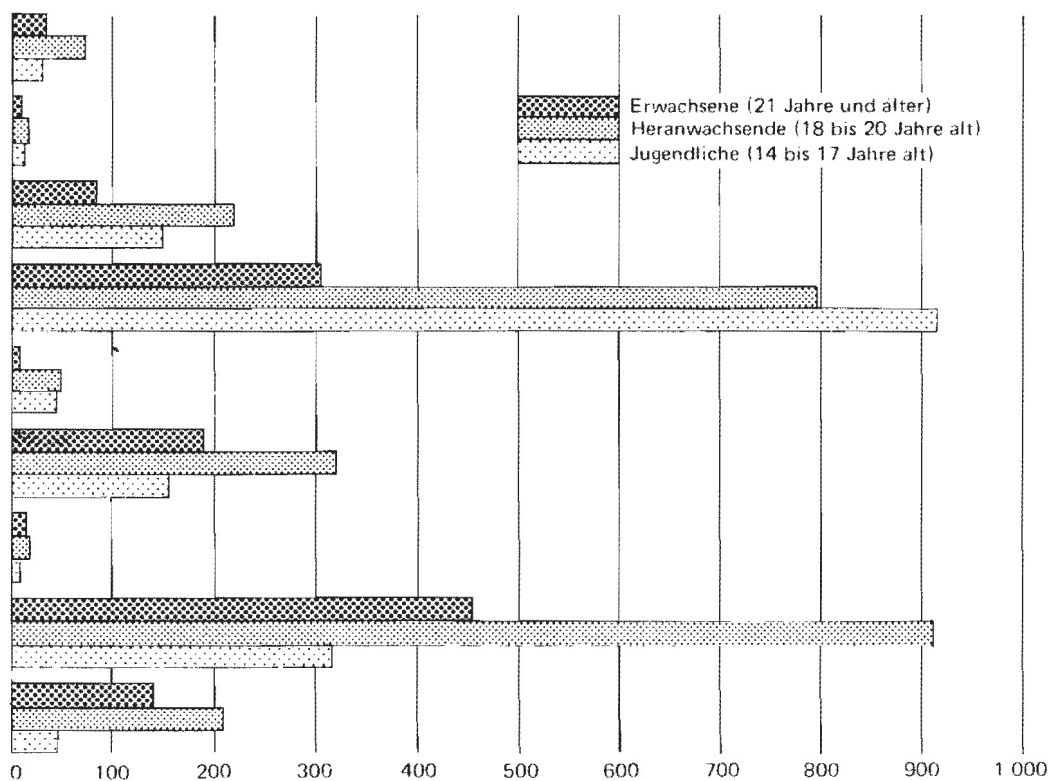
Raub und Erpressung

Andere Vermögensdelikte

Gemeingefährliche,
außer im Straßenverkehr

Im Straßenverkehr

Nach anderen Bundes-
und Landesgesetzen
(außer StGB und StVG)



Straftaten im Straßenverkehr

1985 betrug der Anteil der wegen Straftaten im Straßenverkehr Verurteilten 35,1 %. Mit 67 887 Verurteilungen war 1985 wieder eine beachtliche Abnahme (–5 884 = –8,0 %) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Der erreichte Wert lag um ein Fünftel (–24 %) unter dem Durchschnitt der sieben vorausgegangenen Jahre und unterschritt den Wert von 1975 – dem Jahr, in dem sich der Ölpreisschock von 1973 zum erstenmal ausgewirkt hatte – um ein Fünftel (–20 %).

Wegen Delikten im Straßenverkehr Verurteilte 1978 bis 1985					
Jahr	Verurteilte				
	insgesamt	darunter wegen Straftaten im Straßenverkehr			
		zusammen		darunter nach dem StGB	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1978	216 779	99 822	46,0	80 316	37,0
1979	211 121	95 613	45,3	76 280	36,1
1980	212 288	96 807	45,6	76 424	36,0
1981	212 939	91 429	42,9	72 024	33,8
1982	217 947	85 954	39,5	68 303	31,3
1983	218 960	80 930	37,0	65 462	29,9
1984	204 913	73 771	36,0	60 771	29,7
1985	193 177	67 887	35,1	57 055	29,5

Bei den mit dem Straßenverkehr zusammenhängenden Straftaten wurden die meisten Personen (28 736 = 42,3 %) wegen Trunkenheit des Fahrzeugführers im Verkehr (§ 316 StGB) verurteilt. Hier ist seit immerhin 6 Jahren von Jahr zu Jahr eine Abnahme der Verurteilungen zu beobachten, die derjenigen entspricht, die 1985 gegenüber dem Vorjahr (–5,5 %) zu verzeichnen war.

Die Verurteilungen wegen fahrlässiger Körperverletzung in Verbindung mit einem Verkehrsunfall (§ 230 StGB) haben 1985 mit 11 606 (17,1 %) um ein Siebtel (–14,6 %) gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Sie lagen damit ein gutes Drittel (–36,0 %) unter dem Durchschnitt der sieben vorausgegangenen Jahre.

Wegen fahrlässiger Tötung (§ 222 StGB) in Verbindung mit einem Verkehrsunfall wurden 1985 346 Personen verurteilt – rd. ein Sechstel (16,6 %) weniger als im Vorjahr. Dieser Wert liegt um ein Drittel unter dem Durchschnitt der vorausgegangenen sieben Jahre (35 %). Bei fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung im Straßenverkehr waren die Rückgänge bei den Jugendlichen (–21,5 %) und bei den Heranwachsenden (–18,9 %) prozentual erheblich stärker als bei den Erwachsenen (–13,2 %).

Wegen Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB) wurden 1985 6 594 Personen verurteilt, 3,4 % weniger als im Vorjahr. Die Zahl der 1985 wegen Flucht nach einem Verkehrsunfall (§ 142 StGB) Verurteilten (9 101) stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % an. Die Verurteilungen wegen Verstößen gegen das Straßenverkehrsgesetz (1985: 10 832) haben gegenüber dem Vorjahr um ein Sechstel (–17 %) abgenommen.

Die Untersuchungshaft

Seit dem Jahr 1975 wird bundeseinheitlich in der Strafverfolgungsstatistik erhoben, wie häufig Untersuchungshaft angeordnet, wie lange die Untersuchungshaft andauert und aus welchen Gründen sie angeordnet wird.

In rd. 3 % aller Fälle, in denen in der Zeit von 1975 bis 1985 in Strafverfahren das Hauptverfahren eröffnet worden ist, ist Untersuchungshaft angeordnet worden. 1985 lag der Anteil der Anordnung von Untersuchungshaft an der Zahl der eröffneten Hauptverfahren mit 2,4 % geringfügig unter dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre.

Die Untersuchungshaft dauerte 1985 in rd. einem Viertel (25,3 %) der Fälle weniger als einen Monat. Bei jeweils einem weiteren Viertel (26,2 % bzw. 24,7 %) dauerte sie mehr als einen Monat bis einschl. drei Monate bzw. mehr als drei Monate bis einschl. ein halbes Jahr.

Dauer der Untersuchungshaft 1982 bis 1985							
Jahr	Personen mit Untersuchungshaft nach der Dauer der Untersuchungshaft						
	bis einschl. 1	mehr als				insgesamt	
		1	3	6 Monate	1		
		bis einschl.					
		3	6	1			
		Monat(en)			Jahr		
1982	Anzahl	2 311	2 366	2 056	1 205	303	8 241
	%	28,0	28,7	24,9	14,6	3,7	100
1983	Anzahl	2 378	2 214	2 062	1 281	353	8 288
	%	28,7	26,7	24,9	15,5	4,3	100
1984	Anzahl	1 822	1 972	1 764	1 178	396	7 132
	%	25,5	27,7	24,7	16,5	5,6	100
1985	Anzahl	1 587	1 641	1 548	1 089	396	6 261
	%	25,3	26,2	24,7	17,4	6,3	100

Damit dauerte bei knapp einem Viertel (23,7 %) die Untersuchungshaft länger als 6 Monate. Nur jeder 16. Untersuchungshäftling war länger als 1 Jahr in Untersuchungshaft. Hierbei handelte es sich in erster Linie um Straftäter, denen Straftaten gegen das Leben, Raub oder Erpressung, Vergewaltigung oder Betrug zur Last gelegt worden waren.

1985 war die Dauer der Untersuchungshaft in mehr als 9 von 10 Fällen (94,9 %) kürzer als die verhängte Strafe. Bei jedem 50. Untersuchungshäftling fiel jeweils die Strafe gleichlang aus wie die Untersuchungshaft (2,0 %), und bei jedem 32. Untersuchungshäftling (3,1 %) dauerte die Untersuchungshaft länger als die verhängte Strafe, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß 1,8 % der Verfahren mit Anordnung von Untersuchungshaft durch Freispruch oder Verfahrenseinstellung endeten.

Dauer der Untersuchungshaft 1982 bis 1985						
Jahr		Personen mit Untersuchungshaft nach der Dauer der Untersuchungshaft				
		länger	kürzer	gleich lang wie	insgesamt	darunter Freispruch und Verfahrens- einstellung
		als		erkannte Strafe		
1982	Anzahl	319	7 596	326	8 241	158
	%	3,9	92,2	4,0	100	1,9
1983	Anzahl	266	7 744	278	8 288	147
	%	3,2	93,4	3,4	100	1,8
1984	Anzahl	248	6 724	160	7 132	117
	%	3,5	94,3	2,2	100	1,6
1985	Anzahl	191	5 944	126	6 261	112
	%	3,1	94,9	2,0	100	1,8

Außer über die Dauer der Untersuchungshaft sind auch Aussagen über die Haftgründe möglich. Nach § 112 Strafprozeßordnung darf Untersuchungshaft gegen den Beschuldigten angeordnet werden, wenn er der Tat dringend verdächtig ist und ein Haftgrund besteht. Ein Haftgrund liegt vor, wenn der Verdächtige flüchtig ist oder Fluchtgefahr besteht, weiter bei Verdunkelungsgefahr, weil der Beschuldigte den dringenden Verdacht begründet, Beweismittel zu vernichten, zu verändern, beiseite zu schaffen, zu unterdrücken oder zu fälschen, auf Mitbeschuldigte, Zeugen oder Sachverständige in unlauterer Weise einzuwirken oder andere zu solchem Verhalten zu veranlassen, und wenn Gefahr besteht, daß die Ermittlung der Wahrheit erschwert wird, außerdem, wenn der Beschuldigte einer Straftat wider das Leben dringend verdächtig ist und schließlich, wenn Wiederholungsgefahr bei dringendem Verdacht einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung, bei gefährlicher oder schwerer Körperverletzung, bei Körperverletzung mit Todesfolge, bei schwerem Diebstahl, Bandendiebstahl, Diebstahl mit Waffen, Raub und Erpressung, Betrug, Brandstiftung und Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz besteht. Da mehrere Haftgründe nebeneinander vorliegen können, sind alle Haftgründe erhoben und ausgewiesen worden.

Personen mit Untersuchungshaft 1982 bis 1985 nach den Haftgründen					
Jahr		Personen mit Untersuchungshaft nach Haftgründen (auch nebeneinander)			
		flüchtig oder Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 1, 2 StPO)	Verdunkelungs- gefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO)	Straftaten wider das Leben (§ 112 Abs. 3 StPO)	Wiederholungs- gefahr (§ 112a Abs. 1 Nr. 1, 2 StPO)
1982	Anzahl	7 855	382	87	135
	%	92,9	4,5	1,0	1,6
1983	Anzahl	7 874	367	106	138
	%	92,8	4,3	1,2	1,6
1984	Anzahl	6 705	379	104	130
	%	91,6	5,2	1,4	1,8
1985	Anzahl	5 882	340	120	115
	%	91,1	5,3	1,9	1,8

Untersuchungshaft hauptsächlich wegen Fluchtgefahr angeordnet

Bei mehr als 9 von 10 der 1985 Abgeurteilten mit Untersuchungshaft (5 882 = 91,1 %) war Untersuchungshaft angeordnet worden, weil der Betroffene flüchtig war oder Fluchtgefahr bestanden hatte. Der Anteil dieses Haftgrunds an der Zahl aller Untersuchungshaftanordnungen ist in den letzten Jahren fast unverändert geblieben. Der Haftgrund der Verdunkelungsgefahr spielt wie in den Vorjahren demgegenüber mit 340 (5,3 %) Fällen eine untergeordnete Rolle. Bei 120 (1,9 %) Anordnungen von Untersuchungshaft hatte zunächst der Verdacht auf eine Straftat wider das Leben bestanden, ohne daß Flucht- oder Verdunkelungsgefahr bestanden hätte. In jedem dritten (29 %) dieser Fälle wurde jedoch das Hauptverfahren vor Gericht nicht wegen einer solchen Straftat beendet, sondern es blieb eine weniger schwere Straftat nach Abschluß der Hauptverhandlung (wie Vergewaltigung, Tötung auf Verlangen, schwere Körperverletzung, Körperverletzung mit Todesfolge, Geiselnahme, schwerer Raub, Raub mit Todesfolge, räuberische Erpressung) übrig. Hier wird ansatzweise deutlich, wie sich bei der Zahl der Straftaten gegen das Leben die Zahl der von der Polizei ermittelten Verdächtigen über das Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft bis zum Hauptverfahren vor Gericht in andere Straftaten verlagert.

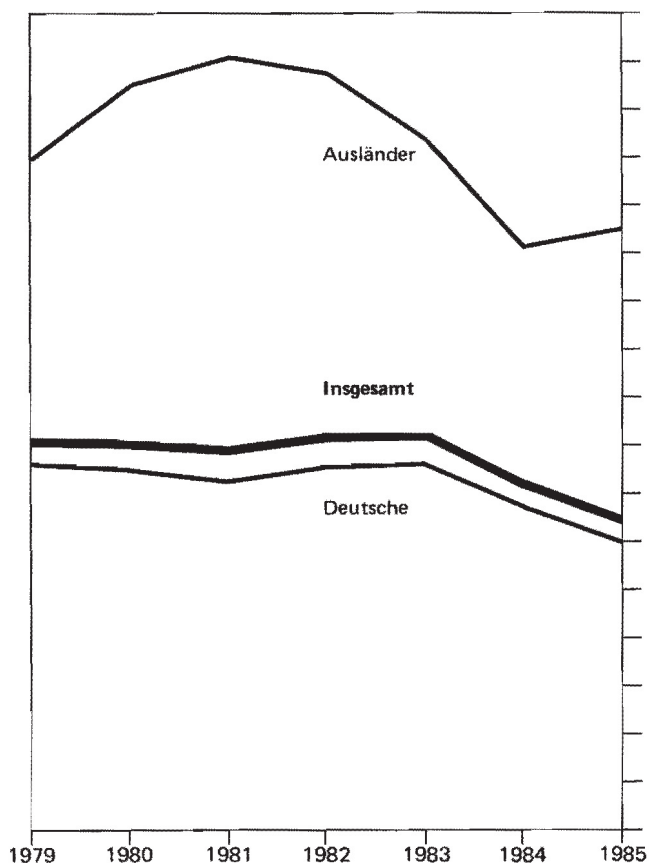
Bei 115 (1,8 %) Abgeurteilten mit angeordneter Untersuchungshaft lag der Haftgrund in der Wiederholungsgefahr nach dem Verdacht einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder der fortgesetzten bzw. wiederholten gefährlichen oder schweren Körperverletzung, einer Körperverletzung mit Todesfolge, eines schweren Raubes, eines Bandendiebstahls, eines Diebstahls mit Waffen, eines Raubes oder einer Erpressung, eines Betruges, einer Brandstiftung oder von Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Die Straffälligkeit der Ausländer

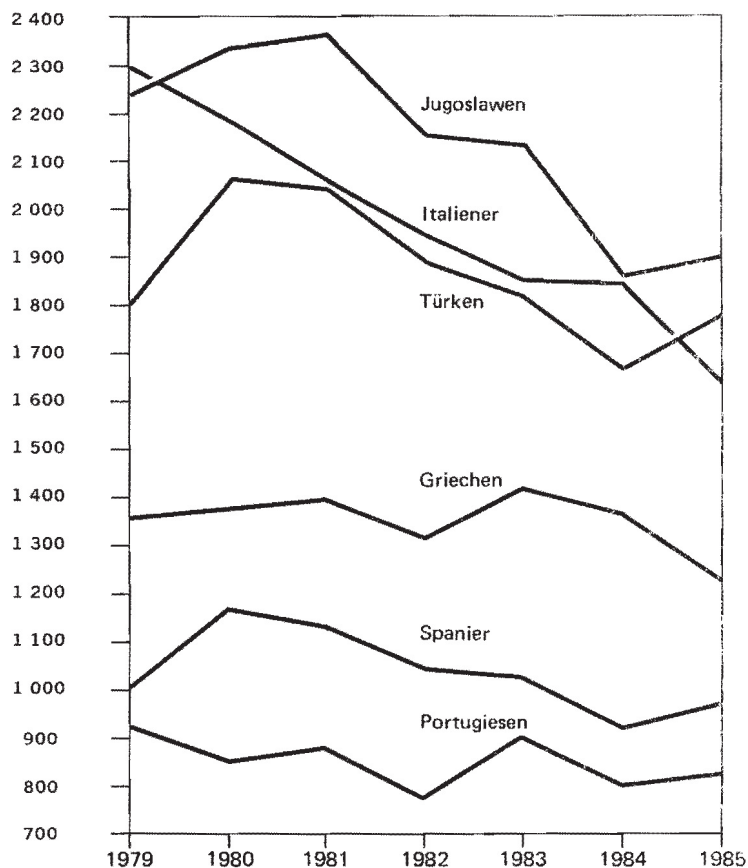
Die Straffälligkeit der Ausländer läßt sich am ehesten anhand von Verurteiltenziffern nach Alter und Geschlecht, Staatsangehörigkeit und nach den Straftaten betrachten. Auf diese Weise können die Unterschiede zur Straffälligkeit der Deutschen dargestellt werden. Dabei müssen einige Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden, weil die Bezugswahlen der ausländischen Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit aus dem Ausländerzentralregister nicht zum Stichtag 31. 12. – wie bei der deutschen Bevölkerung im Rahmen der Bevölkerungsfortschreibung – sondern zum 30. 9. des Vorjahres vorliegen. Ein weiterer Faktor der Unsicherheit ist, daß in diese Bezugswahlen diejenigen Ausländer nicht eingehen, die sich illegal in Nordrhein-Westfalen aufhalten, so daß die Verurteiltenziffern der Ausländer tendenziell zu hoch sind.

Auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung wurden 1985 in Nordrhein-Westfalen 50 % mehr Ausländer und Staatenlose (1949) als Deutsche (1 296) verurteilt. Bei den Männern lag der Unterschied zwischen den Deutschen (2 302) und den Ausländern (2 920) – jeweils bezogen auf 100 000 der gleichaltrigen Männer – bei gut einem Viertel (27 %). Bei den Frauen überstieg die Zahl der Verurteilungen – bezogen auf 100 000 der gleichaltrigen Frauen – von Ausländerinnen (599) die der Deutschen (429) um vier Zehntel (40 %). Dieses Übergewicht der Ausländer bei den Verurteilungen – bezogen auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung – geht im wesentlichen zu Lasten der Erwachsenen und der Jugendlichen (54 % bzw. 48 %), da

Verurteilte je 100 000 Einwohner



je 100 000 Einwohner der gleichen Staatsangehörigkeit



hier die Zahl der verurteilten Ausländer um jeweils die Hälfte über der der Deutschen lag, während bei den ausländischen Heranwachsenden die Zahl nur knapp ein Sechstel (17 %) über der der verurteilten Deutschen lag.

Das zahlenmäßige Übergewicht der Ausländer hat aber nach einem Höchststand von zwei Dritteln im Jahr 1981 mit dem Rückgang auf ca. die Hälfte im Jahre 1985 den Durchschnittswert der letzten sieben Jahre erreicht.

Tabellenteil: 8

Bei den Erwachsenen wurden 1985 in allen Altersgruppen – bis auf die 30- bis unter 50jährigen – mehr Ausländer als Deutsche je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung verurteilt. Unter den Männern sind in der Altersgruppe von 30 bis unter 50 Jahren

Verurteilte je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung*) 1979 – 1985						
Jahr	Deutsche			Ausländer		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl					
1979	1 459	2 607	472	2 091	3 099	598
1980	1 444	2 573	477	2 250	3 340	644
1981	1 421	2 519	474	2 310	3 378	684
1982	1 451	2 576	485	2 272	3 365	633
1983	1 460	2 561	506	2 134	3 165	629
1984	1 375	2 427	462	1 912	2 884	538
1985	1 296	2 302	429	1 949	2 920	599
	1979 = 100					
1979	100	100	100	100	100	100
1980	99,0	98,7	101,1	107,6	107,8	107,7
1981	97,4	96,6	100,4	110,5	109,0	114,4
1982	99,5	98,8	102,8	108,7	108,6	105,9
1983	100,1	98,2	107,2	102,1	102,1	105,2
1984	94,2	93,1	97,9	91,4	93,1	90,0
1985	88,8	88,3	90,1	93,2	94,2	100,2

*) Stichtag bei der deutschen Bevölkerung der Beginn des Berichtsjahres, bei der ausländischen Bevölkerung der 30. 9. des Vorjahres

mehr Deutsche als Ausländer je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung verurteilt worden, während bei den Frauen ein Übergewicht der Deutschen gegenüber den Ausländerinnen je 100 000 der gleichaltrigen weiblichen Bevölkerung von 18 bis unter 21 Jahren und von 30 bis unter 40 Jahren zu verzeichnen war.

Gegenüber dem Vorjahr war 1985 bei den Ausländern erstmals seit 1981 wieder eine Zunahme der Verurteilungsziffern um 1,9 % festzustellen. Das war in erster Linie auf die erwachsenen und die jugendlichen Ausländer zurückzuführen, bei denen die Verurteilungsziffern gegenüber 1984 um 1,8 % bzw. 7,1 % gestiegen sind. Besonders in den Altersgruppen der 21- bis unter 30jährigen wie der über 50jährigen Ausländer waren Steigerungen zu verzeichnen. Diese Entwicklung beruht überwiegend auf der Zunahme der Verurteilungsziffern im Bereich der Straftaten im Straßenverkehr und bei Diebstahl und Unterschlagung sowie in geringerem Umfang im Bereich der anderen Vermögensdelikte. Bei den Deutschen war 1985 eine geringfügige Abnahme (–5,7 %) zu verzeichnen, die bei den deutschen Jugendlichen und Heranwachsenden (–11,2 % bzw. –11,9 %) stärker ausgefallen ist als bei den Erwachsenen (–3,9 %).

Bei der Straftatengruppe Diebstahl und Unterschlagung ergibt der Vergleich ein ähnliches Bild. Bis auf die Altersgruppe der 40- bis unter 50jährigen wurden 1985 bei allen Altersgruppen je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung mehr Ausländer als Deutsche verurteilt. Bei den Männern war die gleiche Entwicklung wie bei den Verurteilten insgesamt zu beobachten. Bei den Frauen traten in allen Altersgruppen die Ausländerinnen stärker als die Deutschen in Erscheinung.

Die Unterschiede in den einzelnen Altersgruppen zwischen Ausländern und Deutschen sowie zwischen Männern und Frauen bei den Verurteilungsziffern der Straftatengruppen Diebstahl und Unterschlagung führten 1985 bei der Gesamtheit der strafmündigen Bevölkerung zu einer höheren Belastung der Ausländer (601) als der Deutschen (361). Auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung wurden 1985 wegen Diebstahls oder Unterschlagung 369 Ausländerinnen und 192 deutsche Frauen sowie 768 ausländische und 558 deutsche Männer verurteilt.

Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Verurteilungen – bezogen auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung des entsprechenden Alters – wegen Diebstahls oder Unterschlagung bei den Ausländern (+7,3 %) zugenommen, während sie bei den Deutschen (–6,5 %) abgenommen hat.

Die Unterschiede der Straffälligkeit der Ausländer zu den Deutschen werden noch deutlicher, wenn man aus dem Block der ca. 1 Mill. strafmündigen Ausländer, die am 30. 9. 1984 in Nordrhein-Westfalen ansässig waren, die Angehörigen der sechs Nationen betrachtet, die mit drei Viertel das Gros der Ausländer in Nordrhein-Westfalen stellen, nämlich Griechen, Italiener, Jugoslawen, Portugiesen, Spanier und Türken. Vergleicht man die Angehörigen dieser sechs Länder hinsichtlich der Zahl der Verurteilungen auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung der entsprechenden Nationen mit den Deutschen, so nahmen 1985 die Jugoslawen mit 1 902 Verurteilungen den ersten Platz ein, gefolgt von den Türken mit 1 780, den Italienern mit 1 636 vor den Deutschen mit nur 1 296 auf dem vierten Platz. Griechen (1 225), Spanier (972) und Portugiesen (825) bildeten den Schluß. Bei den Männern lagen die Türken (2 764) vor den Jugoslawen (2 628) und den Deutschen (2 302) sowie den Italienern (2 223), während die Griechen (1 904), die Spanier (1 388) und die Portugiesen (1 304) folgten. Bei den Frauen lagen die Jugoslawinnen (895) vor den Italienerinnen (623) und den Deutschen (429), gefolgt von den Griechinnen (413), den Spanierinnen (406), den Türkinnen (385) und den Portugiesinnen (261).

Bei den Ausländern waren besonders häufig Jugoslawen, Türken und Italiener straffällig

Bei der Straftatengruppe Diebstahl und Unterschlagung traten die Jugoslawen (682), die Türken (585), die Italiener (539), die Griechen (388) und die Spanier (371) stärker als die Deutschen (361) in Erscheinung, während wegen dieser Straftat 1985 weniger Portugiesen (291) – bezogen auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung gleicher Staatsangehörigkeit – verurteilt wurden. Gegenüber dem Vorjahr waren bei den Deutschen, den Griechen, den Italienern und den Portugiesen nicht unerhebliche Rückgänge zu verzeichnen, während bei den Jugoslawen, Spaniern und Türken mehr Verurteilungen als im Vorjahr zu beobachten waren. Bei den Männern traten die Türken (842), die Jugoslawen (768) und die Italiener (605) häufiger als die Deutschen (558) hervor, während die Griechen (464), die Spanier (442) und die Portugiesen (403) folgten. Vom allgemeinen Trend hoben sich die größeren Abnahmen gegenüber dem Vorjahr bei den griechischen (–11,2 %) und italienischen

Verurteilte je 100 000 der strafmündigen Bevölkerung (Verurteilenziffer) 1985 nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Deliktgruppen										
Deliktgruppe m = männlich w = weiblich I = Insgesamt		Verurteilte je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung								
		insgesamt	Deutsche	Ausländer	darunter					
					Griechen	Italiener	Jugoslawen	Portugiesen	Spanier	Türken
Straftaten insgesamt	m	2 356	2 302	2 920	1 904	2 223	2 628	1 304	1 388	2 764
	w	438	429	599	413	623	895	261	406	385
	I	1 342	1 296	1 949	1 225	1 636	1 902	825	972	1 780
Gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	m	59	60	54	33	62	41	34	11	63
	w	12	12	12	3	14	23	—	—	9
	I	34	34	36	19	45	33	18	6	41
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	m	18	18	27	17	20	16	13	14	37
	w	2	2	0,5	—	—	—	—	—	—
	I	10	9	16	9	13	9	7	8	22
Andere Straftaten gegen die Person (außer im Straßenverkehr)	m	185	182	208	152	175	192	47	119	274
	w	13	13	14	—	18	27	—	15	8
	I	94	91	127	83	118	123	25	75	164
Diebstahl und Unterschlagung	m	576	558	768	464	605	768	403	442	842
	w	202	192	369	297	426	563	158	274	219
	I	378	361	601	388	539	682	291	371	585
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	m	26	24	45	28	44	54	20	22	57
	w	1	1	1	3	—	—	—	—	—
	I	13	12	26	17	28	31	11	12	33
Andere Vermögensdelikte	m	323	318	374	279	331	364	121	133	385
	w	79	79	72	62	71	128	32	39	52
	I	194	190	248	181	236	265	80	93	248
Gemeingefährliche Straftaten (außer im Straßenverkehr)	m	24	25	16	2	9	21	—	14	13
	w	1	1	0,7	—	2	—	—	—	—
	I	12	12	10	1	7	12	—	8	8
Straftaten im Straßenverkehr	m	894	895	881	561	622	824	531	424	792
	w	95	96	71	23	44	88	55	59	52
	I	472	466	542	316	410	515	313	270	486
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	m	251	222	546	367	354	349	134	209	299
	w	34	32	59	25	48	65	16	20	44
	I	136	120	342	211	241	230	80	129	194

(–6,3 %) Männern ab, denen vom allgemeinen Trend abweichende Zunahmen bei den Griechinnen (+7,3 %) und bei den Italienerinnen (+7,0 %) entsprachen. Bei den Frauen führten die Jugoslawinnen (563) vor den Italienerinnen (426) und den Griechinnen (297), gefolgt von den Spanierinnen (274), den Türkinnen (219), den Deutschen (192) und den Portugiesinnen (158). Bei den Straftaten im Straßenverkehr wurden 1985 auf 100 000 der gleichaltrigen Landsleute 515 Jugoslawen, 486 Türken, 466 Deutsche, 410 Italiener, 316 Griechen, 313 Portugiesen und 270 Spanier verurteilt.

Strafen und Maßnahmen

Allgemeines Strafrecht

Im Jahre 1985 wurden 29 979 Personen (19 %) nach allgemeinem Strafrecht zu Freiheitsstrafen verurteilt, gegen 65 Personen wurde Strafarrest verhängt. 131 818 (81,4 %) wurden zur Zahlung einer Geldstrafe als schwerster Strafe verurteilt. Damit ist der Anteil der Freiheits- und der Geldstrafen in den letzten neun Jahren nur unwesentlichen Veränderungen unterworfen gewesen.

Vier Fünftel der Straftaten nach allgemeinem Strafrecht führten zu Geldstrafen

Dagegen waren die Verschiebungen innerhalb der Freiheitsstrafen in den letzten acht Jahren beachtlich. Während in dieser Zeit die Verurteilungen zu Freiheitsstrafe um 1 % abgenommen haben, hat sich bei den kurzen Freiheitsstrafen unter 6 Monaten ein Rückgang von 16 % ergeben. Bei den Freiheitsstrafen von 6 Monaten, bzw. mehr als 6 bis einschl. 9 Monaten, bzw. mehr als 9 Monaten bis einschl. 1 Jahr Dauer war in den letzten acht Jahren eine Zunahme von einem Siebtel, von 2 % und von einem Zehntel zu beobachten. Am stärksten haben demgegenüber die zeitigen Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr bis lebenslang zugenommen. Die Zahl der Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr bis einschl. zwei Jahren (+43 %) nahmen um knapp die Hälfte, die von zu mehr als zwei Jahren bis einschl. drei Jahren Verurteilten (+34 %) um ein Drittel, die zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei bis

einschl. fünf Jahren Verurteilten nahmen um die Hälfte zu, und die Zahl der zu einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf bis einschl. zehn Jahren Verurteilten stieg in den letzten acht Jahren um 45 %. Die Zahl der Freiheitsstrafen von mehr als zehn Jahren stieg in den letzten acht Jahren um 6 % und die lebenslangen Freiheitsstrafen um knapp ein Fünftel (+18 %).

Stärkere Zunahme bei den Freiheitsstrafen von längerer Dauer

Damit haben die Freiheitsstrafen von längerer Dauer erheblich stärker zugenommen als die von kurzer Dauer. Geht man davon aus, daß sich die Bewertungsmaßstäbe für die Strafzumessung nicht verändert haben, läßt das den Schluß zu auf eine Verschiebung bei den zur Aburteilung stehenden Straftaten bzw. Begehungsarten. Dieser Schluß wird dadurch bestätigt, daß die Verurteilungen zu Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren bis einschl. drei Jahren von 1977 bis zum Jahre 1985 besonders durch die Zunahme der Verurteilungen wegen Totschlags (§§ 212, 213 StGB) und Betrugs (§ 263 StGB) herbeigeführt worden sind. Die Zunahme der Verurteilungen von mehr als drei Jahren bis einschl. fünf Jahren Freiheitsstrafe beruhte auf der Zunahme der Verurteilungen wegen Mordes (§ 211 StGB), Totschlags (§ 212 StGB), schweren Raubes (§ 250 StGB), räuberischer Erpressung (§ 255 StGB) und Urkundenfälschung (§ 267 StGB). Die Zunahme der Verurteilungen zu Freiheitsstrafe von mehr als fünf bis einschl. zehn Jahren in der Zeit von 1977 bis 1985 war auf den Anstieg der Verurteilungen wegen Mordes (§ 211 StGB), schweren Raubes (§ 250 StGB), räuberischer Erpressung (§ 255 StGB) sowie wegen Betruges (§ 263 StGB) zurückzuführen.

Zu Freiheitsstrafe Verurteilte 1978 – 1985 nach der Dauer der Freiheitsstrafe											
Jahr	Zu Freiheitsstrafe Verurteilte										
	ins- gesamt	davon erhielten als schwerste Strafe Freiheitsstrafe									lebens- lang
		von		von mehr als							
		unter 6 Monaten	6 Monaten	6 Monaten	9 Monaten	1 Jahr	2 Jahren	3 Jahren	5 Jahren	10 Jahren	
				bis einschließlich							
				9 Monaten	1 Jahr	2 Jahren	3 Jahren	5 Jahren	10 Jahren	15 Jahren	
1978	30 217	16 124	3 546	3 714	3 652	2 024	603	305	196	31	22
1979	29 219	15 605	3 487	3 548	3 464	1 955	587	318	208	34	13
1980	29 306	15 319	3 692	3 522	3 513	2 093	598	346	185	22	16
1981	30 003	15 588	3 684	3 621	3 766	2 185	545	376	192	25	21
1982	32 342	16 019	4 208	4 090	4 101	2 557	658	415	245	35	14
1983	32 263	15 264	4 181	4 121	4 279	2 763	814	474	309	43	15
1984	31 505	14 501	4 206	3 944	4 239	2 810	905	548	282	36	34
1985	29 979	13 602	4 068	3 771	4 034	2 890	810	460	285	33	26

Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte 1978 bis 1985									
Jahr	Verurteilte								
	insgesamt	davon erhielten							
		freiheitsentziehende Strafe						Geldstrafe	
		Freiheitsstrafe		Strafarrest		zusammen			
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt									
1978	177 722	30 217	17,0	151	0,1	30 368	17,1	147 354	82,9
1979	171 763	29 219	17,0	171	0,1	29 390	17,1	142 373	82,9
1980	171 610	29 306	17,1	148	0,1	29 454	17,2	142 156	82,8
1981	171 573	30 003	17,5	114	0,1	30 117	17,6	141 456	82,4
1982	175 798	32 342	18,4	122	0,1	32 464	18,5	143 334	81,5
1983	177 714	32 263	18,2	84	0	32 347	18,2	145 367	81,8
1984	168 781	31 505	18,7	63	0	31 568	18,7	137 213	81,3
1985	161 862	29 979	18,5	65	0	30 044	18,6	131 818	81,4
nach dem StGB									
1978	150 055	27 343	18,2	10	0	27 353	18,2	122 702	81,8
1979	144 745	26 155	18,1	17	0	26 172	18,1	118 573	81,9
1980	143 846	25 731	17,9	4	0	25 735	17,9	118 111	82,1
1981	143 207	26 111	18,2	7	0	26 118	18,2	117 089	81,8
1982	147 380	28 303	19,2	5	0	28 308	19,2	119 072	80,8
1983	149 803	28 078	18,7	5	0	28 083	18,7	121 720	81,3
1984	142 181	27 108	19,1	3	0	27 111	19,1	115 070	80,9
1985	136 242	25 631	18,8	2	0	25 633	18,8	110 609	81,2

Die Zahl der Strafaussetzungen zur Bewährung (20 494) ist 1985 gegenüber dem Vorjahr mit -3,7 % geringfügig weniger zurückgegangen als die Zahl der Verurteilungen zu Freiheitsstrafe bis einschl. zwei Jahren. Das ist darauf zurückzuführen, daß sich der Rückgang der Strafaussetzungen zur Bewährung auf die Verurteilungen zu Freiheitsstrafe bis einschl. neun Monaten Dauer beschränkte, während bei den Verurteilungen von ein bis einschl. zwei Jahren die Strafaussetzungen zur Bewährung weiter zugenommen haben.

Mit Wirkung vom 1. 1. 1975 ist durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch das System der Geldstrafen auf das Tagessatzsystem umgestellt worden. Das Prinzip des Tagessatzsystems besteht darin, daß im ersten Zumessungsakt unter Heranziehung aller Strafziele und sämtlicher Strafzumessungstatsachen mit Ausnahme der finanziellen Leistungskraft des Täters die Zahl der Tagessätze bestimmt wird. Im zweiten Akt wird auf der Grundlage der finanziellen Belastbarkeit des Täters die Höhe des einzelnen Tagessatzes bestimmt und durch Multiplikation mit der Zahl der Tagessätze

Zu Freiheitsstrafe Verurteilte mit Strafaussetzung zur Bewährung 1978 – 1985 nach Dauer der Freiheitsstrafe						
Jahr	Zu Freiheitsstrafe Verurteilte mit Strafaussetzung zur Bewährung					
	insgesamt	davon entfielen als schwerste Strafe Freiheitsstrafe mit Strafaussetzung zur Bewährung				
		von		von mehr als		
		unter 6 Monaten	6 Monaten	6 Monaten	9 Monaten	1 Jahr
				bis einschließlich		
				9 Monaten	1 Jahr	2 Jahren
1978	20 408	12 903	2 544	2 350	2 343	268
1979	19 801	12 482	2 520	2 210	2 285	304
1980	19 838	12 304	2 676	2 207	2 315	336
1981	20 590	12 644	2 725	2 283	2 458	480
1982	21 791	13 011	3 036	2 582	2 579	583
1983	21 724	12 472	3 067	2 634	2 810	741
1984	21 286	11 810	3 106	2 620	2 838	912
1985	20 494	11 119	3 062	2 549	2 741	1 023

Anteil der Strafaussetzungen zur Bewährung an den Freiheitsstrafen 1978 – 1985						
Jahr	Von 100 Freiheitsstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt					
	insgesamt	und zwar von 100 Freiheitsstrafen von				
		unter 6 Monaten	6 Monaten	mehr als		
				6 Monaten	9 Monaten	1 Jahr
				bis einschließlich		
				9 Monaten	1 Jahr	2 Jahren
1978	68	80	72	63	64	13,2
1979	68	80	72	62	66	15,5
1980	68	80	72	63	66	16,1
1981	69	81	74	63	65	22,0
1982	67	81	72	63	63	22,8
1983	67	82	73	64	66	26,8
1984	68	81	74	66	67	32,5
1985	68	82	75	68	68	35,4

Strafaussetzung bei Freiheitsstrafen mit einem Strafmaß bis einschl. 2 Jahren 1978 bis 1985			
Jahr	Zu Freiheitsstrafe bis einschl. 2 Jahren Verurteilte		
	insgesamt	darunter Strafaussetzung zur Bewährung	
		Anzahl	%
1978	29 060	20 408	70,2
1979	28 059	19 801	70,6
1980	28 139	19 838	70,5
1981	28 844	20 590	71,4
1982	30 975	21 971	70,4
1983	30 611	21 724	71,0
1984	29 700	21 286	71,7
1985	28 365	20 494	72,3

die Summe der Geldstrafe festgesetzt. Im dritten Akt wird geprüft, ob und ggf. welche Zahlungserleichterungen bewilligt werden. Bei diesem System läßt sich die Bewertung der Tat aus der Zahl der Tagessätze ohne Ansehen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Täters ablesen. Außerdem wird die Höhe der Tagessätze rational und gerechter als nach dem alten Geldsummensystem bestimmbar. So wird ein höheres Maß an Gerechtigkeit und Transparenz erzielt, was bei der zahlenmäßigen Bedeutung der Geldstrafe (82,3 % der Verurteilungen des allgemeinen Strafrechts) eine große Rolle spielt.

Von den im Jahre 1985 verhängten 131 818 Geldstrafen waren gut ein Viertel (36 936 = 28 %) Geldstrafen mit fünf bis fünfzehn Tagessätzen. Gut zwei Fünftel (55 037 = 41,8 %) waren Geldstrafen von sechzehn bis dreißig Tagessätzen. Nur etwas mehr als jede vierte Geldstrafe (36 829 = 27,9 %) lag im Bereich von 31 bis 90 Tagessätzen. Der Rest von 2,28 % verteilte sich auf Geldstrafen von 91 bis 180 Tagessätzen (2 678 = 2,03 %), von 181 bis 360 Tagessätzen (295 = 0,22 %) sowie von mehr als 360 Tagessätzen (43 = 0,03 %). Dreißig dieser Geldstrafen von mehr als 360 Tagessätzen sind 1985 wegen Straftaten gegen die Abgabenordnung verhängt worden, die restlichen wegen anderer Vermögensdelikte (Betrug, Urkundenfälschung, Bankrott etc.).

Auch bei den Geldstrafen eine Verschiebung hin zu den Geldstrafen mit einer höheren Anzahl von Tagessätzen

In den letzten neun Jahren von 1977 bis 1985 ist bei den Verurteilungen zu Geldstrafe eine ähnliche Entwicklung zu beobachten wie bei den Verurteilungen zu Freiheitsstrafe. Während bei den Freiheitsstrafen eine Verschiebung von den kurzfristigen zu den längerfristigen Freiheitsstrafen zu beobachten war, hat sich bei den Geldstrafen eine Verschiebung von Geldstrafen mit einer geringen Anzahl von Tagessätzen zu den Geldstrafen mit einer höheren Anzahl von Tagessätzen vollzogen. So ist der Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafe mit fünf bis fünfzehn Tagessätzen an der Anzahl aller Geldstrafen von etwa vier Zehntel (41,5 %) auf weniger als ein Drittel (28,0 %) zurückgegangen. Demgegenüber ist der Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafe von sechzehn bis neunzig Tagessätzen an der Zahl aller Verurteilungen zu Geldstrafe von der Hälfte (1977) auf sieben Zehntel (im Jahre 1985) angestiegen.

Rund zwei Fünftel der Geldstrafen (42 %) wurden 1985 wegen Straftaten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr verhängt. Dabei standen die Trunkenheitsdelikte

Verurteilte und Verwarnte 1978 – 1985 nach dem Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafe bestimmter Tagessatzgruppen an der Gesamtzahl der Geldstrafen						
Jahr	Anteil der verwirkten Geldstrafen (soweit nicht als Nebenstrafe erkannt) mit ... Tagessätzen an der Gesamtzahl der Geldstrafen in %					
	5 – 15	16 – 30	31 – 90	91 – 180	181 – 360	mehr als 360
1978	41,5	36,5	20,8	1,09	0,13	0,02
1979	39,2	37,5	22,0	1,19	0,13	0,02
1980	38,3	37,8	22,5	1,28	0,13	0,01
1981	35,9	38,4	24,2	1,41	0,14	0,01
1982	33,5	39,1	25,7	1,58	0,13	0,02
1983	32,5	39,4	26,0	1,89	0,17	0,03
1984	29,6	40,7	27,3	2,05	0,25	0,04
1985	28,0	41,8	27,9	2,03	0,22	0,03

Verurteilte und Verwarnte 1978 – 1985 nach dem Anteil der Geldstrafen bestimmter Tagessatzhöhen an der Gesamtzahl der Geldstrafen					
Jahr	Anteil der verwirkten Geldstrafen (soweit nicht als Nebenstrafe erkannt) mit Tagessätzen zu ... DM an der Gesamtzahl der Geldstrafen in %				
	bis einschl. 10	mehr als			mehr als 100
		10	20	50	
		bis einschließlich			
		20	50	100	
1978	7,1	24,0	64,8	3,9	0,3
1979	6,5	22,9	66,0	4,4	0,3
1980	5,9	21,3	67,3	5,2	0,3
1981	6,4	21,9	65,5	5,9	0,3
1982	7,8	23,7	61,8	6,3	0,3
1983	9,9	26,0	57,3	6,3	0,4
1984	11,3	26,0	55,8	6,6	0,4
1985	11,7	26,2	55,0	6,7	0,4

(§§ 142, 230, 315c Abs. 1a, 316, 323a StGB) mit 25 % und Körperverletzung mit 8,2 % im Vordergrund. Knapp ein Viertel (23 %) der Geldstrafen wurde wegen Diebstahls oder Unterschlagung verhängt, wobei 20 % auf Diebstahl nach § 242 StGB entfielen. Die Aufschlüsselung nach der Höhe der Tagessätze läßt auch einen genaueren Einblick in die Einkommensverhältnisse der zu Geldstrafe Verurteilten zu. Jeder neunte (11,7 %) zu Geldstrafe Verurteilte hatte ein Nettoeinkommen von 150 DM bis 300 DM. Rund ein Viertel (26 %) bezog ein solches von 300 DM bis 600 DM, drei Fünftel (55,0 %) bezogen ein Nettoeinkommen von 600 DM bis 1 500 DM. Dagegen waren die Gruppen mit einem Nettoeinkommen von 1 500 DM bis 3 000 DM mit 6,7 % und von über 3 000 DM mit 0,4 % bei den Verurteilungen zu Geldstrafe vertreten. Die Entwicklung in den letzten acht Jahren zeigt bei den verschiedenen Einkommensgruppen auffallende Unterschiede. Die Verurteilungen zu Geldstrafe mit Tagessätzen von mehr als 50 DM zeigten seit 1977 eine stetige Zunahme. Die Verurteilungen zu Geldstrafe mit Tagessätzen bis zu 20 DM sowie von 20 bis einschl. 50 DM haben sich seit 1980 gegenläufig entwickelt. Stieg die Zahl der Verurteilungen zu Geldstrafe mit Tagessätzen von bis zu 20 DM von 1980 bis 1984, so wurden in dieser Zeit von Jahr zu Jahr weniger Geldstrafen von Tagessätzen von 20 bis 50 DM ausgesprochen.

Zwei Straftaten — die jede für sich genommen — einen nicht unbedeutenden Anteil an der Zahl der Verurteilungen zu Geldstrafe darstellen — Diebstahl gem. § 242 StGB (20 %) und Trunkenheit im Verkehr gem. § 316 StGB (18,2 %) — zeigten 1985 hinsichtlich der Verteilung auf die verschiedenen Einkommensgruppen ein von der Verteilung bei den Straftaten insgesamt abweichendes Bild. Daß bei Trunkenheit im Straßenverkehr die Einkommensgruppe mit weniger als 600 DM Nettoeinkommen nur mit 21,5 % unterdurchschnittlich (Straftaten insgesamt: 53,3 %) beteiligt war, dürfte auf die geringere Fahrleistung der Täter zurückzuführen sein, denen wegen der begrenzten finanziellen Mittel kein eigenes Kraftfahrzeug zur Verfügung stehen dürfte und die deshalb seltener „in Versuchung“ kommen werden. Demgegenüber weist der überdurchschnittliche Anteil dieser Einkommensgruppe (58,2 %) an den Verurteilungen zu Geldstrafe darauf hin, daß bei Diebstahl die einkommensschwachen Schichten stärker beteiligt sind. Ein anderes Bild ergibt sich für die Einkommensgruppe von 600 DM bis 1 500 DM monatlich. Hier sind die Trunkenheitstäter (67,3 %) mit zwei Dritteln (Straftaten insgesamt: 55,8 %) stärker vertreten als die wegen Diebstahls Verurteilten mit 44,2 %.

Jugendstrafrecht

Nach Jugendstrafrecht wurde 1985 gegen 4 286 (13,7 %) Verurteilte auf Jugendstrafe erkannt, gegen 21 955 (70,2 %) wurden Zuchtmittel, gegen 5 074 (16,1 %) Erziehungsmaßregeln verhängt. Die Zahl der Verurteilungen nach Jugendstrafrecht

Nach Jugendstrafrecht Verurteilte 1978 bis 1985							
Jahr	Verurteilte						
	insgesamt	davon erhielten					
		Jugendstrafe		Zuchtmittel		Erziehungsmaßregeln	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt							
1978	39 057	4 811	12,3	30 330	77,7	3 916	10,0
1979	39 358	4 437	11,3	30 717	78,0	4 204	10,7
1980	40 678	4 294	10,6	31 535	77,5	4 849	11,9
1981	41 366	4 883	11,8	30 887	74,7	5 596	13,5
1982	42 149	5 457	12,9	30 494	72,3	6 198	14,7
1983	41 246	5 295	12,8	29 390	71,3	6 561	15,9
1984	36 131	4 942	13,7	25 365	70,2	5 824	16,1
1985	31 315	4 286	13,7	21 955	70,1	5 074	16,2
nach dem StGB							
1978	29 905	4 271	14,3	22 878	76,5	2 756	9,2
1979	29 545	3 871	13,1	22 669	76,7	3 005	10,2
1980	29 691	3 705	12,5	22 630	76,2	3 356	11,3
1981	30 577	4 235	13,9	22 557	73,8	3 785	12,4
1982	32 440	4 798	14,8	23 185	71,5	4 457	13,7
1983	33 268	4 723	14,2	23 516	70,7	5 029	15,1
1984	29 656	4 330	14,6	20 656	69,7	4 670	15,8
1985	26 523	3 857	14,5	18 521	69,8	4 145	15,6

im Jahre 1985 (31 315) lag mehr als ein Fünftel (–21,7 %) unter dem Durchschnitt der vorausgegangenen letzten sieben Jahre. Das beruhte hauptsächlich auf dem Rückgang der Verhängungen von Zuchtmitteln, die sich 1985 auf ein Viertel (–26 %) unter dem Durchschnitt der vorausgegangenen sieben Jahre verringerten. Wegen Straftaten nach dem Strafgesetzbuch wurden 1985 26 523 Jugendliche und Heranwachsende verurteilt. Jugendstrafe erhielten 3 857 (14,5 %), Zuchtmittel 18 521 (69,8 %) und Erziehungsmaßregeln 4 145 (15,6 %).

Dr. Ortrud Kötz

Bewerberverhalten der Schulabgänger und ihre Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt 1986

Bereits zu Beginn der 70er Jahre zeichneten sich Engpässe auf dem Ausbildungsstellenmarkt ab, die bis heute andauern. Die geburtenstarken Jahrgänge und der Trend zur betrieblichen Ausbildung ließ die Nachfrage ansteigen, während das Angebot an Ausbildungsplätzen trotz der eindrucksvollen Steigerung von rd. 135 000 zusätzlichen Stellen seit 1974 noch immer nicht ausreicht, allen Jugendlichen eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen. Es wurde notwendig, die Ausbildungsplatzsituation zur Vorausschau und Planung zahlenmäßig zu durchleuchten und darzustellen. Seit 1974 wird daher in Nordrhein-Westfalen auf der Grundlage eines Beschlusses der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland bei den Schulabgängern jährlich eine Befragung durchgeführt mit dem Ziel, die angestrebten weiteren Bildungs- und Ausbildungswünsche zu ermitteln, um so ein Bild über die Nachfragesituation auf dem Ausbildungsstellenmarkt schon frühzeitig zum Schuljahresende zu erhalten.

Nachfragekomponenten

Die wesentlichen Komponenten der Ausbildungsnachfrage eines Jahres sind die Schulabgänger am Ende des Schuljahres und deren Ausbildungsverhalten. Als Mitbewerber sind inzwischen außerdem Altnachfrager zu berücksichtigen, diejenigen Jugendlichen, die im Jahr zuvor oder noch früher das Schulsystem verlassen haben und deren Ausbildungsplatzwunsch noch nicht realisiert werden konnte. Während in früheren Jahren der Kreis der unversorgten Altbewerber zahlenmäßig keine große Rolle spielte, hat er sich in den letzten Jahren zu einem wesentlichen Faktor entwickelt. Für 1986 wird dieser Personenkreis auf eine Größenordnung von mehr als

Ausbildungsplatznachfrage der Schulabgänger zum Schuljahresende und Gesamtnachfrage am 30. 9. 1979 – 1986		
Jahr	Nachfrage der Schulabgänger (jeweils zum Schuljahresende)	Gesamtnachfrage (jeweils am 30. 9.)
1979	190 700	173 700 ¹⁾
1980	175 200	177 400 ²⁾
1981	143 400	153 200 ²⁾
1982	165 700	171 100 ²⁾
1983	171 600	187 300 ²⁾
1984	172 200	195 500 ²⁾
1985	164 400	195 700 ³⁾
1986	158 200	. ⁴⁾

1) Berufsbildungsbericht 1981, Hrsg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft — 2) Berufsbildungsbericht NRW 1985, Hrsg. Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie/Kultusminister des Landes NRW — 3) Berufsbildungsbericht 1986, Hrsg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft — 4) Daten liegen erst im Dezember vor.

30 000 Bewerbern geschätzt. Setzt man diese Zahl zu den ausbildungsplatzsuchenden Schulabgängern ins Verhältnis, dann repräsentieren die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung 1986 ca. 84 % des gesamten Nachfragepotentials.

Zur besseren Einschätzung der Befragungsergebnisse am Schuljahresende ist deren Vergleich mit der Ausbildungsnachfrage zum 30. 9. — etwa ein Vierteljahr später — hilfreich, die für den jährlichen Berufsbildungsbericht des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft ermittelt wird¹⁾. Seit 1980 liegt die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden am Schuljahresende niedriger als die am 30. 9. ermittelten Bewerber. Die Differenz ist sicherlich zum Teil durch den Stichtagsunterschied zu erklären und der damit verbundenen zwischenzeitlichen Revision der am Schuljahresende noch geäußerten Absichten. Das Anwachsen des Unterschiedes seit 1980 auf eine Größenordnung von rd. 31 300 im Jahr 1985 wird überwiegend durch die Zunahme der Altbewerber bedingt sein, zu denen neben unversorgten Bewerbern des Vorjahres oder früherer Jahre u. a. auch Personen zählen, die den Wehr- oder Ersatzdienst beendet haben, die Hochschulabbrecher, Bewerber mit gelöstem Ausbildungsvertrag oder solche, die eine Zweitlehre anstreben, eine Nachfragegruppe, die zunimmt.

Bezogen auf das gesamte Nachfragepotential des Ausbildungsmarktes, haben die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung trotz des Anwachsens von Altbewerbern durchaus Gewicht, zumal sie nach wie vor den größten Teil der Nachfrage widerspiegeln. Neben einer Situationsbeschreibung der Schulabgängernachfrage zum Schuljahresende, die rasch an Aktualität verliert, ermöglichen die Ergebnisse Aussagen über das Übergangsverhalten an der Schnittstelle Schule-Beruf und die Vermittlungschancen einzelner Bewerbergruppen und deren Veränderungen im Zeitablauf. Bei dem Zeitvergleich ist es zweckmäßig, im Jahr 1979 aufzusetzen, dem Jahr, in dem die Abiturienten in die Befragung mit einbezogen wurden, weil sie schon damals im Kreis der Bewerber deutlich an Gewicht gewonnen hatten. Seit dieser Zeit repräsentieren die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung die Ausbildungs- und Berufswünsche von Schulabgängern des allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulsystems²⁾. Der Bruch der Zeitreihe im Jahr 1981 ist eine Auswirkung der Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht von 9 auf 10 Jahre.

Allgemeine Situation

Erwartungsgemäß war die Zahl der Schulabgänger nach dem Höchststand von 1983 im Sommer 1986 spürbar zurückgegangen. Sie reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 27 700 Abgänger auf ein Niveau von 311 600 Jugendliche. Auch in den folgenden Jahren ist mit weiteren einschneidenden Rückgängen zu rechnen, z. B. wird es 1990 etwa 70 000 weniger Schulabgänger geben als 1986. Das Minimum der Schulabgänger wird voraussichtlich 1995 erreicht sein. Dann werden rd. 110 000 Abgänger weniger als 1986 die Schulen verlassen²⁾. Das bedeutet überschlägig rd. 55 000 weniger Jugendliche, die dann einen Ausbildungsplatz nachfragen werden. Unter Berücksichtigung der bis dahin abgeschmolzenen Altnachfrage wäre das in der Relation zu der Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge von 1985 ein Rückgang der Ausbildungsnachfrage von etwa 43 %. Erst ab 1996 kann mit einer leichten Zunahme der Abgängerzahl gerechnet werden, die aber im Jahr 2000 nur um rd. 8 000 über dem Abgängerminimum von 1995 liegen wird.

Der Rückgang der Schulabgänger 1986 schlug nicht voll auf die Ausbildungsnachfrage durch, denn im gegenläufigen Trend war die Bewerberquote — das ist der Anteil der Schulabgänger, die eine Ausbildung beginnen wollen, an der Gesamtzahl der Abgänger — erneut angestiegen.

1) Nach § 3 des Gesetzes zur Förderung der Berufsbildung durch Planung und Forschung (Berufsbildungsförderungsgesetz — BerBiFG) vom 23. 12. 1981 — BGBl. I 1692 ist vom zuständigen Bundesminister jährlich der Bundesregierung der Berufsbildungsbericht vorzulegen. Bestandteil des Berichts ist u. a. der Nachweis der Ausbildungsplatznachfrage am 30. September. Die Ausbildungsplatznachfrage wird aus der Anzahl der am 30. September in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragenen Berufsausbildungsverträge, die in den vorangegangenen zwölf Monaten abgeschlossen worden sind, und der Zahl der am 30. September der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätze suchenden Personen ermittelt.

2) Als Abgänger werden hier die Schüler betrachtet, die eine allgemeinbildende Schule verlassen sowie die Schüler aus dem Berufsgrundschuljahr, dem Berufsvorbereitungsjahr, der Berufsfachschule, der Fachoberschule und dem Kollegsulversuch soweit dort nicht Bildungsgänge durchlaufen wurden, die der Teilzeitberufsschule entsprechen oder die eine Doppelqualifikation vermitteln.

Bewerberquoten

Die Zusammenstellung der Bewerberquoten, gegliedert nach Geschlecht und Schulform zeigt:

- Die Bewerberquote insgesamt war 1981 mit 43,4 % als Auswirkung der Schulpflichtverlängerung von 9 auf 10 Jahre am niedrigsten und ist 1986 auf einen neuen Höchstwert von 50,8 % angestiegen.
- Trotz der Steigerung in den letzten Jahren lag der Anteil der Abgänger mit Ausbildungswunsch noch unter dem Wert von 1979, der damals 52,7 % betrug.
- Seit 1982 interessierten sich zunehmend mehr Schulabgängerinnen für eine betriebliche Ausbildung. Inzwischen ist die Bewerberquote der weiblichen Schulabgänger auf einen Spitzenwert von 49,6 % angestiegen.
- Die durchschnittliche Bewerberquote der weiblichen Schulabgänger lag in allen Jahren unter der Quote der männlichen Schulabgänger. Das gilt durchgängig für alle Schulen mit Ausnahme der Sekundarstufe II des Gymnasiums und der Fachoberschule. Besonders auffallend ist das unterschiedliche Bewerberverhalten von weiblichen und männlichen Abgängern aus der Hauptschule. Während 68,8 % männliche Abgänger im Jahr 1986 eine betriebliche Ausbildung anstreben, waren es im gleichen Jahr bei den weiblichen Abgängern nur 46,6 %.
- Bei den Hauptschulabgängern war 1986 im Vorjahresvergleich eine besonders starke Zunahme der Bewerberquote von 51,4 % auf 59,0 % festzustellen.
- Bei den Abgängern der Sekundarstufe II und der Fachoberschule sind die Quoten von männlichen und weiblichen Abgängern nicht direkt vergleichbar. Zu berücksichtigen ist, daß ein Teil der männlichen Abgänger nach der Schule den Wehr- oder Zivildienst ableistet. Sondert man diesen Personenkreis aus, so ergibt sich für die männlichen Abgänger des Gymnasiums eine Bewerberquote von 36,9 %, die nur wenig niedriger lag als die Bewerberquote der weiblichen Abgänger von 38,6 %; für die Fachoberschulabgänger war die Differenz zwischen der geschlechtsspezifischen Quote von 37,9 % für die weiblichen und 10,1 % für die männlichen Abgänger jedoch beträchtlich.
- Besonders eindrucksvoll war das stark gestiegene Interesse an der betrieblichen Ausbildung bei den Abgängern aus der Sekundarstufe II und der Fachoberschule, und zwar hier insbesondere das der weiblichen Abgänger. So stiegen die Bewerber-

Bewerberquoten 1979 – 1986 nach Schulformen und Geschlecht												
Jahr	Bewerberquoten											
	insgesamt	davon aus										
		Haupt- schule	Real- schule	Gymnasium, Sekundarstufe		Sonder- schule für Lernbehinderte	übrigen Sonder- schulen 2)	Gesamt- und Freie Waldorf- schulen	Berufs- grund- schul- jahr ¹⁾	Berufs- vorberei- tungs- jahr ¹⁾	Berufs- fach- schule 1)	Fach- ober- schule 1)
				I	II ¹⁾							
Zusammen												
1979	52,7	56,6	58,0	60,3	19,8	53,3	49,9	60,7	75,5	51,9	73,7	9,2
1980	49,5	52,5	55,8	55,3	18,2	42,8	42,3	50,9	76,7	49,2	74,8	9,4
1981	43,4	41,3	53,9	54,2	18,1	33,0	30,6	49,0	82,3	44,3	69,4	33,6 ³⁾
1982	45,6	47,6	51,3	50,4	20,0	35,9	33,5	51,6	85,7	50,3	73,4	11,2
1983	46,8	49,1	51,0	46,0	22,2	37,6	41,2	47,2	84,7	54,5	74,3	13,5
1984	47,7	49,2	50,4	42,4	27,9	33,0	35,7	46,7	81,0	54,7	75,7	13,6
1985	48,5	51,4	50,7	41,0	28,6	32,9	37,0	47,8	78,6	51,4	74,8	15,4
1986	50,8	59,0	51,5	41,3	28,8	33,9	42,6	46,8	78,5	52,9	75,2	17,1
männlich												
1979	56,3	64,8	65,7	67,4	14,9	55,7	52,0	65,9	85,7	55,3	80,9	5,6
1980	53,0	61,4	64,3	61,4	13,1	47,3	44,9	55,2	86,0	51,4	82,8	5,4
1981	44,9	48,1	63,3	61,9	11,9	34,3	32,0	53,3	88,7	47,6	78,8	21,8 ³⁾
1982	48,1	55,7	62,0	60,1	13,6	38,2	34,8	57,8	91,4	54,4	81,3	5,3
1983	49,0	58,6	62,2	55,9	13,8	39,8	40,6	51,9	89,8	59,6	78,1	6,0
1984	49,9	59,0	61,3	52,9	18,6	36,0	36,5	52,7	87,3	59,5	79,5	6,5
1985	49,8	60,8	60,8	51,1	18,8	35,1	37,8	51,2	85,3	54,0	77,6	7,2
1986	52,0	68,8	61,1	50,8	19,0	37,1	43,1	49,6	86,6	57,5	75,4	7,6
weiblich												
1979	48,9	47,2	51,7	55,1	25,1	49,9	44,7	54,3	66,1	48,0	70,3	17,9
1980	45,9	41,9	48,8	50,7	23,5	35,8	35,6	45,6	67,2	46,6	71,2	18,1
1981	42,0	33,8	45,9	48,1	24,4	31,5	27,3	44,4	74,9	38,8	65,8	50,8 ³⁾
1982	43,0	38,2	42,4	43,6	26,6	32,5	30,7	44,8	76,6	43,5	70,3	24,1
1983	44,5	37,7	41,3	39,4	30,8	34,4	42,3	41,9	77,6	46,8	72,6	30,6
1984	45,5	37,3	40,8	36,0	37,0	28,6	34,0	39,5	73,1	47,5	74,1	30,4
1985	47,1	40,0	41,7	35,1	38,2	29,5	35,3	43,9	71,7	47,4	73,7	34,2
1986	49,6	46,6	42,8	35,7	38,6	29,1	41,6	43,5	70,1	45,1	75,1	37,9

1) einschließlich Schulabgängern der Kollegschele — 2) ohne Schulen für Geistigbehinderte — 3) einschließlich höherer Handelsschule

quoten der Abiturientinnen von 23,5 % (1980) auf 38,6 % an und bei den Abgängerinnen der Fachoberschule von 17,9 % (1979) auf 37,9 %.

- Mit Bewerberquoten von über 70 % war der Wunsch nach einer betrieblichen Ausbildung bei den Abgängern aus dem Berufsgrundschuljahr und der Berufsfachschule besonders groß. Anders als z. B. bei den Abgängern aus den allgemeinbildenden Schule ist bei diesem Personenkreis der Erwerb einer weiteren schulischen Qualifikation nicht zweckmäßig, so daß neben dem Beginn einer betrieblichen Ausbildung oder einer Berufstätigkeit auch wenig andere Alternativen bestehen.

Exkurs

Der Zeitvergleich des Bewerberverhaltens zeigt seit 1981 wieder eine deutliche Änderung der Abgängerwünsche hin zur beruflichen Ausbildung, ein Zeichen für die zunehmende Attraktivität dieser Ausbildungsform in der Einschätzung der Schulabgänger. Die Zunahme wird, durch das geänderte Bewerberverhalten bedingt, eine gewisse Rolle spielen aber auch Änderungen in der Bewerberstruktur, die einen gegenläufigen Einfluß haben. Wie gezeigt wurde, sind die Ausbildungswünsche unterschiedlich stark bei männlichen und weiblichen Bewerbern ausgeprägt und variieren mit der besuchten Schulform. Da sich im Zeitablauf sowohl die Geschlechterrelation bei den Abgängern der einzelnen Schulformen als auch die Abgängeranteile der einzelnen Schulformen an der Gesamtzahl der Abgänger änderten, hat sich insgesamt der Bewerberkreis in seiner Zusammensetzung geändert. Diese Struktureffekte führen zusammen mit dem geänderten Bewerberverhalten zur Änderung der Bewerberquoten. Der Einfluß des Bewerberverhaltens läßt sich von den weiteren Einflüssen isolieren, und zwar durch Anwendung des Standardisierungsverfahrens, das die störenden Effekte rechnerisch ausschaltet. Dabei wird von einer im Vergleichszeitraum konstanten Bewerberstruktur (hier die Geschlechterrelationen und die Abgängeranteile nach Schulformen von 1979) ausgegangen, während man die geschlechtsspezifischen Bewerberquoten je besuchte Schulform für das jeweilige Jahr zur Anwendung bringt. Die Berechnungen wurden für den Zeitraum 1980 bis 1986 durchgeführt³⁾. Der Vergleich von nicht standardisierten, tatsächlichen Bewerberquoten mit den standardisierten zeigt, daß bei der künstlich konstant gehaltenen Bewerberstruktur des Jahres 1979 die Bewerberquote insgesamt noch etwas höher liegt als die tatsächliche Quote. Der Trend der Quoten verläuft aber ähnlich, und insoweit beeinflussen die beschriebenen Struktureffekte das Ergebnis der tatsächlichen, nicht standardisierten Berechnung nicht wesentlich. Es wird daher bei den weiteren Überlegungen auf eine parallel durchgeführte Standardisierung verzichtet.

Das erneute Ansteigen der Bewerberquote insgesamt auf den Spitzenwert von 50,8 % hat den Rückgang der Schulabgänger stark überlagert, so daß die Nachfrage nach Aus-

3) Berechnungsverfahren

S = Schulabgänger
B = Bewerber
i = Schulform 1, ..., n
m = männlich
w = weiblich
j = Jahr 1980, ..., 1986
b = Bewerberquote
b* = Standardisierte Bewerberquote

$$b^*j = \frac{\sum_i \frac{B_{ij}}{S_i} \cdot s_i}{\sum_i s_i} \cdot 100$$

mit

$$B_{ij} = \frac{\sum_i \frac{S_{im}^{79}}{S_{im}^{79}} \cdot s_{ij} \cdot \frac{B_{im}^{79}}{S_{im}^{79}} + \sum_i \frac{S_{iw}^{79}}{S_{iw}^{79}} \cdot s_{ij} \cdot \frac{B_{iw}^{79}}{S_{iw}^{79}}}{\sum_i \frac{S_{im}^{79}}{S_{im}^{79}} + \sum_i \frac{S_{iw}^{79}}{S_{iw}^{79}}}$$

und

$$s_{ij} = \frac{S_i^{79}}{\sum_i S_i^{79}} \cdot s_j$$

Vergleich der Bewerberquoten 1980 – 1986		
Jahr	Bewerberquote	Standardisierte Bewerberquote
1980	49,5	49,5
1981	43,4	44,0
1982	45,6	46,7
1983	46,8	47,8
1984	47,7	48,1
1985	48,5	48,9
1986	50,8	52,4

bildungsplätzen nicht so stark abgenommen hat. 1986 gab es unter den Schulabgängern insgesamt 158 200 Ausbildungsbewerber, das waren 6 200 weniger als im Vorjahr. Von diesen Bewerbern hatten rd. 124 200 bereits einen Ausbildungsplatz oder eine feste Zusage, das bedeutet 1 600 mehr versorgte Bewerber als 1985. Die Quote der unversorgten Bewerber, die 1985 noch 25,4 % betragen hatte, fiel auf einen Wert von 21,5 %. Rund 34 000 Schulabgänger hatten noch keinen Ausbildungsplatz. Im Vorjahr waren es 7 800 Abgänger mehr, die noch unversorgt waren. Diese Zahlen signalisierten eine leicht verbesserte Ausbildungsplatzsituation für die Schulabgänger 1986 im Vergleich zum Jahr davor.

Ausbildungsplatzsituation 1979 – 1986						
Jahr	Schulabgänger	Bewerber um Ausbildungsplätze	Bewerberquote	Bewerber mit Ausbildungsplatz	Unversorgte Bewerber	Quote der unversorgten Bewerber
1979	362 181	190 692	52,7	142 939	47 753	25,0
1980	354 099	175 243	49,5	147 919	27 324	15,6
1981	330 171	143 446	43,4	122 989	20 457	14,3
1982	363 581	165 749	45,6	136 327	29 422	17,8
1983	367 206	171 675	46,8	134 525	37 150	21,6
1984	360 806	172 201	47,7	133 107	39 094	22,7
1985	339 322	164 405	48,5	122 582	41 823	25,4
1986	311 602	158 208	50,8	124 219	33 989	21,5

Bewerberstruktur

Die Aufgliederung der Ausbildungsplatzbewerber nach der besuchten Schulform zeigt, daß mit einem Anteil von 32,7 % die Hauptschüler nach wie vor die größte Gruppe unter den Bewerbern stellten, gefolgt von den Berufsfachschülern mit einem Anteil von 20,1 % und den Realschülern, deren Anteil 18,2 % betrug. Die Gruppe der Abiturienten ist inzwischen auf 11,7 % angewachsen. Im Zeitvergleich fällt die Veränderung der Bewerberstruktur auf, insbesondere der stark rückläufige Anteil der Hauptschüler, der ebenfalls rückläufige Anteil der Bewerber aus dem Berufsvorbereitungsjahr, während der Anteil der Abiturienten sich seit 1979 fast verdreifachte.

Ausbildungsplatzbewerber 1979 – 1986 nach Schulformen												
Jahr a = Anzahl b = %	Ausbildungsplatzbewerber											
	insgesamt	davon aus										
		Haupt-schule	Real-schule	Gymnasium, Sekundarstufe		Sonder-schule für Lern-behinderte	übrigen Sonder-schulen 2)	Gesamt- und Freie Waldorf-schulen	Berufs-grund-schul-jahr ¹⁾	Berufs-vorberei-tungs-jahr ¹⁾	Berufs-fach-schule 1)	Fach-ober-schule 1)
				I	(I ¹⁾)							
1979 a	190 692	89 772	30 200	5 238	7 783	8 172	765	2 448	5 991	12 664	26 319	1 340
b	100	47,1	15,8	2,7	4,1	4,3	0,4	1,3	3,1	6,6	13,8	0,7
1980 a	175 243	70 797	31 853	4 771	7 845	4 679	565	2 479	7 436	13 504	29 775	1 539
b	100	40,4	18,2	2,7	4,5	2,7	0,3	1,4	4,2	7,7	17,0	0,9
1981 a	143 446	42 547	31 702	4 279	9 576	3 730	356	2 376	8 043	9 511	22 161	9 165
b	100	29,7	22,1	3,0	6,7	2,6	0,2	1,7	5,6	6,6	15,4	6,4 ³⁾
1982 a	165 749	57 069	30 329	4 050	12 393	4 113	474	3 533	11 972	9 819	29 629	2 368
b	100	34,4	18,3	2,4	7,5	2,5	0,3	2,1	7,2	5,9	17,9	1,4
1983 a	171 675	57 641	30 681	3 654	14 498	4 223	617	3 496	12 605	9 165	32 217	2 878
b	100	33,6	17,9	2,1	8,4	2,5	0,4	2,0	7,3	5,3	18,8	1,7
1984 a	172 201	55 452	30 982	3 569	18 165	3 589	592	3 778	12 096	7 775	33 665	2 538
b	100	32,2	18,0	2,1	10,5	2,1	0,3	2,2	7,0	4,5	19,5	1,5
1985 a	164 405	52 846	29 797	3 649	18 326	3 209	555	3 785	11 625	5 909	32 223	2 481
b	100	32,1	18,1	2,2	11,1	2,0	0,3	2,3	7,1	3,6	19,6	1,5
1986 a	158 208	51 734	28 831	3 191	18 487	2 878	615	3 601	10 255	4 334	31 744	2 538
b	100	32,7	18,2	2,0	11,7	1,8	0,4	2,3	6,5	2,7	20,1	1,6

1) einschließlich Schulabgängern der Kollegscheule — 2) ohne Schulen für Geistigbehinderte — 3) einschließlich höherer Handelsschule

Das gestiegene Interesse gerade der weiblichen Schulabgänger an einer betrieblichen Ausbildung zeigt sehr deutlich ihren wachsenden Anteil an der Gesamtzahl der Bewerber. So erreichte die Quote der weiblichen Bewerber 1985 die Rekordmarke von 49,3 %, die aber 1986 wieder leicht unterschritten wurde.

Unterschiedliche Chancen

Nach wie vor sind die Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt unterschiedlich verteilt: Sie hängen z. B. ab vom Geschlecht und der erworbenen Qualifikation. Die durchschnittliche Quote der unversorgten Bewerber lag bei den männlichen Schulabgängern 1986 bei nur 16,5 %, bei den weiblichen aber um 10,1 Prozentpunkte höher. Unabhängig von der besuchten Schulform war die Quote der unversorgten Bewerberinnen stets höher als die der männlichen Bewerber. Weniger kraß waren die Benachteiligungen bei den Abgängern aus dem Gymnasium, der Berufsfachschule und der Fachoberschule. Um so stärker zeigten sie sich etwa bei der Sonderschule für Lernbehinderte. Zwar hatten männliche Abgänger dieser Schulform im Vergleich zu männlichen Abgängern mit anderen Qualifikationen besondere Schwierigkeiten bei der Ausbildungsplatzsuche, immerhin gab es unter ihnen noch 37,5 % Unversorgte, doch lag der Anteil der unversorgten weiblichen Schulabgänger um 27,7 Prozentpunkte erheblich höher. Die vergleichsweise schlechteste Startposition hatten die Abgänger aus dem Berufsvorbereitungsjahr. Hier lag die Quote der Unversorgten bei den männlichen Abgängern bei 54,6 %, bei den weiblichen Abgängern noch um 16,4 Punkte höher. Ausgezeichnete Chancen hatten dagegen die Realschüler und vergleichbare Abgänger aus dem Gymnasium. Eine günstige Situation ergab sich weiterhin für die Abgänger aus der Hauptschule, der größten Bewerbergruppe, soweit es die männlichen Abgänger betraf. Hier betrug die Quote der Unversorgten 12,3 %, während der Anteil der unversorgten weiblichen Abgänger dagegen um mehr als doppelt so hoch bei 28,4 % lag. Daß weibliche Bewerber erheblich größere Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule zum Ausbildungsmarkt hatten, zeigt ein weiterer Vergleich: So betrug der Anteil der jungen Frauen bei den Bewerbern 49 %, bei den Unversorgten

Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag nach der zuletzt besuchten Schule und dem Geschlecht												
Jahr	Von 100 Ausbildungsplatzsuchenden hatten ... noch keinen Ausbildungsplatz											
	insgesamt	davon aus										
		Haupt-schule	Real-schule	Gymnasium, Sekundarstufe		Sonder-schule für Lern-behinderte	übrigen Sonder-schulen 2)	Gesamt- und Freie Waldorf-schulen	Berufs-grund-schul-jahr 1)	Berufs-vorberei-tungs-jahr 1)	Berufs-fach-schule 1)	Fach-ober-schule 1)
				I	II 1)							
Zusammen												
1979	25,0	25,5	9,3	12,7	10,1	63,1	40,9	22,6	30,3	57,1	19,6	24,8
1980	15,6	10,0	6,9	11,1	12,2	34,2	28,7	12,9	22,4	55,2	16,9	20,7
1981	14,3	9,5	5,8	10,2	15,7	30,1	22,2	11,2	20,0	52,9	16,0	10,6 ³⁾
1982	17,8	11,0	7,1	11,8	20,2	33,4	29,1	15,4	20,2	63,9	22,4	27,9
1983	21,6	13,7	8,3	10,3	30,2	46,5	33,7	15,2	30,2	64,3	26,3	36,8
1984	22,7	15,8	8,3	10,2	27,0	45,9	32,9	15,4	33,3	67,9	29,4	35,1
1985	25,4	19,4	11,8	12,8	27,0	50,2	40,7	21,7	38,3	68,3	32,9	36,3
1986	21,5	17,9	10,3	8,3	22,0	47,0	40,2	19,1	32,2	59,8	26,9	28,1
männlich												
1979	22,8	21,8	8,7	13,3	9,4	57,5	37,8	20,7	19,8	52,2	17,7	18,7
1980	13,5	8,4	6,3	12,6	11,2	29,5	25,8	10,7	14,5	51,2	13,8	18,5
1981	12,6	7,1	5,3	11,5	15,2	24,3	21,8	10,8	12,6	50,1	13,6	9,9 ³⁾
1982	14,9	8,1	5,8	12,0	21,3	26,7	27,6	12,7	14,7	59,2	20,1	22,5
1983	16,8	9,8	6,4	10,6	28,3	37,6	34,6	11,0	22,4	59,9	20,5	27,4
1984	17,6	11,3	6,2	11,2	25,0	39,5	32,0	11,0	23,4	64,1	24,2	29,3
1985	20,0	14,3	9,1	11,6	23,9	42,3	37,9	17,3	29,4	64,3	29,9	30,7
1986	16,5	12,3	7,4	8,0	20,4	37,5	36,6	15,2	24,5	54,6	24,0	25,8
weiblich												
1979	27,7	31,5	10,0	12,1	10,6	71,9	49,5	25,4	42,9	63,8	20,6	29,3
1980	18,0	12,8	7,4	9,7	12,8	43,6	37,8	16,3	32,7	60,6	18,5	22,1
1981	16,0	13,2	6,5	8,9	15,9	38,4	23,4	11,8	30,0	58,8	17,1	11,1 ³⁾
1982	21,0	15,8	8,7	11,5	19,6	44,6	32,6	19,2	30,6	73,5	23,4	30,5
1983	27,1	21,0	10,8	10,1	31,0	61,8	31,9	21,2	42,7	72,8	29,0	40,9
1984	28,3	24,3	11,2	9,3	28,0	58,1	35,0	22,3	47,9	75,3	31,8	38,2
1985	31,0	28,9	15,2	13,9	28,5	64,4	47,1	27,7	49,2	75,4	34,0	39,1
1986	26,6	28,4	13,9	8,5	22,8	65,2	48,4	24,1	42,4	71,0	28,1	29,1

1) einschließlich Schulabgängern der Kollegscheule — 2) ohne Schulen für Geistigbehinderte — 3) einschließlich höherer Handelsschule

Anteil der Ausbildungsplatzbewerberinnen und der unversorgten Bewerberinnen an den Ausbildungsplatzbewerbern bzw. unversorgten Bewerbern insgesamt 1979 – 1986 %								
Merkmal	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Anteil der Ausbildungsplatzbewerberinnen	46,0	46,0	48,5	46,7	46,9	47,4	49,3	49,0
Anteil der unversorgten Bewerberinnen	50,9	53,2	54,5	55,2	58,7	59,2	60,0	60,8

lag er aber bei 60,8 %, dem höchsten Wert seit 1979. Der Zeitvergleich des Frauenanteils bei den unversorgten Bewerbern zeigt von 1979 an eine Zunahme um rd. 10 Prozentpunkte, also eine relative Verschlechterung der Versorgungssituation für weibliche Bewerber, die sich im Zeitablauf noch verstärkte.

Ausländer

Auch für die ausländischen Schulabgänger ergaben sich besonders große Probleme bei der Ausbildungsplatzsuche. Zwar stieg die Bewerberquote der ausländischen Hauptschulabgänger seit 1981 um 15,5 Punkte auf 42,4 an – überwiegend zu Lasten eines weiteren Schulbesuchs –, doch lag der Ausbildungswunsch erheblich unter dem der deutschen Hauptschulabgänger, bei denen die Bewerberquote 1986 den Spitzenwert von 61,4 % erreichte. Während aber nur 15,7 % der deutschen Hauptschulbewerber noch keinen Ausbildungsplatz hatten, waren es bei den ausländischen Bewerbern 40,2 %, weit mehr als das Zweieinhalbfache. Hier ist sicherlich zu berücksichtigen, daß immer noch viele Ausländer die Hauptschule ohne Abschluß beenden (1985 waren es 27 %) und daher vermutlich weniger die ausländische Staatsangehörigkeit, sondern mehr die mangelnde Qualifikation die Ausbildungschancen beeinträchtigt.

Ausblick

Für die Schulabgänger 1986 hat sich die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt leicht verbessert. Nach wie vor gibt es aber die Problemgruppen der Jugendlichen mit man-

Angestrebter Werdegang der Hauptschüler 1979 – 1986		
Jahr	Deutsche	Ausländer
Von 100 befragten Entlassschülern aus der Hauptschule suchten einen Ausbildungsplatz		
1979	56,3	63,8
1980	53,1	40,7
1981	42,6	26,9
1982	49,3	29,2
1983	50,9	31,1
1984	51,0	31,2
1985	53,3	35,0
1986	61,4	42,4
Von 100 befragten Entlassschülern aus der Hauptschule wollten weiter zur Schule gehen		
1979	43,3	34,8
1980	45,3	56,1
1981	55,0	65,9
1982	48,6	63,0
1983	46,8	61,7
1984	46,5	60,1
1985	43,8	55,3
1986	34,8	45,8
Von 100 Ausbildungsplatzsuchenden hatten noch keinen Ausbildungsplatz gefunden		
1979	23,7	60,5
1980	8,9	37,4
1981	8,6	25,1
1982	9,8	32,3
1983	12,5	33,8
1984	14,3	38,1
1985	17,8	41,0
1986	15,7	40,2

gelder Qualifikation, der jungen Frauen und der Ausländer. Von dem zum Schuljahresende noch unversorgten 34 000 Bewerbern wird ein Teil inzwischen schon einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben oder noch in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden können. Aber es werden noch viele übrig bleiben, deren Ausbildungswunsch nicht realisiert werden kann, obwohl schon jetzt auf der Angebotsseite, insbesondere im gewerblich-technischen Bereich, Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können. Während z. Z. noch die Gesamtnachfrage nach Lehrstellen infolge des Rückstaus der Altnachfrager zur Anspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt führt, wird es in einigen Jahren zunehmend schwierig werden, Ausbildungsplätze zu besetzen, die zur Nachwuchssicherung erforderlich sind, weil die Altnachfrage sukzessive abgebaut wird und der demographisch bedingte Abgängerückgang voll zum Tragen kommt.

Dipl.-Volksw. Wolfram Schindel

Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1984

Seit Ende der 50er Jahre werden in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft Erhebungen über die Arbeitskosten (Personalkosten) im Bereich des Produzierenden Gewerbes durchgeführt. Die anfangs nur auf ausgewählte Wirtschaftszweige ausgerichtete Erhebung wurde nach und nach ausgeweitet und findet seit 1966 in dreijährigem Turnus für das gesamte Produzierende Gewerbe statt. Künftig ist ein 4-Jahres-Turnus vorgesehen¹⁾.

Den Arbeitskostenerhebungen liegen EG-Verordnungen zugrunde, die in den Mitgliedstaaten direkt geltendes Recht darstellen. Rechtsgrundlage der Erhebung für das Jahr 1984 ist die EG-Verordnung Nr. 3149/83 des Rates vom 4. November 1983.

Aufgabe der Arbeitskostenerhebungen ist es, die Aufwendungen der Unternehmen für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter zu ermitteln. Dabei handelt es sich neben den vielfach vereinfachend als „Lohnkosten“ bezeichneten Bruttolöhnen und -gehältern um sämtliche anderen für das Personal anfallenden Aufwendungen, gleichgültig ob sie den Arbeitnehmern direkt zufließen oder ihnen indirekt zugute kommen. Die Aufwendungen können auf gesetzlicher, tariflicher, vertraglicher oder freiwilliger Basis beruhen.

Erhebungszweck

Den Ergebnissen der Arbeitskostenerhebungen kommt in erster Linie Bedeutung für supranationale Zwecke zu. Sie ermöglichen den echten Vergleich zwischen den Arbeitskosten in den Mitgliedstaaten der EG, und zwar einerseits durch Berechnung der durchschnittlichen Aufwendungen je Arbeiter bzw. Angestellten pro Jahr, andererseits durch Berechnung der in den Unternehmen anfallenden durchschnittlichen Kosten je geleistete Arbeitsstunde.

Die Arbeitskostenerhebungen werden auf repräsentativer Ebene durchgeführt, wobei die Berichtsunternehmen aus einer nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen geschichteten Grundgesamtheit im Wege einer Zufallsstichprobe ermittelt worden sind. Einbezogen wurden Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 10 und mehr Beschäftigten, der Auswahlatz der Stichprobe 1984 betrug in Nordrhein-Westfalen rd. 9 %.

Erhebungsmethode

Bei der Darstellung der Arbeits- bzw. Personalkosten werden folgende Gruppen von Aufwendungsarten unterschieden:

- Das Entgelt für geleistete Arbeit (als laufende Verdienstzahlungen, die ausschließlich der geleisteten Arbeitszeit zuzurechnen sind);

¹⁾ Vergleichbare EG-Erhebungen über die Arbeitskosten im Dienstleistungsbereich (Einzel- und Großhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe) fanden 1970 und 1974 gesondert, ab 1978 gleichzeitig mit den Erhebungen im Produzierenden Gewerbe statt.

- die Arbeits- oder Personalnebenkosten, zu denen alle übrigen Personalkosten zählen, auch die Verdienstbestandteile, die nicht unmittelbar Entgelt für geleistete Arbeitszeit sind (z. B. Sonderzahlungen oder die Vergütung arbeitsfreier Tage).

Die Arbeitsnebenkosten werden sachlich in folgende Arten eingeteilt:

- Sonderzahlungen (z. B. Gratifikationen, Jahresabschlußvergütungen, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers);
- Vergütung arbeitsfreier Tage (z. B. Urlaubsvergütung, Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Vergütung gesetzlicher Feiertage);
- Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (z. B. Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, Unfallversicherung, betriebliche Altersvorsorge einschl. Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen);
- sonstige Arbeitsnebenkosten (z. B. Ausbildungsvergütungen, sonstige Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung, Auslösungen, Entlassungsschädigungen, Verpflegungs- und Kantinenzuschüsse u. ä.).

Darüber hinaus ist die Unterscheidung zwischen gesetzlichen sowie tariflich und betrieblich vereinbarten Personalnebenkosten von Bedeutung. Nicht als Personalnebenkosten erfaßt werden Aufwendungen, die dem Schutz des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz dienen.

Arbeitskosten nach Aufwendungsarten

Die gesamten Arbeitskosten der Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (Bergbau, Industrie einschl. verarbeitenden Handwerks und Baugewerbe) Nordrhein-Westfalens betrugen im Jahr 1984 nicht weniger als 122,3 Mrd. DM. Für die Beschäftigtengruppe der Arbeiter bezifferte sich die Summe auf 74 Mrd. DM und für die der Angestellten auf 48,3 Mrd. DM.

Auf Durchschnittswerte umgerechnet, ergaben die gesamten Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer (Umrechnung der Teilzeitbeschäftigten erfolgt mit Faktor 0,6) einen Betrag von 56 202 DM. Davon entfielen 31 069 DM auf das Entgelt für geleistete Arbeit; das entspricht einem Anteil von 55,3 % der durchschnittlichen Arbeitskosten je Vollbeschäftigten. Entsprechend entfielen 44,7 % auf den Anteil der Arbeitsnebenkosten je Arbeitnehmer. Bezogen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit, waren mithin von den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes zusätzliche Arbeits- oder Personalnebenkosten in Höhe von 81 DM aufzubringen.

Durchschnittliche Arbeitskosten für Arbeiter und Angestellte im Produzierenden Gewerbe*) 1984 nach Aufwendungsarten						
Aufwendungsart	Jährliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten ¹⁾					
	Arbeiter		Angestellte		insgesamt	
	DM	%	DM	%	DM	%
Entgelt für geleistete Arbeit	26 466	54,5	41 828	56,4	31 069	55,3
Arbeitsnebenkosten	22 069	45,5	32 293	43,6	25 133	44,7
davon						
Sonderzahlungen	3 777	7,8	6 354	8,6	4 549	8,1
Vergütung arbeitsfreier Tage	6 829	14,1	9 085	12,3	7 505	13,3
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	8 723	18,0	14 193	19,2	10 362	18,4
sonstige Arbeitsnebenkosten	2 740	5,6	2 661	3,6	2 716	4,8
Arbeitskosten insgesamt	48 536	100	74 121	100	56 202	100
darunter						
Bruttolöhne und -gehälter	37 073	76,4	57 267	77,3	43 124	76,7
gesetzliche Arbeitsnebenkosten	10 449	21,5	12 235	16,5	10 984	19,5

*) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten — 1) Voll- und mit Faktor 0,6 umgerechnete Teilzeitbeschäftigte

Von den durchschnittlichen Arbeitsnebenkosten in Höhe von 25 133 DM je Arbeitnehmer entfiel mit 10 362 DM und einem Anteil von 18,4 % an den Gesamtkosten der größte Betrag auf die Aufwendungen der Arbeitgeber für Vorsorgeeinrichtungen. An zweiter Stelle stand mit 7 505 DM, entsprechend 13,3 %, die Vergütung arbeitsfreier Tage. Die restlichen Arbeitsnebenkosten waren Sonderzahlungen mit einem Betrag von durchschnittlich 4 549 DM (8,1 % der gesamten jährlichen Arbeitskosten)

sowie der Posten der sonstigen Arbeitsnebenkosten (hier vor allem Aufwendungen für berufliche Bildung und Naturalleistungen) mit durchschnittlich 2 716 DM (4,8 %).

Die unterschiedlichen Beträge für die einzelnen Aufwendungsarten der Arbeitsnebenkosten machen deutlich, daß der überwiegende Teil der Aufwendungen für die soziale Absicherung der Betriebsangehörigen bestimmt ist. Dabei beruhen diese von den Unternehmen für ihre Arbeitnehmer erbrachten Leistungen zu 19,5 % auf gesetzlichen Regelungen, wie auf der gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Vergütung gesetzlicher Feiertage, der Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, den Aufwendungen nach dem Schwerbehindertengesetz, dem Mutterschutzgesetz oder Umlagen für das Konkursausfallgeld usw.

Schwerpunkt der Arbeitsnebenkosten:
soziale Absicherung

Bei den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 10 und mehr Beschäftigten entfielen drei Fünftel der gesamten Arbeitskosten auf Arbeiter und zwei Fünftel auf Angestellte. Auffallend ist, daß bei den gesetzlichen wie den tariflichen Regelungen, von denen die Höhe der Arbeitskosten bestimmt wird, keine bedeutsamen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten vorliegen. So ergaben sich für die einzelnen Aufwendungsarten der beiden Beschäftigtengruppen, bezogen auf die gesamten durchschnittlichen Arbeitskosten, in etwa die gleichen Anteilswerte. Das Entgelt für geleistete Arbeit betrug bei den Arbeitern 54,5 %, bei den Angestellten 56,4 % der gesamten durchschnittlichen Arbeitskosten. Für Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen, Vergütung arbeitsfreier Tage und Sonderzahlungen lauteten die entsprechenden Anteilswerte für Arbeiter 18,0, 14,1 und 7,8 % und für Angestellte 19,2, 12,3 und 8,6 %. Bei den sonstigen Arbeitsnebenkosten ergab sich zwischen beiden Beschäftigtengruppen mit einem Anteil an den gesamten durchschnittlichen Arbeitskosten von 5,6 % bei den Arbeitern und 3,6 % bei den Angestellten die vergleichsweise größte Abweichung.

Die ins Auge fallenden Unterschiede liegen dagegen in der absoluten Höhe der Arbeitskosten. So waren die durchschnittlichen Personalkosten für Angestellte in Höhe von 74 121 DM um 53 % höher als die für Arbeiter mit 48 536 DM. Dies kann man darauf zurückführen, daß bei den Arbeitern die Anteile der Un- bzw. Angelernten größer als bei den Angestellten sind. Weiterhin ist mit dem Aufstieg innerhalb des Unternehmens auch ein Wechsel vom Arbeiter zum Angestellten im allgemeinen mit einer finanziellen Verbesserung verbunden. Die hohen Arbeitskosten für Angestellte im Produzierenden Gewerbe werden zudem wesentlich durch die Gehälter der technischen Angestellten bestimmt, die generell höher sind als die der kaufmännischen Angestellten, wie aus den laufenden Verdiensterhebungen zu belegen ist. Auch bei den einzelnen Aufwendungsarten ergeben sich beachtliche Unterschiede in der absoluten Höhe der Beträge, die Arbeitgeber für Arbeiter einerseits und für Angestellte andererseits aufzubringen hatten.

Arbeitskostenbelastung bei
Angestellten höher als
bei Arbeitern

Arbeitskosten nach Beschäftigtengrößenklassen

Die Aufteilung der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt, daß der überwiegende Teil der Arbeitskosten, nämlich 51,5 %, in der Größenklasse 1 000 und mehr Beschäftigte anfiel, während die Größenklasse 50 – 99 Beschäftigte mit nur 7,1 % den geringsten Anteil aufwies. In der Aufgliederung nach Arbeitern und Angestellten ergibt sich ein ähnliches Bild. In der Größenklasse 1 000 und mehr Beschäftigte betrugen die Anteile an den Arbeitskosten bei den Arbeitern 48,5 % und bei den Angestellten 56,1 %, in der Größenklasse 50 – 99 Beschäftigte bei den Arbeitern 8,1 % und bei den Angestellten 5,7 %.

Die Höhe der Arbeitskosten je Beschäftigten steht in engem Zusammenhang mit der Beschäftigtengrößenklasse. In absoluten Zahlen gesehen, wurden die geringsten durchschnittlichen Arbeitskosten bei den Arbeitern in der Größenklasse 10 – 49 Beschäftigte mit 42 918 DM festgestellt und die höchsten mit 54 002 DM in der Größenklasse 1 000 und mehr Beschäftigte, bei einem Durchschnittlich von 48 536 DM für alle Größenklassen. Auch bei den Angestellten fielen die geringsten durchschnittlichen Arbeitskosten in der Größenklasse 10 – 49 Beschäftigte mit 54 267 DM an und die höchsten in der Größenklasse 1 000 und mehr Beschäftigte mit 85 632 DM, bei einem Durchschnitt von 74 121 DM. Auffallend ist, daß die durchschnittlichen Arbeitskosten in der Größenklasse 10 – 49 Beschäftigte bei den Angestellten nur um 26,4 % höher waren als bei den Arbeitern, während in allen anderen Beschäf-

Durchschnittliche Arbeitskosten für Arbeiter und Angestellte im Produzierenden Gewerbe*) 1984 nach Beschäftigtengrößenklassen						
Unternehmen mit ... Beschäftigten	Jährliche Arbeitskosten					
	insgesamt			je Vollbeschäftigten ¹⁾		
	Arbeiter	Ange- stellte	insgesamt	Arbeiter	Ange- stellten	insgesamt
	%			DM		
10 — 49	13,9	8,3	11,7	42 918	54 267	45 589
50 — 99	8,1	5,7	7,1	43 374	60 688	47 686
100 — 199	8,7	7,9	8,4	43 949	63 311	49 625
200 — 499	12,4	12,4	12,4	45 562	66 721	52 061
500 — 999	8,4	9,6	8,9	46 256	70 307	54 175
1 000 und mehr	48,5	56,1	51,5	54 002	85 632	64 211
Insgesamt	100	100	100	48 536	74 121	56 202

*) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten — 1) Voll- und mit Faktor 0,6 umgerechnete Teilzeitbeschäftigte

Arbeitskostenbelastung steigt mit Unternehmensgröße

tigtengrößenklassen die Arbeitskosten der Angestellten jeweils um mehr als 40 % bis zu knapp 60 % über denen der Arbeiter lagen. In den Kleinunternehmen ist es offenbar weniger üblich, hochbezahlte Arbeitnehmer zu beschäftigen, weil wohl auch der Inhaber einen Teil der Angestelltentätigkeiten selbst erledigt. Es wird deutlich, daß einerseits die Ertragslage der großen Unternehmen wesentlich höhere durchschnittliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten zuläßt und andererseits auch wohl ein größerer Bedarf an gut ausgebildeten und entsprechend bezahlten Fachkräften vorliegt.

Arbeitskosten nach Wirtschaftszweigen

Die fachliche Aufgliederung der durchschnittlichen Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen zeigt eine erhebliche Differenzierung. So waren die durchschnittlichen Arbeitskosten je Vollbeschäftigten 1984 in folgenden Zweigen am höchsten: Chemische Industrie mit 70 824 DM, Energie- und Wasserwirtschaft mit 70 093 DM, Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen mit 62 653 DM, Er-

Durchschnittliche Arbeitskosten für Arbeiter und Angestellte im Produzierenden Gewerbe*) 1981 und 1984 nach Wirtschaftszweigen						
Wirtschaftszweig	Jährliche Arbeitskosten					
	je vollbeschäftigten ¹⁾				insgesamt	
	Arbeiter		Angestellten			
	1981	1984	1981	1984	1981	1984
	DM					
Energie- und Wasserwirtschaft	54 426	61 115	77 151	91 796	60 786	70 093
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	44 625	52 093	67 608	77 993	50 109	58 581
Industrie der Steine und Erden, Glasindustrie	43 126	49 316	59 943	72 452	47 360	55 614
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	46 469	55 624	72 399	86 713	58 456	70 824
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	41 866	46 990	59 811	69 159	46 218	52 850
Maschinenbau	42 757	49 609	59 866	70 856	49 024	58 244
Herstellung von Büromaschinen	40 575	41 557	58 573	67 386	50 151	56 399
Elektrotechnik	37 469	40 532	57 108	67 000	43 343	48 658
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	44 968	50 178	91 401	102 383	55 389	62 653
Fahrzeugbau (ohne Bau von Kraftwagen)	40 468	46 875	61 083	69 086	45 088	52 444
Feinmechanik und Optik	39 790	41 409	52 101	57 574	43 568	46 366
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	36 437	40 772	52 995	61 004	41 998	47 295
Textilgewerbe	32 686	37 458	51 012	56 672	37 313	42 488
Ledergewerbe	29 230	35 047	46 436	55 642	32 796	39 049
Schuhgewerbe	29 052	33 926	49 414	54 529	32 608	37 965
Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren)	28 026	29 892	49 015	54 878	32 361	34 913
Be- und Verarbeitung von Holz	39 979	44 987	52 162	57 737	42 696	47 596
Papier- und Pappeerzeugung	43 808	50 503	72 656	77 691	50 842	57 040
Papier- und Pappeverarbeitung	34 818	39 909	58 269	62 464	40 247	45 968
Druckerei- und Verlagsgewerbe	41 056	47 768	55 390	64 037	47 224	55 274
Verarbeitung von Gummi	39 295	46 034	64 002	70 633	46 123	52 436
Verarbeitung von Kunststoffen	36 649	41 991	58 443	65 660	42 989	48 822
Baugewerbe	40 133	47 962	49 385	65 905	41 529	51 397
Produzierendes Gewerbe insgesamt	42 423	48 536	63 123	74 121	48 251	56 202

*) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten — 1) Voll- und mit Faktor 0,6 umgerechnete Teilzeitbeschäftigte

zeugung und erste Bearbeitung von Metallen mit 58 581 DM, Maschinenbau mit 58 244 DM und Papier- und Pappeerzeugung mit 57 040 DM. Am unteren Ende der Skala der Arbeitskosten lagen das Bekleidungsgewerbe mit 34 913 DM, das Schuhgewerbe mit 37 965 DM und das Ledergewerbe mit 39 049 DM. Die starke Streuung der Durchschnitte deutet darauf hin, daß innerhalb des Produzierenden Gewerbes ein sehr hohes wirtschaftliches Kostengefälle existiert. Andererseits kann hier auf die in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedliche Häufigkeit von männlichen und weiblichen Arbeitskräften mit verschiedenartigen Tätigkeiten sowie von qualifizierten und nichtqualifizierten Kräften hingewiesen werden; derartige Beschäftigtenstrukturen lassen sich allerdings der Arbeitskostenerhebung nicht entnehmen.

Auch eine Aufteilung der Arbeitskosten nach Arbeitern und Angestellten macht das beachtliche Gefälle der Arbeitskosten innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige sichtbar. Bei den Arbeitern waren die höchsten Arbeitskosten im Bereich der Energie- und Wasserwirtschaft (61 115 DM), der chemischen Industrie (55 624 DM), der Papier- und Pappeerzeugung (50 503 DM) und des Kraftwagenbaus (50 178 DM) zu finden, die niedrigsten Arbeitskosten bei den Arbeitern im Bekleidungsgewerbe (29 892 DM) und im Schuhgewerbe (33 926 DM).

Bei den Angestellten zeigt sich, daß die höchsten Arbeitskosten praktisch in den gleichen Wirtschaftszweigen anfielen, in denen auch die Höchstwerte bei den Arbeitern lagen, jedoch ist die Reihenfolge hier etwas anders: Kraftwagenbau mit 102 383 DM, Energie- und Wasserwirtschaft mit 91 796 DM und chemische Industrie mit 86 713 DM je Angestellten. Am niedrigsten waren die durchschnittlichen Arbeitskosten der Angestellten im Schuhgewerbe mit 54 529 DM, im Bekleidungsgewerbe mit 54 878 DM und im Ledergewerbe mit 55 642 DM.

Differenzierte Arbeitskosten in den Wirtschaftszweigen

Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im Produzierenden Gewerbe*) 1984 nach Wirtschaftszweigen			
Wirtschaftszweig	Arbeiter	Angestellte	Insgesamt
	DM		
Energie- und Wasserwirtschaft	40,42	52,30	44,27
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	31,05	44,43	34,52
Industrie der Steine und Erden, Glasindustrie	28,28	40,44	31,65
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	33,83	49,21	41,61
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	27,09	39,16	30,32
Maschinenbau	28,80	40,03	33,44
Herstellung von Büromaschinen	24,16	37,98	32,21
Elektrotechnik	23,92	38,14	28,39
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	30,53	59,03	37,62
Fahrzeugbau (ohne Bau von Kraftwagen)	27,81	38,87	30,70
Feinmechanik und Optik	23,36	32,40	26,13
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	23,04	34,26	26,67
Textilgewerbe	22,06	31,89	24,72
Ledergewerbe	19,71	30,78	21,89
Schuhgewerbe	20,97	30,36	22,97
Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren)	18,51	30,66	21,15
Be- und Verarbeitung von Holz	26,33	32,47	27,63
Papier- und Pappeerzeugung	27,46	43,95	31,31
Papier- und Pappeverarbeitung	23,53	35,25	26,78
Druckerei- und Verlagsgewerbe	27,74	36,16	31,69
Verarbeitung von Gummi	25,87	39,99	29,52
Verarbeitung von Kunststoffen	24,78	37,23	28,48
Baugewerbe	29,16	36,87	30,74
Produzierendes Gewerbe insgesamt	28,96	41,95	33,00

*) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten

Das Gefälle der Arbeitskosten innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige schlägt sich auch in den Kosten je geleistete Arbeitsstunde (errechnet durch Division der Jahresarbeitskosten durch die Jahresarbeitsstunden) nieder. Die höchsten Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde sowohl für Arbeiter wie für Angestellte entstanden 1984 im Wirtschaftszweig Energie- und Wasserwirtschaft mit 44,27 DM, die niedrigsten im Bekleidungsgewerbe mit 21,15 DM. Für das gesamte Produzierende Gewerbe ergab die Berechnung 33,00 DM Arbeitskosten je geleistete Stunde, denen für das Jahr 1981 28,40 DM gegenüberstehen. Der Anstieg im 3-Jahres-Zeitraum 1984/1981 betrug somit 4,60 DM; er bezifferte sich bei den Arbeitern auf 3,44 DM und bei den Angestellten auf 6,75 DM.

Zeitvergleich

Im Vergleich der Erhebungen von 1981 und 1984 haben sich die durchschnittlichen Arbeitskosten im gesamten Produzierenden Gewerbe von 48 251 DM auf 56 202 DM und damit um 16,5 % erhöht. Pro Monat berechnet, betrugen die Arbeitskosten im Jahre 1981 je Vollbeschäftigten 4 021 DM, im Jahre 1984 dagegen 4 684 DM.

Durchschnittliche Arbeitskosten für Arbeiter und Angestellte im Produzierenden Gewerbe*) 1981 und 1984 nach Aufwendungsarten									
Aufwendungsart	Jährliche Arbeitskosten								
	je vollbeschäftigten ¹⁾						insgesamt		
	Arbeiter			Angestellten					
	1981	1984	Veränderung gegenüber 1981	1981	1984	Veränderung gegenüber 1981	1981	1984	Veränderung gegenüber 1981
	DM		%	DM		%	DM		%
Entgelt für geleistete Arbeit	23 664	26 466	+11,8	36 823	41 828	+13,6	27 369	31 069	+13,5
Arbeitsnebenkosten	18 758	22 069	+17,7	26 300	32 293	+22,8	20 881	25 133	+20,4
davon									
Sonderzahlungen	3 322	3 777	+13,7	5 414	6 354	+17,4	3 911	4 549	+16,3
Vergütung arbeitsfreier Tage	6 286	6 829	+8,6	8 106	9 085	+12,1	6 798	7 505	+10,4
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	7 200	8 723	+21,2	10 972	14 193	+29,4	8 262	10 362	+25,4
sonstige Arbeitsnebenkosten	1 950	2 740	+40,5	1 807	2 661	+47,3	1 910	2 716	+42,2
Arbeitskosten insgesamt	42 423	48 536	+14,4	63 123	74 121	+17,4	48 251	56 202	+16,5
darunter									
Bruttolöhne und -gehälter	33 273	37 073	+11,4	50 343	57 267	+13,8	38 079	43 124	+13,2
gesetzliche Arbeitsnebenkosten	9 240	10 449	+13,1	10 538	12 235	+16,1	9 606	10 984	+14,3

*) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten — 1) Voll- und mit Faktor 0,6 umgerechnete Teilzeitbeschäftigte

Stärkerer Anstieg der Arbeitsnebenkosten

Differenziert nach Beschäftigtengruppen, stieg das durchschnittliche Entgelt für geleistete Arbeit bei den Arbeitern um 11,8 % (von 23 664 DM im Jahre 1981 auf 26 466 DM im Jahre 1984) und bei den Angestellten um 13,6 % (von 36 823 DM auf 41 828 DM). Dagegen betrug die Erhöhung der Arbeitsnebenkosten im Vergleichszeitraum bei den Arbeitern 17,7 % (von 18 758 DM in 1981 auf 22 069 DM in 1984) und bei den Angestellten 22,8 % (von 26 300 DM auf 32 293 DM) und wurde damit gegenüber dem Anwachsen des Entgeltes für geleistete Arbeit deutlich übertroffen. Auf das Entgelt für geleistete Arbeit mußten 1981 zusätzlich an Lohnnebenkosten 79,3 % für Arbeiter und 71,4 % für Angestellte aufgebracht werden. 1984 lagen die entsprechenden Werte für Arbeiter bei 83,4 % und für Angestellte bei 77,2 %.

Die gesamten durchschnittlichen Arbeitskosten erhöhten sich bei den Arbeitern um 14,4 % von 42 423 DM im Jahre 1981 auf 48 536 DM im Jahre 1984 und bei den Angestellten um 17,4 % von 63 123 DM auf 74 121 DM.

Strukturveränderungen

Innerhalb der einzelnen Aufwendungsarten hat sich bei längerfristiger Betrachtung ein bemerkenswerter Wandel in der Struktur der Arbeitskosten vollzogen. Von den

Entwicklung der Struktur der Arbeitskosten für Arbeiter und Angestellte im Produzierenden Gewerbe*) 1975 – 1984 nach Aufwendungsarten								
Aufwendungsart	Arbeiter				Angestellte			
	1975	1978	1981	1984	1975	1978	1981	1984
durchschnittliche jährliche Arbeitskosten in DM								
Arbeitskosten insgesamt	28 018	35 141	42 423	48 536	40 013	53 073	63 123	74 121
Anteil an den gesamten Arbeitskosten in %								
davon								
Entgelt für geleistete Arbeit	61,9	58,5	55,8	54,5	63,2	60,4	58,3	56,4
Arbeitsnebenkosten	38,1	41,5	44,2	45,5	36,8	39,6	41,7	43,6
davon								
Sonderzahlungen	4,7	7,1	7,8	7,8	6,8	8,0	8,6	8,6
Vergütung arbeitsfreier Tage	12,1	14,7	14,8	14,1	11,8	12,3	12,8	12,3
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	18,0	16,0	17,0	18,0	13,6	16,8	17,4	19,1
sonstige Arbeitsnebenkosten	3,3	3,7	4,6	5,6	4,6	2,5	2,9	3,6

*) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten

im Jahre 1984 durchschnittlich 48 536 DM betragenden Gesamtarbeitskosten für Arbeiter des Produzierenden Gewerbes entfielen 54,5 % auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 45,5 % auf die Arbeitsnebenkosten. Hingegen hatten die entsprechenden Prozentsätze neun Jahre zuvor, bei der Erhebung im Jahre 1975, noch 61,9 und 38,1 % betragen, d. h. der Anteil der Arbeitsneben- oder Personalzusatzkosten hat um 7,4 Prozentpunkte zugenommen.

Bei den Angestellten mit Jahresarbeitskosten in Höhe von durchschnittlich 74 121 DM entfielen 1984 auf das Entgelt für geleistete Arbeit 56,4 %, auf die Arbeitsnebenkosten entsprechend 43,6 %. Neun Jahre zuvor lauteten die Prozentzahlen noch 63,2 bzw. 36,8 %. Die Differenz, um die sich die Relation der beiden Hauptgruppen verschob, betrug somit 6,8 Prozentpunkte.

Innerhalb der Arten der Arbeitsnebenkosten verlief die Entwicklung differenziert und führte dazu, daß sich die Gewichte einiger Aufwendungsgruppen deutlich verschoben. Dies gilt insbesondere für die Sonderzahlungen bei den Arbeitern, deren Anteil von 4,7 % im Jahre 1975 auf 7,8 % in 1984 anstieg und für die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen bei den Angestellten, deren Anteil sich im Vergleichszeitraum von 13,6 auf 19,1 % vergrößerte.

Anteil der Arbeitsnebenkosten
jetzt bei 45,5 %

RUNDBLICK

Buchführung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1985

Die Ermittlung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Buchführung gehört seit 1975 zum Erhebungsprogramm der im 2-Jahres-Turnus durchgeführten Agrarberichterstattung. Der Merkmalsnachweis zur Buchführung wurde dabei aus der Landwirtschaftszählung 1971 übernommen. Danach war die Frage nach dem Vorliegen einer Buchführung von den Betriebsinhabern dann mit „Ja“ zu beantworten, wenn eine Buchführung mit Jahresabschluß vorlag, d. h. wenn die Einnahmen und Ausgaben des Betriebes systematisch und regelmäßig aufgezeichnet wurden, jährlich eine Bestandsaufnahme aller Vermögensteile erfolgte und eine Gewinn- und Verlustrechnung durchgeführt wurde. Wurde die Frage nach dem Vorliegen einer Buchführung bejaht, war zusätzlich anzugeben, ob diese aufgrund steuerlicher Vorschriften erfolgte.

Der Nachweis der Ergebnisse erstreckt sich im vorliegenden Beitrag nur auf die Betriebe der Hauptproduktionsrichtung Landwirtschaft, d. h. auf Betriebe, bei denen die Waldfläche das 10fache der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) nicht übersteigt. In die Agrarberichterstattung einbezogen werden alle Betriebe mit einer land- oder forstwirtschaftlich genutzten Fläche von jeweils mindestens 1 ha oder mit einer LF unter 1 ha einschl. Einheiten ohne LF, deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha LF entsprechen.

Da heutzutage aus einkommenspolitischen Gründen das Hauptinteresse auf die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe gerichtet ist, sollen im folgenden schwerpunktartig Ergebnisse über diese Betriebskategorie gebracht werden. Nach der Definition der amtlichen Agrarstatistik stellen Haupterwerbsbetriebe solche Einheiten dar, bei denen das Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten nach Auskunft des Betriebsinhabers überwiegend aus der Landwirtschaft stammt. Mit einer derartigen Definition ist jedoch keine Aussage über die Höhe des Einkommens aus der Landwirtschaft verbunden, so daß auch Betriebe mit spärlichem oder unzureichendem Einkommen von ihren Inhabern als sogenannte Haupterwerbsbetriebe eingestuft werden können. Umgekehrt ist es möglich, daß von Betriebsinhabern

Land-
wirtschaft

solche Betriebe als Nebenerwerbsbetriebe angesehen werden, die beachtliche Einkommen aus der Landwirtschaft aufweisen, welche aber geringer sind, als die außerlandwirtschaftlichen Einkünfte.

Wenn zunächst der Zeitraum 1975 bis 1985 hinsichtlich der Entwicklung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Buchführung betrachtet wird, so muß man sich als erstes die Vorschriften für die steuerliche Buchführungspflicht in dem genannten Zeitraum vergegenwärtigen. Für den Zeitpunkt der Agrarberichterstattung 1975 war die sogenannte Abgabenordnung in der Fassung vom 12. 8. 1968 (BGBl. I S. 953) und für die Agrarberichterstattung 1979 die Abgabenordnung in der Fassung von 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 613) maßgebend. Zur Agrarberichterstattung der Jahre 1983 und 1985 schließlich war das Gesetz zur Neuordnung der Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft vom 28. 6. 1980 (BGBl. I S. 732) ausschlaggebend; es brachte Neuerungen, die zu einer wesentlichen Ausweitung der Buchführungspflicht führten. Maßgebende Kriterien für eine Buchführungspflicht sind seit jeher der Gesamtumsatz des Betriebes, das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und der Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft. Das land- und forstwirtschaftliche Vermögen wurde bis 1979 in Form des Einheitswertes und danach in Form des Wirtschaftswertes des Betriebes als steuerlich relevant bewertet. Wenn nur eines der drei genannten Kriterien vom Umfang her erreicht wurde, war damit die Buchführungspflicht gegeben. Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die Buchführungspflichtgrenzen zu verschiedenen Zeitpunkten:

Merkmal	1975	1979	1983/1985
Mindestumsatz in DM	250 000	360 000	360 000
Mindesteinheits- bzw. Mindestwirtschaftswert in DM	100 000	100 000	40 000
Mindestgewinn in DM	12 000	15 000	36 000

Angesichts der Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland, in der Klein- und Mittelbetriebe vorherrschend sind, bestand aufgrund der aufgezeigten Regelungen zumindest bis 1979 eine Buchführungspflicht nur für einen relativ kleinen Kreis von größeren oder spezialisierten Betrieben. Für die nichtbuchführungspflichtigen Betriebe wurden die der Besteuerung zugrunde gelegten Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft durch die Finanzbehörden über Einheitswerte bzw. über Schätzungen von Durchschnittsergebnissen näherungsweise ermittelt.

Bei der Agrarberichterstattung 1985 wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt 94 100 landwirtschaftliche Betriebe festgestellt. 30,3 % dieser Betriebe hatten eine

Landwirtschaftliche Betriebe mit Buchführung 1975 – 1985									
Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe								
	ins- gesamt	und zwar							
		mit Buchführung, mit Jahresabschluß		Betriebe in der Hand natürlicher Personen					
		zusammen	darunter aufgrund steuerlicher Vorschriften	zusammen	darunter mit Buch- führung mit Jahres- abschluß	Haupt- erwerbs- betriebe	darunter mit Buch- führung mit Jahres- abschluß	Neben- erwerbs- betriebe	darunter mit Buch- führung mit Jahres- abschluß
Anzahl									
1975	128 858	12 810	9 449	125 109	12 408	72 293	11 023	52 816	1 385
1979	107 319	15 402	9 675	106 830	15 161	59 535	13 255	47 295	1 906
1983	98 993	23 440	22 039	98 535	23 228	55 026	20 647	43 509	2 581
1985	94 081	28 480	26 874	93 762	28 312	52 635	25 075	41 133	3 243
Anteil in %									
1975	100	9,9	7,3	100	9,9	100	15,3	100	2,6
1979	100	14,4	9,0	100	14,2	100	22,3	100	4,0
1983	100	23,7	22,3	100	23,6	100	37,5	100	5,9
1985	100	30,3	28,6	100	30,2	100	47,6	100	7,9
1975 = 100									
1979	83,3	120,2	102,4	85,4	122,2	82,3	120,3	89,5	137,6
1983	76,8	183,0	233,2	78,8	187,2	76,1	187,3	82,4	186,4
1985	73,0	222,3	284,4	74,9	228,2	72,8	227,5	77,9	234,2

Buchführung mit Jahresabschluß und 28,6 % eine Buchführung aufgrund steuerlicher Vorschriften. 10 Jahre zuvor bei der Agrarberichterstattung 1975 hatten die Anteilsquoten der Betriebe mit Buchführung erst bei einem Zehntel (9,9 %) bzw. bei 7,3 % (Buchführung aufgrund steuerlicher Vorschriften) gelegen. Die entscheidende Ausweitung der Buchführung ist offenbar auf die neue Rechtsgrundlage aus dem Jahre 1980 zurückzuführen. Während 1979 nämlich lediglich 14,4 % der Betriebe eine Buchführung hatten, steigerte sich dieser Wert bis 1983, also binnen 4 Jahren, auf 23,7 %. Da sich nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe in der Hand natürlicher Personen befinden, ist die Entwicklung dieses Betriebsbereiches demjenigen der Gesamtheit der Betriebe weitgehend gleichzusetzen.

Eine Unterscheidung der landwirtschaftlichen Betriebe in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe läßt dagegen aus naheliegenden Gründen gravierende Unterschiede bei der Buchführung erkennen. 1985 hatten allein 25 100 der insgesamt 52 600 Haupterwerbsbetriebe, und damit knapp die Hälfte (47,6 %), eine Buchführung aufzuweisen. Von den 41 100 Nebenerwerbsbetrieben verfügten dagegen nur 3 200, d. s. 7,9 %, über eine Buchführung. Sowohl bei den Haupterwerbs- wie auch bei den Nebenerwerbsbetrieben hatten sich gegenüber 1975 die absoluten Zahlen mehr als verdoppelt, die prozentualen Anteile sogar verdreifacht, da die Anzahl der Betriebe innerhalb des 10-Jahres-Zeitraumes rückläufig war.

Für eine Unterteilung der Gesamtzahl buchführender landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe bieten sich die Aufgliederung nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche und nach dem Standardbetriebseinkommen (StBE) an. Das StBE entspricht vom Konzept her etwa der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten. Es wird unter Verwendung überwiegend statistischer Daten berechnet und ist eine Maßeinheit für die wirtschaftliche Größe der Betriebe.

Landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe mit Buchführung 1985*) nach Größenklassen der landw. genutzten Fläche und des Standardbetriebseinkommens					
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha Standardbetriebseinkommen von ... bis unter ... DM	Landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe				
	insgesamt		darunter mit Buchführung mit Jahresabschluß		
	Anzahl	%	Anzahl	Anteil ¹⁾ %	%
nach Größenklassen der landw. genutzten Fläche					
unter 1	2 370	4,5	1 859	78,4	7,4
1 — 2	2 334	4,4	914	39,2	3,6
2 — 5	3 149	6,0	916	29,1	3,6
5 — 10	4 005	7,6	680	17,0	2,7
10 — 20	12 089	23,0	2 240	18,5	8,9
20 — 30	12 653	24,0	5 612	44,4	22,4
30 — 50	11 678	22,2	8 831	75,6	35,2
50 und mehr	4 403	8,3	4 082	92,7	16,2
Insgesamt	52 635	100	25 075	47,6	100
nach Größenklassen des Standardbetriebseinkommens					
unter 5 000	4 820	9,1	546	11,3	2,1
5 000 — 10 000	2 494	4,7	535	21,5	2,1
10 000 — 15 000	2 973	5,6	637	21,4	2,5
15 000 — 20 000	2 796	5,3	652	23,3	2,6
20 000 — 30 000	6 464	12,3	1 540	23,8	6,1
30 000 — 50 000	12 249	23,3	4 891	39,9	19,5
50 000 und mehr	20 886	39,7	16 328	78,2	65,1

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen — 1) Anteil an den Betrieben der betreffenden Größenklasse insgesamt

Die Übersicht über die Aufgliederung der Haupterwerbsbetriebe nach Größenklassen der LF gibt sowohl die Gesamtzahlen der Betriebe als auch die Zahlen der Betriebe mit Buchführung zu erkennen. In der untersten Größenklasse mit Betrieben von weniger als 1 ha LF war 1985 der Anteil der buchführenden Betriebe in Nordrhein-Westfalen mit 78,4 % recht hoch, ein Zeichen dafür, daß es sich hier überwiegend um intensive Gartenbaubetriebe und zu einem kleineren Teil auch um flächenlose Tierhaltungen handeln dürfte. In dem Größenbereich „1 bis unter 10 ha“ nahmen die Buchführungsbetriebe mit Anteilen von 39,2 bis 17,0 % deutlich ab. Hier ver-

ringerten sich die Gartenbaubetriebe zunehmend und wurden mehr und mehr durch kleine einkommensschwache landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe ersetzt. Die folgenden Größenklassen zeigten mit ansteigender Betriebsgröße wieder deutlich zunehmende Anteile der buchführenden Betriebe. So wurde 1985 in Nordrhein-Westfalen in drei von vier Haupterwerbsbetrieben der Größenklasse „30 bis unter 50 ha LF“ und in den größten Haupterwerbsbetrieben von 50 und mehr ha LF in 92,7 % der Betriebe eine Buchführung festgestellt.

Erwartungsgemäß nimmt auch bei der Gliederung nach dem Standardbetriebseinkommen der Anteil der buchführenden Betriebe an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe mit steigendem StBE zu, wobei sich jedoch im unteren bis mittlerem Bereich nur eine geringe Differenzierung der Anteilswerte beobachten läßt. Die kleinsten Betriebseinheiten mit weniger als 5 000 DM StBE wiesen 1985 nur zu 11,3 % eine Buchführung auf. Die Betriebe mit 5 000 bis unter 30 000 DM StBE hatten bei einer Aufteilung auf vier Größenklassen etwa konstante Anteilswerte zwischen 21,4 und 23,8 % zu verzeichnen. Die Haupterwerbsbetriebe der folgenden Größenklasse mit 30 000 bis unter 50 000 DM StBE führten zu zwei Fünfteln und die noch größeren Betriebe ab 50 000 DM StBE schließlich zu vier Fünfteln Bücher mit Jahresabschluß, und zwar für Zwecke der Finanzämter und zur Kontrolle des wirtschaftlichen Betriebsgeschehens.

Zusätzlich zur Entwicklung der Zahl der Betriebe mit Buchführung gibt die Übersicht über den Umfang ausgewählter Flächen und Tierbestände einen weiteren Hinweis auf die Bedeutung dieser Betriebe.

Landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe mit Buchführung 1975 und 1985*) nach ausgewählten Flächen und Tierbeständen						
Merkmal	Landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe					
	insgesamt		darunter mit Buchführung mit Jahresabschluß		Anteil ¹⁾	
	1975	1985	1975	1985	1975	1985
	ha				%	
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 435 682	1 308 978	334 776	829 674	23,3	63,4
Dauergrünland	506 342	388 405	79 648	197 788	15,7	50,9
Getreide	707 036	627 457	188 278	426 384	26,6	68,0
Zuckerrüben	72 288	75 216	30 589	57 250	42,3	76,1
	Anzahl				%	
Milchkühe	599 965	569 393	76 466	296 372	12,7	52,1
Schweine ohne Ferkel	2 721 646	3 852 892	678 852	2 912 147	24,9	75,6
Legehennen 1/2 Jahr und älter	8 420 137	5 225 121	2 715 868	3 815 664	32,3	73,0
Schlacht-, Masthähne und -hühner	2 340 517	.	946 165	.	40,4	.

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen — 1) Anteil der Betriebe mit Buchführung an den Betrieben insgesamt

Die LF der buchführenden Haupterwerbsbetriebe betrug 1985 in Nordrhein-Westfalen 829 700 ha und nahm damit einen Anteil von 63,4 % an der LF aller Haupterwerbsbetriebe ein. Der Anteil des Dauergrünlandes blieb mit 50,9 % deutlich unter dem Anteil der LF. Einen Anteil von etwa gleicher Größenordnung gab es 1985 mit 52,1 % bei den Milchkühen, also ebenfalls einen Anteil, der demjenigen der Zahl der buchführenden Haupterwerbsbetriebe an der Gesamtzahl der Haupterwerbsbetriebe entspricht. Relativ hohe Flächenanteile hatten die buchführenden Haupterwerbsbetriebe mit 68 % bei Getreide und mit 76,1 % bei Zuckerrüben zu verzeichnen. Auch die Schweine- und Eierzeugung sind zu relativ großen Anteilen, und zwar zu jeweils rd. drei Viertel, in den Haupterwerbsbetrieben mit Buchführung anzutreffen. Im Vergleich zu 1975 ist der Anstieg der Anteilswerte bei den meisten der ausgewählten Merkmale beträchtlich. Dies trifft insbesondere für die Merkmale „Dauergrünland“ und „Milchkühe“, aber auch noch für die Schweine zu. Schon relativ große Ausgangswerte gab es 1975 dagegen mit 42,3 % bei den Zuckerrüben und mit 32,3 % bei den Legehennen.

Kö.

Der Straßenfahrzeugbau – Zur außenwirtschaftlichen Bedeutung

Handel

In Nordrhein-Westfalen gab es 1985 rund 455 Betriebe¹⁾, die dem Wirtschaftszweig Straßenfahrzeugbau zuzuordnen sind. In diesem Wirtschaftszweig waren 121 000 Personen beschäftigt, die einen Gesamtumsatz von 27,1 Mrd. DM erwirtschafteten. Innerhalb des Wirtschaftsbereichs „Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe“ nimmt damit der Straßenfahrzeugbau bei den Beschäftigten und bei dem Gesamtumsatz den 6. Platz in der Rangfolge der rund 35 Wirtschaftszweige dieses Bereichs ein.

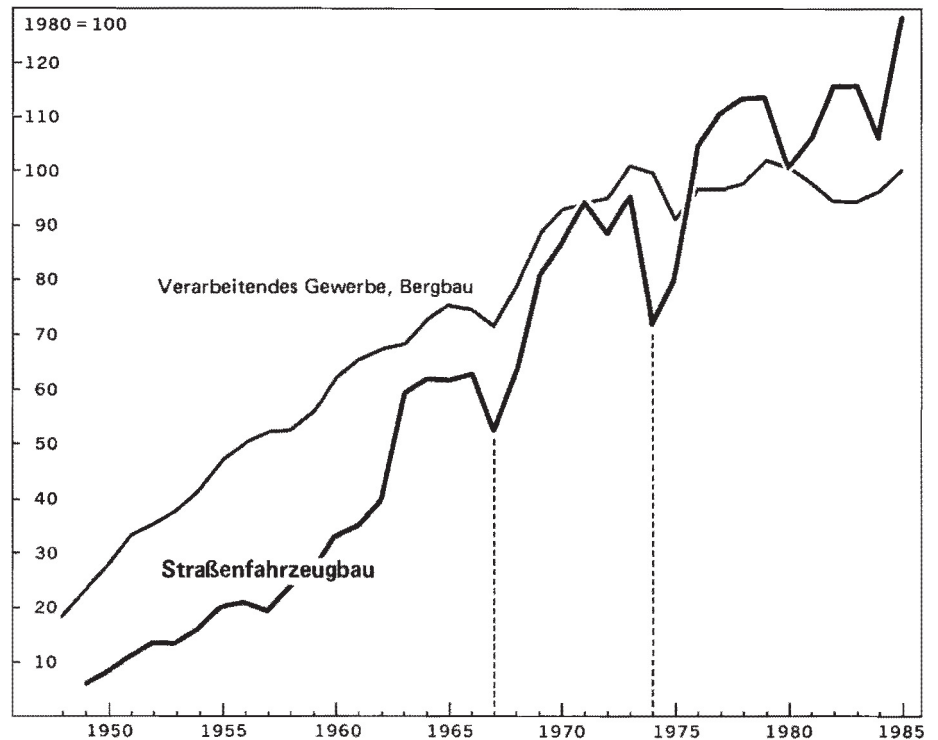
Die Stellung des Straßenfahrzeugbaus innerhalb der Wirtschaftszweige 1985									
Wirtschaftszweig	Beschäftigte			Umsatz					
	insgesamt	Anteil am Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	Rangordnung	insgesamt	Anteil am Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	Rangordnung	darunter Auslandsumsatz		
							insgesamt	Anteil am Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	Rangordnung
	Anzahl	%		Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau) insgesamt	1 947 215	100	x	424 315	100	x	125 710	100	x
darunter									
Maschinenbau	272 479	14,0	1	42 677	10,1	2	21 338	17,0	2
chemische Industrie	193 371	9,9	2	68 858	16,2	1	31 134	24,8	1
elektrotechnische Industrie	176 226	9,1	3	26 632	6,3	7	6 722	5,3	5
Bergbau	162 795	8,4	4	25 621	6,0	8	3 519	2,8	7
eisenschaffende Industrie	153 837	7,9	5	34 398	8,1	3	13 467	10,7	3
Straßenfahrzeugbau	121 108	6,2	6	27 077	6,4	6	13 229	10,5	4
EBM-Industrie	111 385	5,7	7	18 433	4,3	9	5 379	4,3	6
Ernährungsgewerbe	100 375	5,2	8	33 241	7,8	4	2 576	2,0	10
Mineralölverarbeitung	10 108	0,5	28	30 458	7,2	5	821	0,7	24

Der Straßenfahrzeugbau gehört aber nicht nur zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen in Nordrhein-Westfalen, sondern er ist auch einer der Zweige, die das Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren entscheidend bestimmt und weitgehend auch getragen haben. Insgesamt lag in den Nachkriegsjahren die Wachstumsrate der industriellen Produktion des Straßenfahrzeugbaus in fast allen Jahren weit über dem Durchschnitt. Das gilt vor allem für die Jahre der Aufbauphase 1950 – 1960, in der die Industrieproduktion insgesamt im jährlichen Durchschnitt um rund 8 % wuchs, und für die Periode der 60er Jahre (1960 – 1969), in der das durchschnittliche jährliche industrielle Wachstum bei rund 5 % lag. In diesen beiden Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit nahm die durchschnittliche jährliche Produktion des Straßenfahrzeugbaus um rund 15 % (1950 – 1960) und um rund 13 % (1960 – 1969) zu. Aber auch in der Phase des „Klimawandels“ 1970 – 1979 und in den „kritischen Jahren“ ab 1980 stieg die durchschnittliche jährliche Produktion im Straßenfahrzeugbau mit rund 4 % (gesamte Industrie rund 3 %) und knapp 3 % (gesamte Industrie – 1 %) noch überdurchschnittlich (1980 – 1985).

Bei einem längerfristigen Vergleich der Jahre der Nachkriegsentwicklung ist zu bedenken, daß das Ausgangsniveau der Produktion des Straßenfahrzeugbaus zu Beginn der 50er Jahre auf einer relativ niedrigen Stufe stand. Im Vordergrund der Nachfrage standen zunächst andere Güter, vor allem Güter der Produktionsgüterindustrie. Dazu gehören zwar auch Fahrzeuge als Investitionsgüter, die aber Mitte der 50er Jahre „nur“ etwa 15 % der inländischen Lieferungen zu den Ausrüstungsinvestitionen ausmachten. Von der gesamten Straßenfahrzeugbauproduktion der damaligen Zeit können etwa rund 60 % den Investitionsgütern zugerechnet werden und rund 40 % den Verbrauchsgütern. In den weiteren Jahren folgte eine immer stärker werdende Orientierung des Straßenfahrzeugbaus auf die Verbrauchsgütermärkte und damit eine immer enger werdende Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Branche von der privaten Nachfrage; heute dürfte das Verhältnis „Investitionsgüter zu Verbrauchsgütern“ im Straßenfahrzeugbau etwa 25 : 75 betragen.

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, die schwerpunktmäßig Straßenfahrzeuge (Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder) und deren Teile herstellen sowie Reparaturen durchführen

Produktion des Straßenfahrzeugbaus in Nordrhein-Westfalen 1950–1985



Flacher werdender Wachstumstrend

In der Vergangenheit gingen die Impulse für das überdurchschnittliche Entwicklungstempo des Wirtschaftszweiges Straßenfahrzeugbau vor allem von der wachsenden Bedeutung des Pkw als individuell verfügbares Massenverkehrsmittel aus. Mit der zunehmenden Sättigung des Marktes ist jedoch in letzter Zeit der Wachstumsverlauf der Automobilproduktion flacher geworden. Inzwischen ist ein Motorisierungsniveau erreicht, das weit höher liegt, als noch vor Jahren für möglich gehalten wurde. Als Kehrseite davon sind allerdings seit längerem auf allen wichtigen Absatzmärkten Ansätze einer Abschwächung der von der Motorisierung ausgehenden Dynamik erkennbar. Insbesondere in den Jahren 1979/80 und 1983/84 kam es in der Produktion des Straßenfahrzeugbaus zu Einbrüchen in einem Ausmaß, wie sie in den Jahren zuvor nur ausnahmsweise aufgetreten sind²⁾. So ging die Produktion des Straßenfahrzeugbaus 1984 gegenüber 1983 um fast 9 % zurück; 1980 betrug der Rückgang gegenüber 1979 sogar knapp 12 %. In diesen negativen Veränderungsdaten spiegeln sich die allgemeinen Wachstumsschwächen mit abnehmenden privat verfügbaren Einkommen und die nachlassende Investitionsneigung ebenso wider, wie die erreichte hohe Kraftfahrzeugbestandsdichte, die dämpfend vor allem auf das private Neuwagengeschäft wirkt. Immerhin lag z. B. der Bestand an Kraftfahrzeugen je 1 000 Einwohner 1985 in Nordrhein-Westfalen bei rund 470, 1960 machte er erst rund 120 aus und 1950 sogar nur rund 40 Fahrzeuge je 1 000 Einwohner.

Straßenfahrzeugbau wickelt 50 % seiner Produktion mit dem Ausland ab

Für den Straßenfahrzeugbau ist aber nicht nur der Absatz auf den Inlandsmärkten schwieriger geworden, sondern auch die Absatzmärkte im Ausland sind nicht mehr so aufnahmefähig wie in früheren Jahren. Dies ist für einen Industriezweig, der fast 50 % seines Umsatzes mit dem Ausland tätigt, problematisch.

Von dem Gesamtumsatz des nordrhein-westfälischen Straßenfahrzeugbaus im Jahr 1985 in Höhe von 27,1 Mrd. DM entfielen 13,2 Mrd. DM auf Umsätze mit dem Aus-

²⁾ Vergleichbare Produktionsrückgänge gab es 1974 gegenüber 1973 mit rund 25 %, 1972/71 mit rund 6 %, 1967/66 mit rund 17 % und 1957/56 mit rund 8 %.

Weltproduktion von Kraftwagen*) 1984 nach ausgewählten Ländern		
Land	Anzahl	Anteil an Weltproduktion
	1 000	%
Europa	15 484	37
darunter		
Bundesrepublik Deutschland	4 045	10
Frankreich	3 062	7
Italien	1 601	4
Großbritannien	1 134	3
Sowjetunion	2 212	5
übrige Länder	3 430	8
USA	10 922	26
Japan	11 465	27
übrige Länder	4 334	10
Insgesamt	42 205	100

*) Personen- und Lastkraftwagen — — — Quelle: Tatsachen und Zahlen aus der Kraftverkehrswirtschaft 1985, hrsg. v. Verband der Automobilindustrie, S. 383

Schweden (rund 65 %), dagegen gingen nur 10 % der amerikanischen Automobilproduktion in das Ausland, in Großbritannien lag der Anteil bei rund 25 % und in Italien bei rund 35 %.

Ein Drittel des Weltexports stammt aus Japan

Die Außenhandelsströme mit Kraftfahrzeugen fließen fast ausschließlich zwischen den Industrieländern. Allein rund 95 % des Weltexports an Kraftfahrzeugen wickelt sich in dem Bereich dieser Länder ab. Beim Weltimport ist es nur geringfügig anders. Hier entfallen rund 85 % der Importumsätze auf Industrieländer. Eine gewisse Bedeutung haben allerdings auch bereits die Entwicklungsländer, die mit rund 15 % am Weltimport beteiligt sind; die Fahrzeugimporte betreffen aber zu über 50 % die Opec-Länder, bei der Masse der übrigen Entwicklungsländer spielen sie keine größere Rolle.

Welt-Außenhandel mit Personenkraftwagen 1982 — Anteile in % —		
Ländergruppe	Export	Import
Insgesamt	100	100
davon		
Industrieländer	96	85
darunter		
Europa	50	43
darunter		
Bundesrepublik Deutschland	24	5
USA	5	33
Japan	32	1
Entwicklungsländer	3	14
Staatshandelsländer	1	1

Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Vol. I, hrsg. v. d. United Nations, New York 1985

Im einzelnen ist weiter bemerkenswert, daß etwas über 30 % des Weltexports auf die Ausfuhr von Japan entfällt, das selbst kaum Kraftwagen einführt. Umgekehrt ist es bei den USA: Kraftwagen werden nur in einer kleinen Anzahl exportiert (rund 5 % des Weltexports an Personenkraftwagen). Dagegen sind reichlich 30 % der Weltimporte von Personenkraftwagen den USA zuzurechnen.

Betrachtet man die Importstruktur der Ländergruppen, so zeigt sich die bereits mehrfach erwähnte Verflechtung der Industrieländer untereinander und vor allem der starke Warenaustausch der europäischen Nachbarländer. Bemerkenswert sind darüber hinaus die Verbindungen der europäischen Länder mit den USA und mit Japan. Hier zeigt sich, daß die europäischen Länder kaum Personenkraftwagen aus den USA beziehen (0,4 % der Gesamtimporte der europäischen Länder), dagegen beziehen sie fast 15 % ihrer Einfuhren aus Japan. Die USA andererseits importieren etwas über 20 % ihrer Gesamteinfuhren an Personenkraftwagen aus Europa, aber rund 50 % allein aus Japan.

Import von Personenkraftwagen 1982 nach Ländergruppen – Anteile in % –						
	Industrielländer				Entwicklungs- länder insgesamt	Staatshandels- länder insgesamt
	insgesamt	darunter				
		Europa	USA	Japan		
Import insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon aus Industrielländern	98,2	97,2	99,3	97,0	85,6	17,5
darunter aus Europa	53,4	84,1	22,2	82,3	32,7	13,3
darunter aus Bundesrepublik Deutschland	26,6	38,9	14,8	72,0	10,8	5,9
USA	4,6	0,4	—	14,7	4,7	0
Japan	29,8	12,6	50,9	—	46,5	4,2
Entwicklungsländern	1,0	1,3	0,7	3,0	12,5	1,2
Staatshandelsländern	0,8	1,5	0	0	1,8	81,3

Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Vol. I, hrsg. v. d. United Nations, New York 1985

Bei den in der Übersicht weiter angeführten regionalen Importstrukturen Japans, der Entwicklungsländer und der Staatshandelsländer ist zu beachten, daß ihr Importvolumen insgesamt relativ gering ist. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Staatshandelsländer den Kraftwagenhandel fast ausschließlich im eigenen Wirtschaftsraum abwickeln.

5 % der Kraftwagenexporte Japans gehen in die Bundesrepublik

Hauptabsatzmärkte der deutschen Kraftwagenindustrie sind die Länder Europas. Ein geringer Anteil der Exporte geht nach Afrika und Asien sowie nach Mittel- und Südamerika; das gilt auch für Australien, das allein schon wegen der Entfernung als Absatzmarkt für deutsche Kraftwagen nur eingeschränkt in Betracht kommt (1984 insgesamt 13 000 Fahrzeuge oder 0,5 % der Gesamtausfuhr). Eine gewisse Bedeutung als Absatzmarkt für deutsche Fahrzeuge hat allerdings die USA, die 1984 rund 15 % der deutschen Lieferungen aufnahm.

Export von Kraftwagen ausgewählter Herstellungsländer 1984 – Anteile in % –							
nach	Export von	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Großbritannien	USA	Japan
		100	100	100	100	100	100
Insgesamt							
davon							
Europa		76,0	68,6	89,7	42,7	1,1	20,6
darunter							
Bundesrepublik Deutschland	x		11,5	19,0	3,7	0,6	5,2
Frankreich	12,6	x		28,3	10,2	0,1	1,0
Großbritannien	18,7	8,9	x	9,8	x	0,1	3,6
Afrika		2,1	9,3	3,9	22,3	0,2	4,2
Asien		4,1	2,7	1,9	24,4	3,7	18,0
darunter							
Japan	1,3	0	0	0,4	0,3	0,3	x
Nordamerika							
USA	15,3	14,3	2,1	6,8	x		43,7
Kanada	1,1	1,1	0,3	0,4	93,7		3,6
Mittel- und Südamerika		0,7	2,9	1,0	0,5	1,1	2,9
Australien, Ozeanien		0,5	0,5	0,7	2,9	0	6,8
Lieferung an Ausländer im Inland und nicht nach Ländern aufteilbare Exporte		0,2	0,6	0,4	—	0,2	0,2

Quelle: Tatsachen und Zahlen aus der Kraftverkehrswirtschaft 1985, hrsg. v. Verband der Automobilindustrie, S. 388 ff.

Der regionalen Exportstruktur der deutschen Kraftwagenindustrie entsprechen im wesentlichen auch die Exportgliederungen der meisten übrigen Kraftwagen exportierenden Länder Europas, außer daß z. B. die Kraftwagenexporte Italiens nach den USA relativ gering sind, Großbritannien dagegen eine größere Anzahl von Kraftwagen in den afrikanischen und asiatischen Ländern absetzt. Von den britischen Lieferungen nach Afrika gehen allerdings 80 % allein in die Republik Südafrika und von den Lieferungen nach Asien ebenfalls rund 80 % in den Iran. Interessant

Weltproduktion von Kraftwagen*) 1984 nach ausgewählten Ländern		
Land	Anzahl	Anteil an Weltproduktion
	1 000	%
Europa	15 484	37
darunter		
Bundesrepublik Deutschland	4 045	10
Frankreich	3 062	7
Italien	1 601	4
Großbritannien	1 134	3
Sowjetunion	2 212	5
übrige Länder	3 430	8
USA	10 922	26
Japan	11 465	27
übrige Länder	4 334	10
Insgesamt	42 205	100

*) Personen- und Lastkraftwagen — — — Quelle: Tatsachen und Zahlen aus der Kraftverkehrswirtschaft 1985, hrsg. v. Verband der Automobilindustrie, S. 383

Schweden (rund 65 %), dagegen gingen nur 10 % der amerikanischen Automobilproduktion in das Ausland, in Großbritannien lag der Anteil bei rund 25 % und in Italien bei rund 35 %.

Ein Drittel des Weltexports stammt aus Japan

Die Außenhandelsströme mit Kraftfahrzeugen fließen fast ausschließlich zwischen den Industrieländern. Allein rund 95 % des Weltexports an Kraftfahrzeugen wickelt sich in dem Bereich dieser Länder ab. Beim Weltimport ist es nur geringfügig anders. Hier entfallen rund 85 % der Importumsätze auf Industrieländer. Eine gewisse Bedeutung haben allerdings auch bereits die Entwicklungsländer, die mit rund 15 % am Weltimport beteiligt sind; die Fahrzeugimporte betreffen aber zu über 50 % die Opec-Länder, bei der Masse der übrigen Entwicklungsländer spielen sie keine größere Rolle.

Welt-Außenhandel mit Personenkraftwagen 1982 — Anteile in % —		
Ländergruppe	Export	Import
Insgesamt	100	100
davon		
Industrieländer	96	85
darunter		
Europa	50	43
darunter		
Bundesrepublik Deutschland	24	5
USA	5	33
Japan	32	1
Entwicklungsländer	3	14
Staatshandelsländer	1	1

Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Vol. I, hrsg. v. d. United Nations, New York 1985

Im einzelnen ist weiter bemerkenswert, daß etwas über 30 % des Weltexports auf die Ausfuhr von Japan entfällt, das selbst kaum Kraftwagen einführt. Umgekehrt ist es bei den USA: Kraftwagen werden nur in einer kleinen Anzahl exportiert (rund 5 % des Weltexports an Personenkraftwagen). Dagegen sind reichlich 30 % der Weltimporte von Personenkraftwagen den USA zuzurechnen.

Betrachtet man die Importstruktur der Ländergruppen, so zeigt sich die bereits mehrfach erwähnte Verflechtung der Industrieländer untereinander und vor allem der starke Warenaustausch der europäischen Nachbarländer. Bemerkenswert sind darüber hinaus die Verbindungen der europäischen Länder mit den USA und mit Japan. Hier zeigt sich, daß die europäischen Länder kaum Personenkraftwagen aus den USA beziehen (0,4 % der Gesamtimporte der europäischen Länder), dagegen beziehen sie fast 15 % ihrer Einfuhren aus Japan. Die USA andererseits importieren etwas über 20 % ihrer Gesamteinfuhren an Personenkraftwagen aus Europa, aber rund 50 % allein aus Japan.

Import von Personenkraftwagen 1982 nach Ländergruppen – Anteile in % –						
	Industrieländer				Entwicklungs- länder insgesamt	Staatshandels- länder insgesamt
	insgesamt	darunter				
		Europa	USA	Japan		
Import insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon aus Industrieländern	98,2	97,2	99,3	97,0	85,6	17,5
darunter aus Europa	53,4	84,1	22,2	82,3	32,7	13,3
darunter aus Bundesrepublik Deutschland	26,6	38,9	14,8	72,0	10,8	5,9
USA	4,6	0,4	—	14,7	4,7	0
Japan	29,8	12,6	50,9	—	46,5	4,2
Entwicklungsländern	1,0	1,3	0,7	3,0	12,5	1,2
Staatshandelsländern	0,8	1,5	0	0	1,8	81,3

Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Vol. I, hrsg. v. d. United Nations, New York 1985

Bei den in der Übersicht weiter angeführten regionalen Importstrukturen Japans, der Entwicklungsländer und der Staatshandelsländer ist zu beachten, daß ihr Importvolumen insgesamt relativ gering ist. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Staatshandelsländer den Kraftwagenhandel fast ausschließlich im eigenen Wirtschaftsraum abwickeln.

5 % der Kraftwagenexporte Japans gehen in die Bundesrepublik

Hauptabsatzmärkte der deutschen Kraftwagenindustrie sind die Länder Europas. Ein geringer Anteil der Exporte geht nach Afrika und Asien sowie nach Mittel- und Südamerika; das gilt auch für Australien, das allein schon wegen der Entfernung als Absatzmarkt für deutsche Kraftwagen nur eingeschränkt in Betracht kommt (1984 insgesamt 13 000 Fahrzeuge oder 0,5 % der Gesamtausfuhr). Eine gewisse Bedeutung als Absatzmarkt für deutsche Fahrzeuge hat allerdings die USA, die 1984 rund 15 % der deutschen Lieferungen aufnahm.

Export von Kraftwagen ausgewählter Herstellungsländer 1984 – Anteile in % –							
nach	Export von	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Großbritannien	USA	Japan
		100	100	100	100	100	100
Insgesamt							
davon							
Europa		76,0	68,6	89,7	42,7	1,1	20,6
darunter							
Bundesrepublik Deutschland	x		11,5	19,0	3,7	0,6	5,2
Frankreich	12,6	x		28,3	10,2	0,1	1,0
Großbritannien	18,7	8,9	9,8	x		0,1	3,6
Afrika		2,1	9,3	3,9	22,3	0,2	4,2
Asien		4,1	2,7	1,9	24,4	3,7	18,0
darunter							
Japan	1,3	0	0,4	0,3	0,3		x
Nordamerika							
USA	15,3	14,3	2,1	6,8	x		43,7
Kanada	1,1	1,1	0,3	0,4	93,7		3,6
Mittel- und Südamerika		0,7	2,9	1,0	0,5	1,1	2,9
Australien, Ozeanien		0,5	0,5	0,7	2,9	0	6,8
Lieferung an Ausländer im Inland und nicht nach Ländern aufteilbare Exporte		0,2	0,6	0,4	—	0,2	0,2

Quelle: Tatsachen und Zahlen aus der Kraftverkehrswirtschaft 1985, hrsg. v. Verband der Automobilindustrie, S. 388 ff.

Der regionalen Exportstruktur der deutschen Kraftwagenindustrie entsprechen im wesentlichen auch die Exportgliederungen der meisten übrigen Kraftwagen exportierenden Länder Europas, außer daß z. B. die Kraftwagenexporte Italiens nach den USA relativ gering sind, Großbritannien dagegen eine größere Anzahl von Kraftwagen in den afrikanischen und asiatischen Ländern absetzt. Von den britischen Lieferungen nach Afrika gehen allerdings 80 % allein in die Republik Südafrika und von den Lieferungen nach Asien ebenfalls rund 80 % in den Iran. Interessant

ist hierbei, daß die Kraftwagenlieferungen nach dem Iran fast zur Hälfte aus Nutzkraftwagen bestehen und insgesamt mehr als ein Drittel der Exporte Großbritanniens an Nutzfahrzeugen ausmachen.

Ganz anders als in den europäischen Ländern ist die regionale Gliederung der Kraftwagenausfuhren der USA und die Japans. Die USA führt relativ wenige Kraftwagen aus, insgesamt 1984 nur 764 000 Stück, das sind rund 7 % der Gesamtproduktion von 11 Mill. Kraftwagen im Jahr 1984. Von den ausgeführten Kraftwagen gingen 1984 allein 715 000 Stück oder rund 94 % nach Kanada; die übrigen Länder sind als Absatzmärkte ohne Bedeutung.

Ist die amerikanische Kraftwagenindustrie vorwiegend auf die heimischen Märkte konzentriert, gilt das nicht für die japanischen Automobilfabriken. Sie produzierten 1984 insgesamt 11,5 Mill. Kraftwagen, also etwas mehr als die USA, von denen 6,1 Mill. Fahrzeuge oder 53 % ausgeführt wurden. Die Kraftwagenlieferungen gingen zu knapp 45 % in die USA, zu rund 20 % nach Europa und zu 18 % in die Länder Asiens; Afrika und die Länder Mittel- und Südamerikas sind als Abnehmer weniger bedeutend, dagegen gingen 1984 insgesamt 413 000 Kraftwagen oder rund 7 % der Exporte nach Australien.

Ho.

Der Bauüberhang im Wohnungsbau seit 1970

Die Statistik des Bauüberhangs im Hochbau dient der Abgrenzung der Bauleistungen im Wohn- und Nichtwohnbau eines Jahres. Sie gibt darüber hinaus Auskunft über Bauvorrat und Bauaufträge und kann daher als ein Indikator für die kurzfristige Entwicklung der Bauwirtschaft angesehen werden.

Die derzeitige Ermittlung des Bauüberhangs beruht auf dem Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und der Fortschreibung des Gebäudebestandes von 1978, und sie wird von den zuständigen Bauämtern in den Gemeinden jeweils zum 31. 12. eines Jahres durchgeführt. Hierbei wird der Baufortschritt derjenigen Bauvorhaben festgestellt, bei denen noch nicht alle wesentlichen Bauarbeiten abgeschlossen sind und deshalb keine Fertigstellungsmeldung vorliegt. Von der Erhebung werden auch die genehmigten, jedoch noch nicht begonnenen Baumaßnahmen sowie erloschene Baugenehmigungen erfaßt.

Im zeitlichen Ablauf sind die Ergebnisse der Bauüberhangsstatistik zwischen den erteilten Baugenehmigungen und den gemeldeten Baufertigstellungen einzuordnen. Damit ist erkennbar, wie groß die Zahl der kurz- und mittelfristig zu erwartenden Baufertigstellungen sein wird. Die Ergebnisse der Bauüberhangsstatistik ermöglichen somit eine jährliche Vorausschau über eine kurzfristige Produktionsauslastung der Betriebe der Bauwirtschaft und über die demnächst zu erwartende Verfügbarkeit von zusätzlichem Wohnraum für die Bevölkerung.

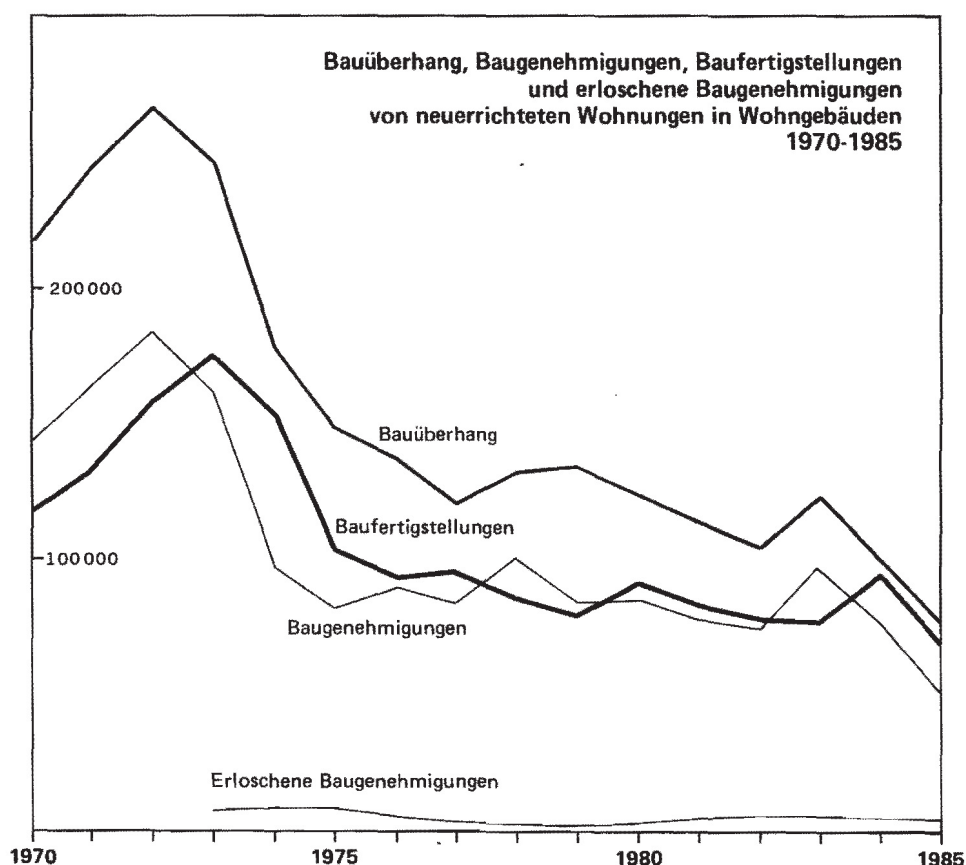
Im nachfolgenden sollen die Ergebnisse der Bauüberhangsstatistik von 1970 bis 1985 kurz erläutert werden; dabei finden auch die Ergebnisse der Baufertigstellungs- und Baugenehmigungsstatistik Berücksichtigung. Alle Ausführungen beziehen sich auf neu errichtete Wohngebäude ohne Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

In den Jahren 1970 bis 1985 sank tendenziell die Zahl der im Bauüberhang gemeldeten Neubauwohnungen. Innerhalb dieses Zeitablaufs gab es im Jahr 1972 einen Höchststand mit rd. 266 000 Wohnungen. Im Jahr 1985 wurden dagegen nur rd. 78 000 Wohnungen registriert. Der hohe Bauüberhang in den frühen 70er Jahren beruhte auf der damals noch regen Bautätigkeit, insbesondere im Mehrfamilienhausbau, welcher für die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum notwendig war. Mit der zunehmenden Verbesserung dieser Versorgung bei gleichzeitigem verstärkten Anstieg der Kosten für die Grundstücke und Bauleistungen schrumpfte die Bautätigkeit und demzufolge auch der registrierte Bauüberhang.

Bautätigkeit

Bauüberhang, Baugenehmigungen und Baufertigstellungen von neuerrichteten Wohnungen in Wohngebäuden von 1970 bis 1985				
Jahr	Bauüberhang	Bauge- nehmigungen	Baufertig- stellungen	Erlösene Bauge- nehmigungen
	von ... Wohnungen			
1970	218 434	143 899	118 317	x
1971	245 444	164 258	133 604	x
1972	265 893	184 037	159 818	x
1973	247 281	162 270	176 202	x
1974	179 458	98 447	153 666	7 164 ¹⁾
1975	149 554	83 018	103 905	9 143 ¹⁾
1976	138 073	90 845	94 191	8 421
1977	120 950	85 327	97 363	5 338
1978	131 805	101 463	87 488	3 266
1979	133 773	85 245	80 289	2 588
1980	124 608	86 443	92 477	2 095
1981	115 545	79 248	83 870	3 296
1982	104 913	75 037	79 267	4 164
1983 ²⁾	123 450	97 981	77 782	4 716
1984 ²⁾	100 755	77 497	95 564	4 664
1985 ²⁾	77 614	51 712	69 811	3 580

1) einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden — 2) einschließlich Wohnheimen



Verglichen mit den im selben Zeitraum erteilten Baugenehmigungen und gemeldeten Baufertigstellungen im Wohnungsbau, zeigt sich zum Teil sehr deutlich, daß die ermittelten Werte im Bauüberhang jedes Jahr über den entsprechenden Angaben aus der Baugenehmigungs- bzw. Baufertigstellungsstatistik lagen.

Ein Grund für die höhere Zahl der im Bauüberhang befindlichen Wohnungen gegenüber den Baufertigstellungsmeldungen liegt in der unterschiedlichen Fertigstellungsdauer im Wohnungsbau. Je nach Gebäudeart, Größe des Objekts und Ausführung kann der Zeitraum zwischen erteilter Baugenehmigung und gemeldeter Baufertigstellung durchaus ein Jahr oder länger betragen. So sind im Bauüberhang eines Jahres Wohngebäude zu finden, die ein entsprechend zurückliegendes Baugenehmigungsdatum aufweisen.

Bauüberhang von neuerrichteten Wohnungen in Wohngebäuden von 1974 bis 1985 nach Genehmigungszeiträumen															
Jahr	Neuerrichtete Wohnungen														
	insgesamt		davon wurden genehmigt												
			im 2. Halbjahr		im 1. Halbjahr		im 2. Halbjahr		im 1. Halbjahr		2 Jahre		3 und mehr Jahre		
							des Vorjahres								
							vor Feststellung des Bauüberhangs								
							Anzahl	%	Anzahl	%					Anzahl
1974	179 458	100	49 976	27,8	36 261	20,2	40 583	22,6	26 425	14,7	19 065	10,6	7 148	4,0	
1975	149 554	100	43 873	29,3	29 656	19,8	25 452	17,0	14 279	9,5	24 797	16,6	11 497	7,7	
1976	138 073	100	44 079	31,9	36 789	26,6	21 599	15,6	8 991	6,5	12 399	9,0	14 216	10,3	
1977	120 950	100	45 640	37,7	29 063	24,0	18 824	15,6	9 730	8,0	7 584	6,3	10 109	8,4	
1978	131 805	100	54 818	41,6	35 741	27,1	19 911	15,1	7 563	5,7	7 051	5,3	6 721	5,1	
1979	133 773	100	34 492	25,8	41 934	31,3	33 258	24,9	10 497	7,8	7 655	5,7	5 937	4,4	
1980	124 608	100	31 680	25,4	36 376	29,2	25 166	20,2	15 304	12,3	10 630	8,5	5 452	4,4	
1981	115 545	100	29 473	25,5	33 429	28,9	22 667	19,6	13 804	11,9	10 834	9,4	5 338	4,6	
1982	104 913	100	28 178	26,9	28 148	26,8	20 432	19,5	12 529	11,9	10 958	10,4	4 668	4,4	
1983 ¹⁾	123 450	100	40 577	32,9	37 687	30,5	18 562	15,0	9 731	7,9	10 689	8,7	6 204	5,0	
1984 ¹⁾	100 755	100	25 151	25,0	29 193	29,0	21 045	20,9	10 726	10,6	7 468	7,4	7 172	7,1	
1985 ¹⁾	77 614	100	18 636	24,0	19 231	24,8	14 421	18,6	9 344	12,0	9 593	12,4	6 389	8,2	

1) einschließlich Wohnheimen

Die meisten der am Jahresende im Bauüberhang befindlichen Wohnungen besitzen ein Genehmigungsdatum aus dem gleichen Jahr. 1974 waren es 48,0 % aller als Bauüberhang ausgewiesenen Wohnungen und im Jahr 1978 sogar 68,7 %. Noch nicht als fertiggestellt gemeldete Wohnungen mit einem Genehmigungsdatum, das zwei Jahre zurückreicht, sind häufig zu finden, so z. B. 1975 mit einem Anteil von 16,6 %. Es gibt auch Wohnungen, die drei Jahre nach der erteilten Baugenehmigung noch nicht als fertiggestellt gemeldet werden. 1974 waren es 4,0 % aller im Bauüberhang befindlichen Wohnungen und zwei Jahre später sogar 10,3 %. Hier handelt es sich z. B. um Baugenehmigungen, die von den Bauherren vorerst nicht genutzt werden oder um Bauobjekte, die aus finanziellen Gründen nicht vollendet werden.

Mit sinkender Zahl von Baugenehmigungen wird auch der Bauüberhang geringer. Sollte es zu keiner kurzfristigen Steigerung des Wohnungsbaus kommen, kann davon ausgegangen werden, daß sich die Ergebnisse des Bauüberhangs und der Baufertigstellungen stark annähern. Dieser Sachverhalt wird durch die Grafik verdeutlicht. So erkennt man, daß der Bauüberhang ansteigt, wenn die Zahl der Baugenehmigungen die Zahl der Baufertigstellungen im gleichen Jahr übersteigt. Weiterhin fällt auf, daß mit Ausnahme des Jahres 1979 alle Wendepunkte der Bauüberhangskurve mit Wendepunkten der Baugenehmigungskurve zeit- und richtungsgleich verlaufen.

Die Bauüberhangsstatistik läßt auch den Baufortschritt erkennen. So wird unterschieden nach: Gebäude unter Dach, Gebäude noch nicht unter Dach sowie noch

Bauüberhang von neuerrichteten Wohnungen in Wohngebäuden 1970 bis 1985 nach Bauzustand								
Jahr	Wohnungen							
	insgesamt		davon					
			unter Dach		noch nicht unter Dach		noch nicht begonnen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1970	218 434	100	96 800	44,3	68 372	31,3	53 262	24,4
1971	245 444	100	116 347	47,4	77 881	31,7	51 216	20,9
1972	265 893	100	137 972	51,9	76 301	28,7	51 620	19,4
1973	247 281	100	134 214	54,3	58 214	23,5	54 853	22,2
1974	179 458	100	89 221	49,7	37 985	21,2	52 252	29,1
1975	149 554	100	73 735	49,3	30 237	20,2	45 582	30,5
1976	138 073	100	68 395	49,5	30 911	22,4	38 767	28,1
1977	120 950	100	60 053	49,7	22 796	18,8	38 101	31,5
1978	131 805	100	61 890	47,0	28 641	21,7	41 274	31,3
1979	133 773	100	69 821	52,2	34 783	26,0	29 169	21,8
1980	124 608	100	64 110	51,4	29 457	23,6	31 041	24,9
1981	115 545	100	59 576	51,6	25 856	22,4	30 113	26,1
1982	104 915	100	52 336	49,9	21 219	20,2	31 358	29,9
1983 ¹⁾	123 450	100	57 187	46,3	29 071	23,5	37 192	30,1
1984 ¹⁾	100 755	100	51 955	51,6	18 179	18,0	30 621	30,4
1985 ¹⁾	77 614	100	36 140	46,6	14 005	18,0	27 469	35,4

1) einschließlich Wohnheimen

nicht begonnen. Von den jährlich im Bauüberhang gemeldeten Wohnungen waren etwa die Hälfte bereits unter Dach, so daß die Fertigstellung der Gebäude in wenigen Monaten des darauf folgenden Jahres zu erwarten war. Der Anteil der neu zu errichtenden Wohnungen, die bereits begonnen, jedoch noch nicht unter Dach waren, schwankte in den Jahren 1970 bis 1985. Dieser Anteil betrug 1971 fast 32 % und erreichte 1984 und 1985 nur noch einen Wert von 18,0 %. Es konnte jedoch im allgemeinen davon ausgegangen werden, daß diese Wohnungen im Verlaufe des folgenden Jahres fertiggestellt wurden. Der Anteil der Wohnungen, für die eine Baugenehmigung vorlag, deren Bau jedoch noch nicht im selben Jahr begonnen wurde, lag in dem untersuchten Zeitraum relativ hoch. 1972 war es fast jede fünfte Wohnung (19,4 %) und 1985 sogar gut jede dritte Wohnung (35,4 %). Daraus wird ersichtlich, daß die Erteilung einer Baugenehmigung häufig nicht die unmittelbare Bauausführung nach sich zieht.

Die erloschenen Baugenehmigungen liegen in dem untersuchten Zeitraum auf einem niedrigen Niveau; das bedeutet, daß in der Regel von einer erteilten Baugenehmigung auch Gebrauch gemacht wird.

Mar.

Lfd. Nr.	Jahr	Aufwand für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen des örtlichen Trägers			Aufwand für Arbeitslosengeld		
		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		DM		%	1 000 DM		%
1	1975	699 905 425	.	.	2 074 426	.	.
2	1976	822 707 428	+122 802 003	+17,5	1 927 591	— 146 835	— 7,1
3	1977	934 169 844	+111 462 416	+13,5	1 867 417	— 60 174	— 3,1
4	1978	955 468 688	+ 21 298 844	+ 2,3	1 934 714	+ 67 297	+ 3,6
5	1979	958 974 980	+ 3 506 292	+ 0,4	2 336 017	+ 401 303	+20,7
6	1980	1 034 265 360	+ 75 290 380	+ 7,9	2 484 946	+ 148 929	+ 6,4
7	1981	1 154 785 930	+120 520 570	+11,7	3 980 496	+1 495 550	+60,2
8	1982	1 402 181 824	+247 395 894	+21,4	5 136 866	+1 156 370	+29,1
9	1983	1 599 030 278	+196 848 454	+14,0	4 838 891	— 297 975	— 5,8
10	1984	1 755 792 321	+156 762 043	+ 9,8	3 948 265	— 890 626	—18,4
11	1985	2 111 844 271	+356 051 950	+20,3	3 934 772	— 13 493	— 0,3

1) Bis 31. 12. 1980 wurden die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe (Anschlußhilfe) vom Bund nicht erstattet.

Lfd. Nr.	Jahr	Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen der örtlichen Träger			Arbeitslose			Empfänger von Arbeitslosengeld		
		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
1	1975	379 494	.	.	299 873	.	.	188 699	.	.
2	1976	415 953	+36 459	+ 9,6	303 876	+ 4 003	+ 1,3	173 046	—15 653	— 8,3
3	1977	444 721	+28 768	+ 6,9	309 877	+ 6 001	+ 2,0	165 948	— 7 098	— 4,1
4	1978	428 220	—16 501	+ 3,7	311 934	+ 2 057	+ 0,7	160 191	— 5 757	— 3,5
5	1979	421 550	— 6 670	— 1,6	289 300	— 22 634	— 7,3	141 098	—19 093	—11,9
6	1980	405 157	—16 393	— 3,9	291 122	+ 1 822	+ 0,6	139 180	— 1 918	— 1,4
7	1981	.	.	.	402 732	—111 610	+38,3	210 892	+71 712	+51,5
8	1982	493 348	.	.	566 993	+164 261	+40,8	266 306	+55 414	+26,3
9	1983	569 000 ¹⁾	+75 652	+15,3	706 158	+139 165	+24,5	288 913	+22 607	+ 8,5
10	1984	582 579	+13 579	+ 2,4	717 283	+ 11 125	+ 1,6	241 309	—47 604	—16,5
11	1985	692 723	+98 421	+16,9	733 923	+ 16 640	+ 2,3	234 966	— 6 343	— 2,6

1) Repräsentativerhebung mit einem Auswahlatz von 20 %

1

Aufwand für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe 1975 – 1985

Aufwand für Arbeitslosenhilfe			Aufwand für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe			Lfd. Nr.
insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
1 000 DM		%	1 000 DM		%	
304 653	.	.	2 379 079	.	.	1
489 056	+184 403	+60,5	2 416 647	+ 37 568	+ 1,6	2
548 995	+ 59 939	+12,3	2 416 412	— 235	— 0	3
626 046	+ 77 051	+14,0	2 560 760	+ 144 348	+ 6,0	4
774 795	+148 749	+23,8	3 110 812	+ 550 052	+21,5	5
722 983	— 51 812	— 6,7	3 207 929	+ 97 117	+ 3,1	6
1 056 177 ¹⁾	+333 194	+46,1	5 036 673 ¹⁾	+1 828 744	+57,0	7
1 786 361 ¹⁾	+730 184	+69,1	6 923 227 ¹⁾	+1 886 554	+37,5	8
2 491 637 ¹⁾	+705 276	+39,5	7 330 528 ¹⁾	+ 407 301	+ 5,9	9
3 093 334 ¹⁾	+601 697	+24,1	7 041 599 ¹⁾	— 288 929	— 4,0	10
3 243 660	+150 326	+ 4,9	7 178 432	+ 136 883	+ 1,9	11

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie Arbeitslose, Empfänger von Arbeitslosengeld und -hilfe, Empfänger von Arbeitslosenhilfe, die zuvor Arbeitslosengeld bezogen haben, und Nichtanspruchsberechtigte gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit 1975 – 1985

2

Empfänger von Arbeitslosenhilfe			Empfänger von Arbeitslosenhilfe, die zuvor Arbeitslosengeld bezogen haben			Nichtanspruchsberechtigte Arbeitslose			Lfd. Nr.
insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	
34 576	.	.	28 220	.	.	76 598	.	.	1
51 936	+17 360	+50,2	44 011	+15 791	+56,0	78 894	+ 2 296	+ 3,0	2
55 479	+ 3 543	+ 6,8	46 460	+ 2 449	+ 5,6	88 450	+ 9 556	+12,1	3
58 450	+ 2 971	+ 5,4	49 196	+ 2 736	+ 5,9	93 293	+ 4 843	+ 5,5	4
51 782	— 6 668	—11,4	43 858	— 5 338	—10,9	96 420	+ 3 127	+ 3,4	5
45 745	— 6 037	—11,7	37 932	— 5 926	—13,5	106 197	+ 9 777	+10,1	6
62 897	+17 152	+37,5	52 436	+14 504	+38,2	128 943	+22 746	+21,4	7
103 534	+40 637	+64,6	94 157	+41 721	+79,6	197 153	+68 210	+52,9	8
168 383	+64 849	+62,6	154 205	+60 048	+63,8	248 862	+51 709	+26,2	9
208 486	+40 103	+23,8	191 365	+37 160	+24,1	267 488	+18 626	+ 7,5	10
215 708	+ 7 222	+ 3,5	282 433	+14 945	+ 5,6	11

Wegen Straftaten abgeurteilte Erwachsene 1980 bis 1985 nach Deliktgruppen und gerichtlicher Entscheidung

3

Straftaten Jahr		Abgeurteilte		Verurteilte		Freisprüche		Einstellungen		Sonstige Entscheidungen	
		Anzahl	je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾
Straftaten insgesamt	1980	196 210	1 612,5	159 018	1 306,8	7 901	64,8	29 168	239,7	123	1,0
	1981	196 795	1 603,2	159 234	1 297,2	7 721	62,9	29 733	242,2	107	0,9
	1982	200 917	1 625,5	163 991	1 326,7	7 108	57,5	29 683	240,1	135	1,1
	1983	205 296	1 654,5	166 541	1 342,2	7 218	58,2	31 419	253,2	118	1,0
	1984	197 638	1 588,5	158 736	1 275,4	7 092	57,0	31 697	254,8	113	0,9
	1985	192 710	1 543,5	153 098	1 226,2	7 172	57,4	32 240	258,2	200	1,6
Straftaten gegen Bundes- und Landesgesetze (außer StGB und StVG)	1980	17 961	147,6	15 059	123,8	327	2,7	2 562	21,1	13	0,1
	1981	19 101	155,6	16 237	132,3	348	2,8	2 505	20,4	11	0,1
	1982	20 070	162,4	17 109	138,4	342	2,8	2 604	21,1	15	0,1
	1983	20 695	166,8	17 425	140,4	325	2,6	2 935	23,7	10	0,1
	1984	20 736	166,7	17 206	138,3	363	2,9	3 157	25,4	10	0,1
	1985	20 652	165,4	17 301	138,6	361	2,9	2 973	23,8	17	0,1
Straftaten im Straßenverkehr	1980	87 613	720,0	75 375	619,4	2 259	18,6	9 954	81,8	25	0,2
	1981	83 035	676,4	71 277	580,6	2 081	17,0	9 642	78,5	35	0,3
	1982	78 392	634,2	67 547	546,5	1 780	14,4	9 025	73,0	40	0,3
	1983	75 099	605,2	64 574	520,4	1 619	13,0	8 880	71,6	26	0,2
	1984	70 565	567,2	60 175	483,7	1 407	11,3	8 965	72,1	18	0,1
	1985	67 038	536,9	56 578	453,2	1 421	11,4	8 997	72,1	42	0,3
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184b StGB)	1980	1 773	14,6	1 281	10,5	211	1,7	276	2,3	5	0
	1981	1 649	13,4	1 134	9,2	207	1,7	302	2,5	6	0
	1982	1 594	12,9	1 171	9,5	163	1,3	254	2,1	6	0
	1983	1 711	13,8	1 290	10,4	148	1,2	265	2,1	8	0,1
	1984	1 682	13,5	1 267	10,2	162	1,3	245	2,0	8	0,1
	1985	1 549	12,4	1 158	9,3	130	1,0	254	2,0	7	0,1
Mord und Totschlag (§§ 211, 212, 213 StGB)	1980	160	1,3	126	1,0	20	0,2	3	0	11	0,1
	1981	150	1,2	122	1,0	16	0,1	2	0	10	0,1
	1982	201	1,6	172	1,4	13	0,1	5	0	11	0,1
	1983	185	1,5	155	1,2	10	0,1	6	0	14	0,1
	1984	236	1,9	197	1,6	17	0,1	9	0,1	13	0,1
	1985	218	1,7	182	1,5	15	0,1	5	0	16	0,1
Körperverletzung außer im Straßenverkehr (§§ 223, 223a, 223b, 224, 225, 226 230 StGB)	1980	8 903	73,2	5 286	43,4	680	5,6	2 916	24,0	21	0,2
	1981	9 441	76,9	5 733	46,7	644	5,2	3 052	24,9	12	0,1
	1982	9 646	78,0	5 882	47,6	639	5,2	3 109	25,2	16	0,1
	1983	9 505	76,6	5 967	48,1	564	4,5	2 956	23,8	18	0,1
	1984	9 172	73,7	5 654	45,4	530	4,3	2 968	23,9	20	0,2
	1985	8 917	71,4	5 353	42,9	535	4,3	2 992	24,0	37	0,3
Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248c StGB)	1980	41 045	337,3	35 646	292,9	1 598	13,1	3 785	31,1	16	0,1
	1981	42 089	342,9	36 508	297,4	1 572	12,8	4 004	32,6	5	0
	1982	45 929	371,6	40 334	326,3	1 462	11,8	4 123	33,4	10	0,1
	1983	49 241	396,8	42 879	345,6	1 745	14,1	4 605	37,1	12	0,1
	1984	45 259	363,8	39 117	314,4	1 680	13,5	4 452	35,8	10	0,1
	1985	44 606	357,3	38 047	304,7	1 705	13,7	4 834	38,7	20	0,2
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249 bis 255, 316a StGB)	1980	928	7,6	690	5,7	114	0,9	122	1,0	2	0
	1981	963	7,8	650	5,3	131	1,1	176	1,4	6	0
	1982	1 196	9,7	909	7,4	117	0,9	163	1,3	7	0,1
	1983	1 322	10,7	990	8,0	129	1,0	201	1,6	2	0
	1984	1 395	11,2	1 066	8,6	117	0,9	209	1,7	3	0
	1985	1 328	10,6	1 007	8,1	108	0,9	203	1,6	10	0,1
Betrug (§§ 263 bis 265b StGB)	1980	12 779	105,0	8 691	71,4	875	7,2	3 209	26,4	4	0
	1981	14 002	114,1	9 811	79,9	965	7,9	3 225	26,3	1	0
	1982	16 538	133,8	12 187	98,6	864	7,0	3 480	28,2	7	0,1
	1983	19 370	156,1	14 398	116,0	993	8,0	3 973	32,0	6	0
	1984	21 516	172,9	16 043	128,9	1 146	9,2	4 322	34,7	5	0
	1985	22 404	179,4	16 431	131,6	1 220	9,8	4 736	37,9	17	0,1
Straftaten gegen das Betäubungs- mittelgesetz	1980	2 425	19,9	2 135	17,5	77	0,6	208	1,7	5	0
	1981	3 077	25,1	2 690	21,9	118	1,0	258	2,1	11	0,1
	1982	3 512	28,4	3 074	24,9	120	1,0	306	2,5	12	0,1
	1983	4 032	32,5	3 484	28,1	145	1,2	395	3,2	8	0,1
	1984	4 660	37,6	4 055	32,6	165	1,3	431	3,5	9	0,1
	1985	4 756	38,1	4 147	33,2	157	1,3	442	3,5	10	0,1

1) bezogen auf die Zahl der Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres

Wegen Straftaten abgeurteilte Heranwachsende 1980 bis 1985 nach Deliktgruppen und gerichtlicher Entscheidung

4

Straftaten Jahr		Abgeurteilte		Verurteilte		Freisprüche		Einstellungen		Sonstige Entscheidungen	
		Anzahl	je 100 000 der gleich-altrigen Bevöl-kerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich-altrigen Bevöl-kerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich-altrigen Bevöl-kerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich-altrigen Bevöl-kerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich-altrigen Bevöl-kerung ¹⁾
Straftaten insgesamt	1980	38 034	4 574,9	27 116	3 261,7	1 416	170,3	9 488	1 141,3	14	1,7
	1981	38 272	4 492,7	27 154	3 187,6	1 302	152,8	9 799	1 150,3	17	2,0
	1982	40 110	4 596,4	28 318	3 245,1	1 311	150,2	10 461	1 198,8	20	2,3
	1983	40 939	4 606,8	28 454	3 201,9	1 175	132,2	11 301	1 271,7	9	1,0
	1984	38 084	4 268,7	26 037	2 918,4	1 144	128,2	10 891	1 220,7	12	1,3
	1985	34 754	3 928,9	23 015	2 601,8	1 120	126,6	10 598	1 198,1	21	2,4
Straftaten gegen Bundes- und Landesgesetze (außer StGB und StVG)	1980	3 319	399,2	2 378	286,0	72	8,7	869	104,5	—	—
	1981	3 469	407,2	2 527	296,6	71	8,3	871	102,2	—	—
	1982	3 496	400,6	2 475	283,6	77	8,8	943	108,1	1	0,1
	1983	3 193	359,3	2 230	250,9	42	4,7	921	103,6	—	—
	1984	3 216	360,5	2 269	254,3	56	6,3	891	99,9	—	—
	1985	2 788	315,2	1 842	208,2	46	5,2	897	101,4	3	0,3
Straftaten im Straßenverkehr	1980	17 561	2 112,3	12 902	1 551,9	434	52,2	4 217	507,2	8	1,0
	1981	16 341	1 918,3	11 924	1 399,7	365	42,8	4 043	474,6	9	1,1
	1982	15 455	1 771,1	11 233	1 287,2	303	34,7	3 905	447,5	14	1,6
	1983	15 100	1 699,2	10 712	1 205,4	281	31,6	4 104	461,8	3	0,3
	1984	13 289	1 489,5	9 376	1 050,9	241	27,1	3 667	411,0	5	0,6
	1985	11 762	1 329,7	8 069	912,2	227	25,7	3 461	391,3	5	0,6
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184b StGB)	1980	254	30,6	147	17,7	44	5,3	60	7,2	3	0,4
	1981	221	25,9	165	19,4	25	2,9	31	3,6	—	—
	1982	230	26,4	185	21,2	8	0,9	37	4,2	—	—
	1983	204	23,0	150	16,9	15	1,7	39	4,4	—	—
	1984	208	23,3	148	16,6	20	2,2	39	4,4	1	0,1
	1985	193	21,8	131	14,8	23	2,6	39	4,4	—	—
Mord und Totschlag (§§ 211, 212, 213 StGB)	1980	15	1,8	14	1,7	1	0,1	—	—	—	—
	1981	11	1,3	10	1,2	1	0,1	—	—	—	—
	1982	35	4,0	33	3,8	1	0,1	—	—	1	0,1
	1983	27	3,0	26	2,9	—	—	1	0,1	—	—
	1984	17	1,9	13	1,5	2	0,2	2	0,2	—	—
	1985	24	2,7	20	2,3	1	0,1	1	0,1	2	0,2
Körperverletzung außer im Straßenverkehr (§§ 223, 223a, 223b, 224, 225, 226, 230 StGB)	1980	2 323	279,4	1 515	182,2	161	19,4	646	77,7	1	0,1
	1981	2 721	319,4	1 678	197,0	176	20,7	865	101,5	2	0,2
	1982	2 804	321,3	1 751	200,7	196	22,5	855	98,0	2	0,2
	1983	2 749	309,3	1 662	187,0	146	16,4	940	105,8	1	0,1
	1984	2 568	287,8	1 521	170,5	125	14,0	922	103,3	—	—
	1985	2 508	283,5	1 491	168,6	143	16,2	874	98,8	—	—
Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248c StGB)	1980	8 611	1 035,8	6 308	758,8	393	47,3	1 909	229,6	1	0,1
	1981	8 730	1 024,8	6 539	767,6	306	35,9	1 882	220,9	3	0,4
	1982	10 457	1 198,3	7 821	896,2	393	45,0	2 241	256,8	2	0,2
	1983	11 665	1 312,6	8 671	975,7	388	43,7	2 605	293,1	1	0,1
	1984	10 868	1 218,1	7 948	890,9	386	43,3	2 533	283,9	1	0,1
	1985	10 016	1 132,3	7 021	793,7	344	38,9	2 647	299,2	4	0,5
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249 bis 255, 316a StGB)	1980	475	57,1	400	48,1	24	2,9	51	6,1	—	—
	1981	481	56,5	397	46,6	34	4,0	50	5,9	—	—
	1982	574	65,8	509	58,3	27	3,1	38	4,4	—	—
	1983	589	66,3	511	57,5	28	3,2	50	5,6	—	—
	1984	480	53,8	403	45,2	24	2,7	51	5,7	2	0,2
	1985	514	58,1	429	48,5	29	3,3	53	6,0	3	0,3
Betrug (§§ 263 bis 265b StGB)	1980	1 648	198,2	994	119,6	74	8,9	580	69,8	—	—
	1981	1 869	219,4	1 135	133,2	50	5,9	683	80,2	1	0,1
	1982	2 453	281,1	1 482	169,8	50	5,7	921	105,5	—	—
	1983	2 868	322,7	1 640	184,5	76	8,6	1 150	129,4	2	0,2
	1984	2 952	330,9	1 701	190,7	74	8,3	1 176	131,8	1	0,1
	1985	2 741	309,9	1 529	172,9	66	7,5	1 146	129,6	—	—
Straftaten gegen das Betäubungs-mittelgesetz	1980	1 422	171,0	1 193	143,5	43	5,2	186	22,4	—	—
	1981	1 567	183,9	1 320	155,0	37	4,3	210	24,7	—	—
	1982	1 664	190,7	1 392	159,5	39	4,5	232	26,6	1	0,1
	1983	1 629	183,3	1 327	149,3	26	2,9	276	31,1	—	—
	1984	1 852	207,6	1 505	168,7	40	4,5	307	34,4	—	—
	1985	1 482	167,5	1 144	129,3	26	2,9	312	35,3	—	—

1) bezogen auf die Zahl der Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres

Wegen Straftaten abgeurteilte Jugendliche 1980 bis 1985 nach Deliktgruppen und gerichtlicher Entscheidung

5

Straftaten Jahr		Abgeurteilte		Verurteilte		Freisprüche		Einstellungen		Sonstige Entscheidungen	
		Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung ¹⁾
Straftaten insgesamt	1980	43 910	3 757,0	26 154	2 237,8	941	80,5	16 808	1 438,1	7	0,6
	1981	44 935	3 780,6	26 551	2 233,9	953	80,2	17 416	1 465,3	15	1,3
	1982	43 630	3 697,8	25 638	2 172,9	793	67,2	17 183	1 456,3	16	1,4
	1983	41 871	3 642,2	23 965	2 084,6	730	63,5	17 157	1 492,4	19	1,7
	1984	35 751	3 238,5	20 139	1 829,3	644	58,3	14 955	1 354,7	13	1,2
	1985	30 496	2 969,3	17 064	1 661,5	615	59,9	12 793	1 245,6	24	2,3
Straftaten gegen Bundes- und Landesgesetze (außer StGB und StVG)	1980	1 849	158,2	931	79,7	21	1,8	897	76,7	—	—
	1981	1 897	159,6	986	83,0	22	1,9	889	74,8	—	—
	1982	1 732	146,8	893	75,7	18	1,5	821	69,6	—	—
	1983	1 482	128,9	766	66,6	13	1,1	702	61,1	1	0,1
	1984	1 233	111,7	600	54,4	14	1,3	619	56,1	—	—
	1985	938	91,3	437	42,5	9	0,9	492	47,9	—	—
Straftaten im Straßenverkehr	1980	15 509	1 327,0	8 530	729,8	125	10,7	6 852	586,3	2	0,2
	1981	15 126	1 272,6	8 228	692,3	103	8,7	6 789	571,2	6	0,5
	1982	13 344	1 130,9	7 174	608,0	77	6,5	6 091	516,2	2	0,2
	1983	11 073	963,2	5 644	490,9	59	5,1	5 370	467,1	—	—
	1984	8 393	760,3	4 220	382,3	57	5,2	4 114	372,7	2	0,2
	1985	6 402	623,3	3 240	315,5	34	3,3	3 128	304,6	—	—
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184b StGB)	1980	218	18,7	151	12,9	18	1,5	48	4,1	1	0,1
	1981	201	16,9	142	11,9	11	0,9	48	4,0	—	—
	1982	194	16,4	127	10,8	9	0,8	57	4,8	1	0,1
	1983	212	18,4	138	12,0	15	1,3	58	5,0	1	0,1
	1984	200	18,1	148	13,4	10	0,9	42	3,8	—	—
	1985	163	15,9	108	10,5	7	0,7	48	4,7	—	—
Mord und Totschlag (§§ 211, 212, 213 StGB)	1980	10	0,9	10	0,9	—	—	—	—	—	—
	1981	14	1,2	13	1,1	1	0,1	—	—	—	—
	1982	8	0,7	7	0,6	1	0,1	—	—	—	—
	1983	11	1,0	10	0,9	1	0,1	—	—	—	—
	1984	11	1,0	10	0,9	—	—	1	0,1	—	—
	1985	10	1,0	9	0,9	—	—	1	0,1	—	—
Körperverletzung außer im Straßenverkehr (§§ 223, 223a, 223b, 224, 225, 226, 230 StGB)	1980	2 448	209,5	1 429	122,3	132	11,3	887	75,9	—	—
	1981	2 632	221,4	1 576	132,6	153	12,9	901	75,8	2	0,2
	1982	2 405	203,8	1 489	126,2	108	9,2	808	68,5	—	—
	1983	2 375	206,6	1 399	121,7	107	9,3	868	75,5	1	0,1
	1984	2 358	213,6	1 389	125,8	91	8,2	875	79,3	3	0,3
	1985	2 363	230,1	1 365	132,9	81	7,9	913	88,9	4	0,4
Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248c StGB)	1980	18 224	1 559,3	11 741	1 004,6	415	35,5	6 066	518,5	2	0,2
	1981	18 880	1 588,5	12 026	1 011,8	398	33,5	6 452	542,8	4	0,3
	1982	19 705	1 670,1	12 333	1 045,3	401	34,0	6 963	590,1	8	0,7
	1983	20 628	1 794,3	12 627	1 098,4	363	31,6	7 627	663,4	11	1,0
	1984	18 028	1 633,0	10 693	968,6	320	29,0	7 009	634,9	6	0,5
	1985	15 780	1 536,4	9 369	912,2	332	32,3	6 064	590,4	15	1,5
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249 bis 255, 316a StGB)	1980	569	48,7	486	41,6	24	2,1	59	5,0	—	—
	1981	565	47,5	454	38,2	28	2,4	81	6,8	2	0,2
	1982	626	53,1	532	45,1	22	1,9	70	5,9	2	0,2
	1983	616	53,6	525	45,7	26	2,3	62	5,4	3	0,3
	1984	592	53,6	492	44,6	17	1,5	82	7,4	1	0,1
	1985	495	48,2	414	40,3	25	2,4	56	5,5	—	—
Betrug (§§ 263 bis 265b StGB)	1980	1 238	105,9	728	62,3	27	2,3	483	41,3	—	—
	1981	1 483	124,8	876	73,7	15	1,3	591	49,7	1	0,1
	1982	1 722	145,9	986	83,6	16	1,4	717	60,8	3	0,3
	1983	1 756	152,7	924	80,4	24	2,1	808	70,3	—	—
	1984	1 558	141,1	780	70,7	33	3,0	744	67,4	1	0,1
	1985	1 405	136,8	674	65,6	25	2,4	704	68,5	2	0,2
Straftaten gegen das Betäubungs- mittelgesetz	1980	490	41,9	390	33,4	8	0,7	92	7,9	—	—
	1981	600	50,5	455	38,3	11	0,9	134	11,3	—	—
	1982	590	50,0	446	37,8	11	0,9	133	11,3	—	—
	1983	485	42,2	376	32,7	9	0,8	99	8,6	1	0,1
	1984	476	43,1	332	30,1	7	0,6	137	11,4	—	—
	1985	293	28,5	210	20,4	4	0,4	79	7,7	—	—

1) bezogen auf die Zahl der Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres

Wegen Straftaten Verurteilte 1978 bis 1985 nach Hauptdeliktgruppen

Nr. der Haupt- delikts- gruppe	Straftaten Jahr		Verurteilte							
			insgesamt		davon					
					Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
			Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevölke- rung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevölke- rung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevölke- rung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevölke- rung ¹⁾
I	Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (außer Flucht nach Verkehrsunfall) und im Amt (§§ 80 bis 168 und 331 bis 358, außer § 142 StGB)	1978	4 300	30,9	3 363	28,0	598	76,3	339	30,2
		1979	4 393	31,3	3 384	28,0	640	79,5	369	32,1
		1980	4 503	31,8	3 504	28,8	624	75,1	375	32,1
		1981	5 120	35,8	3 869	31,5	787	92,4	464	39,0
		1982	5 321	36,9	4 104	33,2	798	91,4	419	35,5
		1983	5 286	36,6	4 154	33,5	764	86,0	368	32,0
		1984	5 128	35,5	4 080	32,8	699	78,3	349	31,6
		1985	4 914	34,1	3 993	32,0	637	72,0	284	27,7
II	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184c StGB)	1978	1 670	12,0	1 303	10,8	195	24,9	172	15,3
		1979	1 567	11,2	1 271	10,5	153	19,0	143	12,5
		1980	1 579	11,1	1 281	10,5	147	17,7	151	12,9
		1981	1 441	10,1	1 134	9,2	165	19,4	142	11,9
		1982	1 483	10,3	1 171	9,5	185	21,2	127	10,8
		1983	1 578	10,9	1 290	10,4	150	16,9	138	12,0
		1984	1 563	10,8	1 267	10,1	148	16,6	148	13,4
		1985	1 397	9,7	1 158	9,3	131	14,8	108	10,5
III	Andere Straftaten gegen die Person, außer im Straßen- verkehr (§§ 169 bis 173, 185 bis 241a, außer §§ 222, 230 StGB i. V. m. Verkehrsunfall)	1978	14 310	102,7	10 915	90,8	1 930	246,3	1 465	130,4
		1979	13 989	99,7	10 707	88,6	1 766	219,3	1 516	132,1
		1980	14 701	103,8	11 147	91,6	1 893	227,7	1 661	142,1
		1981	15 535	108,5	11 619	94,7	2 110	247,7	1 806	151,9
		1982	15 746	109,2	11 823	95,7	2 236	256,2	1 687	143,0
		1983	15 272	105,7	11 559	93,2	2 096	235,9	1 617	140,7
		1984	14 219	98,5	10 699	86,0	1 938	217,2	1 582	143,3
		1985	13 501	93,8	10 044	80,4	1 927	217,8	1 530	149,0
IV	Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248c StGB)	1978	55 370	397,4	36 719	305,4	6 574	839,1	12 077	1 075,3
		1979	54 192	386,0	35 931	297,3	6 300	782,2	11 961	1 042,1
		1980	53 695	379,0	35 646	292,9	6 308	758,8	11 741	1 004,6
		1981	55 073	384,7	36 508	297,4	6 539	767,6	12 026	1 011,8
		1982	60 488	419,7	40 334	326,3	7 821	896,2	12 333	1 045,3
		1983	64 177	444,2	42 879	345,6	8 671	975,7	12 627	1 098,4
		1984	57 758	400,1	39 117	314,4	7 948	891,0	10 693	968,6
		1985	54 437	378,1	38 047	304,7	7 021	793,7	9 369	912,2
V	Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249 bis 255, 316a StGB)	1978	1 666	12,0	755	6,3	402	51,3	509	45,3
		1979	1 638	11,7	759	6,3	392	48,7	487	42,4
		1980	1 576	11,1	690	5,7	400	48,1	486	41,6
		1981	1 501	10,5	650	5,3	397	46,6	454	38,2
		1982	1 950	13,5	909	7,4	509	58,3	532	45,1
		1983	2 026	14,0	990	8,0	511	57,5	525	45,7
		1984	1 961	13,6	1 066	8,6	403	45,2	492	44,6
		1985	1 850	12,9	1 007	8,1	429	48,5	414	40,3
VI	Andere Vermögensdelikte (§§ 257 bis 305 StGB)	1978	20 187	144,9	15 817	131,5	2 330	297,4	2 040	181,6
		1979	20 165	143,6	15 600	129,1	2 447	303,8	2 118	184,5
		1980	19 120	135,0	14 731	121,1	2 241	269,6	2 148	183,8
		1981	21 163	147,8	16 348	133,2	2 473	290,3	2 342	197,0
		1982	24 739	171,6	19 485	157,6	2 865	328,3	2 389	202,5
		1983	27 520	190,5	22 186	178,8	3 138	353,1	2 196	191,0
		1984	28 725	199,0	23 701	190,5	3 081	345,3	1 943	176,0
		1985	27 875	193,6	23 475	188,0	2 816	318,3	1 584	154,2

1) bezogen auf die Zahl der Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres

Noch: Wegen Straftaten Verurteilte 1978 bis 1985 nach Hauptdeliktgruppen

Nr. der Haupt- delikts- gruppe	Straftaten Jahr		Verurteilte							
			insgesamt		davon					
					Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
			Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevölke- rung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevölke- rung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevölke- rung ¹⁾	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevölke- rung ¹⁾
VII	Gemeingefährliche Straftaten außer im Straßenverkehr (§§ 306 bis 330d, außer §§ 315b, 315c, 316, 316a und 323a StGB i. V. m. Verkehrsunfall)	1978	2 141	15,4	1 752	14,6	266	34,0	123	11,0
		1979	2 066	14,7	1 678	13,9	254	31,5	134	11,7
		1980	1 939	13,7	1 585	13,0	223	26,8	131	11,2
		1981	1 927	13,5	1 592	13,0	232	27,2	103	8,7
		1982	1 789	12,4	1 509	12,2	196	22,5	84	7,1
		1983	1 750	12,1	1 484	12,0	182	20,5	84	7,3
		1984	1 712	11,9	1 425	11,5	175	19,6	112	10,1
		1985	1 736	12,1	1 495	12,0	143	16,2	98	9,5
VIII	Straftaten im Straßenverkehr (§§ 142, 315b, 315c, 316, 222, 230, 323a StGB i. V. m. Verkehrsunfall und nach dem StVG)	1978	99 822	716,5	79 547	661,5	12 958	1 654,0	7 317	651,5
		1979	95 613	681,1	75 449	624,3	12 546	1 557,6	7 618	663,7
		1980	96 807	683,3	75 375	619,4	12 902	1 551,9	8 530	729,8
		1981	91 429	638,7	71 277	580,7	11 924	1 399,7	8 228	692,3
		1982	85 954	596,4	67 547	546,5	11 233	1 287,2	7 174	608,0
		1983	80 930	560,2	64 574	520,4	10 712	1 205,4	5 644	490,9
		1984	73 771	511,0	60 175	483,7	9 376	1 050,9	4 220	382,2
		1985	67 887	471,5	56 578	453,2	8 069	912,2	3 240	315,5
IX	Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze (außer StGB und StVG)	1978	17 313	124,3	14 038	116,7	2 245	286,6	1 030	91,7
		1979	17 498	124,6	14 278	118,1	2 202	273,4	1 018	88,7
		1980	18 368	129,6	15 059	123,8	2 378	286,0	931	79,7
		1981	19 750	138,0	16 237	132,3	2 527	296,6	986	83,0
		1982	20 477	142,1	17 109	138,4	2 475	283,6	893	75,7
		1983	20 421	141,4	17 425	140,4	2 230	250,9	766	66,6
		1984	20 075	139,0	17 206	138,3	2 269	254,3	600	54,4
		1985	19 580	136,0	17 301	138,6	1 842	208,2	437	42,5
	Straftaten insgesamt	1978	216 779	1 556,0	164 209	1 365,6	27 498	3 509,9	25 072	2 232,4
		1979	211 121	1 503,9	159 057	1 316,2	26 700	3 314,9	25 364	2 209,8
		1980	212 288	1 498,3	159 018	1 306,8	27 116	3 261,7	26 154	2 237,8
		1981	212 939	1 487,4	159 234	1 297,2	27 154	3 187,6	26 551	2 233,9
		1982	217 947	1 512,1	163 991	1 326,7	28 318	3 245,1	25 638	2 172,9
		1983	218 960	1 515,6	166 541	1 342,2	28 454	3 201,9	23 965	2 084,6
		1984	204 912	1 419,3	158 736	1 275,9	26 037	2 918,5	20 139	1 824,3
		1985	193 177	1 341,8	153 098	1 226,2	23 015	2 601,8	17 064	1 661,5
	darunter Straftaten nach dem StGB	1978	179 960	1 291,7	139 284	1 158,3	22 089	2 819,5	18 587	1 655,0
		1979	174 290	1 241,6	134 671	1 114,4	21 147	2 625,4	18 472	1 609,3
		1980	173 537	1 224,8	133 928	1 100,6	21 060	2 533,2	18 549	1 587,1
		1981	173 784	1 213,9	133 398	1 086,7	21 397	2 511,8	18 989	1 597,6
		1982	179 819	1 247,6	137 896	1 115,6	22 872	2 621,0	19 051	1 614,6
		1983	183 071	1 267,2	140 609	1 133,2	23 553	2 650,4	18 909	1 644,8
		1984	171 837	1 190,2	133 876	1 076,1	21 538	2 414,2	16 423	1 487,7
		1985	162 765	1 130,6	128 899	1 032,4	19 464	2 200,4	14 402	1 402,3

Anmerkung S. 723

Wegen Delikten im Straßenverkehr Verurteilte 1978 bis 1985 nach Personengruppen

Jahr	Verurteilte									insgesamt	
	nach dem StGB								nach dem StVG		
	Flucht nach Verkehrsunfall § 142 StGB	fahrlässige Tötung in Verbindung mit einem Verkehrsunfall § 222 StGB	fahrlässige Körperverletzung in Verbindung mit einem Verkehrsunfall § 230 StGB	Gefährdung des Straßenverkehrs § 315b StGB	Gefährdung des Straßenverkehrs § 315c StGB	Trunkenheit des Fahrzeufführers im Verkehr § 316 StGB	Volltrunkenheit in Verbindung mit einem Verkehrsunfall § 323a StGB	zusammen			
									Anzahl	%	
Erwachsene											
1978	6 674	487	18 646	168	6 910	35 284	491	68 660	10 887	79 547	79,7
1979	7 023	433	16 451	178	6 614	34 176	466	65 341	10 108	75 449	78,9
1980	6 996	440	16 811	170	6 918	33 523	486	65 344	10 031	75 375	77,9
1981	7 581	381	15 160	171	7 132	30 788	465	61 678	9 599	71 277	78,0
1982	7 518	357	13 304	180	6 912	29 841	449	58 561	8 986	67 547	78,6
1983	7 408	384	13 105	168	6 304	28 291	407	56 067	8 507	64 574	79,8
1984	7 144	309	11 275	194	5 917	27 304	378	52 521	7 654	60 175	81,6
1985	7 450	251	9 782	187	5 752	25 911	347	49 680	6 898	56 578	83,3
Heranwachsende											
1978	1 483	151	3 419	78	1 004	3 599	60	9 794	3 164	12 958	13,0
1979	1 598	130	3 029	71	939	3 376	52	9 195	3 351	12 546	13,1
1980	1 633	118	3 074	68	975	3 310	46	9 224	3 678	12 902	13,3
1981	1 629	132	2 945	80	955	2 910	43	8 694	3 230	11 924	13,0
1982	1 656	115	2 408	93	941	3 011	38	8 262	2 971	11 233	13,1
1983	1 647	117	2 455	72	912	2 813	25	8 041	2 671	10 712	13,2
1984	1 495	97	2 053	77	805	2 580	39	7 146	2 230	9 376	12,7
1985	1 446	87	1 664	76	764	2 296	27	6 360	1 709	8 069	11,9
Jugendliche											
1978	284	12	474	42	176	867	7	1 862	5 455	7 317	7,3
1979	269	5	417	66	162	818	7	1 744	5 874	7 618	8,0
1980	302	17	435	71	170	850	11	1 856	6 674	8 530	8,8
1981	301	6	362	54	159	767	3	1 652	6 576	8 228	9,0
1982	276	11	273	48	145	721	6	1 480	5 694	7 174	8,3
1983	261	7	288	41	129	624	4	1 354	4 290	5 644	7,0
1984	228	9	204	37	98	521	7	1 104	3 116	4 220	5,7
1985	205	8	160	30	78	529	5	1 015	2 225	3 240	4,8
Zusammen											
1978	8 441	650	22 539	288	8 090	39 750	558	80 316	19 506	99 822	100
%	8,5	0,7	22,6	0,3	8,1	39,8	0,6	80,5	19,5	100	x
1979	8 890	568	19 897	315	7 715	38 370	525	76 280	19 333	95 613	100
%	9,3	0,6	20,8	0,3	8,1	40,1	0,5	79,8	20,2	100	x
1980	8 931	575	20 320	309	8 063	37 683	543	76 424	20 383	96 807	100
%	9,2	0,6	21,0	0,3	8,3	38,9	0,6	78,9	21,1	100	x
1981	9 511	519	18 467	305	8 246	34 465	511	72 024	19 405	91 429	100
%	10,4	0,6	20,2	0,3	9,0	37,7	0,6	78,8	21,2	100	x
1982	9 450	483	15 985	321	7 998	33 573	493	68 303	17 651	85 954	100
%	11,0	0,6	18,6	0,4	9,3	39,1	0,6	79,5	20,5	100	x
1983	9 316	508	15 848	281	7 345	31 728	436	65 462	15 468	80 930	100
%	11,5	0,6	19,6	0,3	9,1	39,2	0,5	80,9	19,1	100	x
1984	8 867	415	13 532	308	6 820	30 405	424	60 771	13 000	73 771	100
%	12,0	0,6	18,3	0,4	9,2	41,2	0,6	82,4	17,6	100	x
1985	9 101	346	11 606	293	6 594	28 736	379	57 055	10 832	67 887	100
%	13,4	0,5	17,1	0,4	9,7	42,3	0,6	84,0	16,0	100	x

Verurteilte je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung (Verurteiltenziffer) 1985
nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Alter und Deliktgruppen

8

Straftat Staatsangehörigkeit m = männlich w = weiblich I = Insgesamt		Verurteilte je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung								
		insgesamt	Jugend- liche	Heran- wachsende	Erwachsene insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
						21 — 25	25 — 30	30 — 40	40 — 50	50 und mehr
Straftaten insgesamt										
Ausländer	m	2 920	3 842	4 888	2 666	6 038	4 966	2 734	1 550	956
	w	599	476	532	619	1 002	836	544	582	380
	I	1 949	2 351	3 000	1 817	3 758	3 105	1 714	1 230	730
Deutsche	m	2 302	2 728	4 414	2 098	4 983	3 611	2 969	2 002	641
	w	429	416	635	417	875	760	678	513	167
	I	1 296	1 593	2 567	1 183	2 958	2 207	1 819	1 245	358
Gegen den Staat, die öffent- liche Ordnung und im Amt										
Ausländer	m	54	45	72	54	141	101	49	36	10
	w	12	5	16	12	20	25	8	14	5
	I	36	27	48	36	86	66	30	29	8
Deutsche	m	60	41	124	56	152	109	84	46	11
	w	12	14	22	11	33	23	22	12	2
	I	34	28	74	32	93	67	53	28	6
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung										
Ausländer	m	27	56	27	24	44	31	24	19	16
	w	95	—	—	0,6	3	2	—	—	—
	I	16	31	15	14	25	18	13	12	10
Deutsche	m	18	16	25	17	37	29	26	17	5
	w	2	0,4	4	2	6	7	4	0,9	0,2
	I	9	8	15	9	22	18	15	9	2
Andere Straftaten gegen die Person (außer im Straßen- verkehr)										
Ausländer	m	208	400	449	169	424	304	175	99	43
	w	14	17	19	13	13	11	20	10	3
	I	127	230	263	104	238	172	103	69	27
Deutsche	m	182	244	402	160	397	286	255	147	31
	w	13	34	18	11	23	25	21	11	3
	I	91	141	214	79	213	157	138	78	15
Diebstahl und Unterschlagung										
Ausländer	m	768	2 469	1 695	518	1 347	988	494	233	245
	w	369	386	292	373	555	479	306	380	299
	I	601	1 546	1 087	458	989	758	406	281	266
Deutsche	m	558	1 408	1 272	426	1 067	717	526	380	168
	w	192	270	241	183	296	264	232	236	115
	I	361	849	768	294	687	494	379	307	136
Raub und Erpressung, raub. Angriff auf Kraftfahrer										
Ausländer	m	45	177	154	22	77	42	20	11	2
	w	1	2	—	1	3	—	2	—	—
	I	26	99	87	13	43	23	12	7	1
Deutsche	m	24	64	84	16	69	37	17	6	1
	w	1	3	5	0,9	5	3	0,7	0,7	0,0
	I	12	34	45	8	37	20	9	3	0,4
Andere Vermögensdelikte										
Ausländer	m	374	330	597	361	888	682	352	210	113
	w	72	59	68	74	133	113	67	61	32
	I	248	210	368	242	546	426	219	161	81
Deutsche	m	318	233	491	312	709	597	515	282	62
	w	79	61	129	77	204	167	150	86	15
	I	190	149	314	184	460	386	332	182	34
Gemeingefährliche Straftaten (außer im Straßenverkehr)										
Ausländer	m	16	14	22	16	31	17	22	12	6
	w	0,7	—	—	0,8	—	—	0,8	3	—
	I	10	8	13	10	17	9	12	9	4
Deutsche	m	25	16	31	25	50	50	42	25	5
	w	1	3	2	1	2	2	3	1	0,3
	I	12	10	16	12	26	26	22	13	2
Straftaten im Straßenverkehr										
Ausländer	m	881	299	1 316	906	1 677	1 527	969	645	383
	w	71	—	84	78	146	89	84	74	18
	I	542	167	782	563	984	879	557	456	240
Deutsche	m	895	631	1 642	860	1 916	1 365	1 173	903	302
	w	96	19	172	97	222	192	180	127	24
	I	466	330	924	445	1 081	787	675	509	137
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen										
Ausländer	m	546	52	555	597	1 409	1 274	629	286	138
	w	59	7	52	65	131	117	57	40	23
	I	342	32	337	376	830	753	363	205	93
Deutsche	m	222	74	343	226	586	421	331	196	54
	w	32	12	44	33	84	76	65	37	6
	I	120	44	197	121	339	251	197	115	26

ZAHLENSPIEGEL

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	16 777	16 686
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	8 503	8 443
3 je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,1	6,1
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	13 192	13 309
5 je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,4	9,6
6	Totgeborene je 1 000 Geborene		4,7	4,3
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	15 710	15 930
8 je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,2	11,5
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	148	136
10 je 1 000 Lebendgeborene		11,2	10,2
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (-)	Anzahl	-2 517	-2 621
12 je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 1,8	-1,9
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	16 719	18 395
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	25 276	18 260
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	"	-8 557	+135
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	36 562	40 811
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	717	734
18	* darunter Männer	"	411	414
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	2 077	2 069
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	639	622
21	* Schweine	"	6 177	6 356
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 319	2 296
23	* Zuchtsauen	"	706	731
24	* darunter trächtig	"	466	474
Schlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft, Tieren aus der DDR und Berlin (Ost)				
25	* Rinder	1 000 St.	77	74
26	* Kälber	"	22	23
27	* Schweine	"	989	1 021
28	* darunter Hausschlachtungen	"	16	14
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	106	107
30	* darunter Rinder	"	22	21
31	* Kälber	"	3	3
32	* Schweine	"	81	82
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken	1 000	2 222	1 997
34	* für Masthühnerküken	"	2 782	2 852
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	3 003	3 321
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	271	264
37	* darunter anolkereien und Händler geliefert	%	96,9	96,4
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	Auftragseingangindex (nominal)	1980 = 100	114	121
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	96	100
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	1 942	1 947
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 357	1 363
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	190 156	189 383
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	4 004	4 174
45	* Gehälter (brutto)	"	2 694	2 797
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	33 635	35 360
47	* darunter Auslandsumsatz	"	9 737	10 476

1) Bei den Werten des Jahres 1986 handelt es sich um vorläufige Werte. — 2) nach dem Ereignisort — 3) nach der Wohngemeinde der Mutter — Viehbestand am 3. Dezember 1984 bzw. 3. Dezember 1985 — 7) aus gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat — 10) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und

1985			1986				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
16 688	16 684	16 685	1
13 535	10 077	8 163	2
9,5	7,3	5,8	3
13 284	12 858	13 995	4
9,4	9,4	9,9	5
3,7	5,8	4,3	6
15 803	14 667	14 972	7
11,1	10,7	10,6	8
129	141	122	9
9,7	11,0	8,7	10
-2 519	-1 809	-977	11
-1,8	-1,3	-0,7	12
15 262	15 886	22 965	13
14 235	17 486	21 155	14
+1 027	-1 600	+1 810	15
33 830	35 382	43 844	16
713	730	742	732	712	699	719	17
406	408	410	401	385	373	380	18
.	2 093	.	.	.	2 075	.	19
.	610	.	.	.	608	.	20
.	.	.	6 201	.	.	.	21
.	.	.	2 200	.	.	.	22
.	.	.	714	.	.	.	23
.	.	.	452	.	.	.	24
78	59	60	83	71	66	71	25
25	19	22	27	28	25	25	26
1 057	939	1 036	1 124	1 032	1 028	1 075	27
8	6	5	12	8	7	6	28
112	96	104	122	111	108	113	29
23	17	17	25	21	20	22	30
3	2	3	3	3	3	3	31
86	76	84	93	86	85	88	32
2 133	1 642	2 015	2 513	1 649	1 158	1 358	33
3 368	2 670	3 408	3 398	3 550	3 227	3 343	34
3 396	3 015	3 370	3 804	3 336	3 473	3 866	35
316	292	288	295	321	305	301	36
97,5	97,7	97,4	97,1	97,7	97,9	294	37
15,9	15,2	14,5	15,8	16,6	16,4	15,6	38
123	115	118	129	110	118	120	39
104	108	82	105	110r	108	96	40
1 935	1 942	1 952	1 955	1 955	1 959	1 973	41
1 353	1 360	1 370	1 368	1 367	1 371	1 384	42
192 463	175 267	173 614	204 215	179 769	186 985	198 870	43
4 271	4 006	4 372	4 064	4 305	4 315	4 458	44
2 849	2 863	2 727	2 727	2 912	3 028	2 919	45
35 309	34 149	33 810r	37 085	32 737	35 079	34 779	46
10 391	10 205	9 594r	10 991	9 488	10 502	10 143	47

4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen — 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene — 6) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: ohne Innereien — 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern — 9) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	2 245	2 195
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	949	947
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	304	311
4	* Erd- und Erdölgas	"	645	636
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	437	393
6	* leichtes Heizöl	"	109	102
7	* schweres Heizöl	"	328	291
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 389	6 493
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 824	2 717
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	88	90
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	168	163
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	136	133
13	geleistete Arbeiterstunden	"	15 963	15 878
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	428	439
15	Gehälter (brutto)	"	169	171
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 143	2 135
17	darunter Auslandsumsatz	"	335	294
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	118	122
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	97	98
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	530	528
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	356	354
22	geleistete Arbeiterstunden	"	50 374	49 480
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 159	1 197
24	Gehälter (brutto)	"	869	905
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 684	14 371
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 241	4 582
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	112	124
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	96	104
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	822	839
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	561	575
31	geleistete Arbeiterstunden	"	79 931	81 178
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 629	1 736
33	Gehälter (brutto)	"	1 197	1 247
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	10 708	11 627
35	darunter Auslandsumsatz	"	4 101	4 437
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	112	114
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	95	96
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	319	315
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	237	234
40	geleistete Arbeiterstunden	"	33 585	32 677
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	616	625
42	Gehälter (brutto)	"	325	335
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	4 307	4 434
44	darunter Auslandsumsatz	"	862	947
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	102	106
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	103	102
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 303	10 170
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	172	177
50	Gehälter (brutto)	"	134	139
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 793	2 793
52	darunter Auslandsumsatz	"	198	216
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	96,9	95,5
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	128,1	125,8

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; — ab 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich
kohle — 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169 kJ/m³ — 4) am Monatsende — 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe — 6) am Ende des

1985			1986			Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	
.	6 353	.	.	.	5 929	1
.	2 633	.	.	.	2 923	2
.	884	.	.	.	1 081	3
.	1 749	.	.	.	1 842	4
.	1 011	.	.	.	1 368	5
.	280	.	.	.	435	6
.	731	.	.	.	933	7
6 575	6 324	6 311	6 752	6 494	6 396	8
2 561	2 485	2 527	2 777	2 583	2 307	9
90	90	87	92	90	86	10
162	161	161	160	160	159	11
132	131	131	130	130	130	12
15 652	13 761	15 724	17 231	13 850	14 738	13
454	390	441	407	438	391	14
175	168	166	162	182	165	15
2 018	1 925	2 046	2 063	1 815	1 689	16
307	295	311	258	273	210	17
126	121	122r	125	109	113	18
104	105	91	102	101	102	19
525	527	530	524	524	525	20
353	354	357	351	351	351	21
50 562	46 473	46 909	51 876	47 385	48 139	22
1 261	1 154	1 203	1 154	1 229	1 243	23
957	895	862	896	983	947	24
14 953	14 435	14 385	14 242	12 753	13 037	25
4 757	4 636	4 589r	4 599	3 917	4 123	26
127	118	124	136	116	131	27
107	114	76	112	122r	118	28
832	836	841	855	856	858	29
570	574	578	588	588	591	30
82 727	75 123	72 713	89 250	78 254	82 100	31
1 733	1 679	1 891	1 715	1 822	1 850	32
1 242	1 311	1 248	1 216	1 266	1 413	33
11 147	10 966	10 791r	13 031	11 186	13 010	34
4 236	4 167	3 645r	4 893	4 228	4 980	35
111	99	98	128	105	108	36
100	104	67	100r	102	102r	37
315	316	316	316	315	315	38
233	234	235	234	233	233	39
33 462	30 397	27 868	35 612	30 746	32 119	40
641	612	660	619	633	655	41
331	352	322	321	336	364	42
4 321	4 101	3 803	4 858	4 120	4 482	43
898	896	840	1 019	869	988	44
111	116	92	104	122	112	45
101	102	104	100	100	102	46
65	67	69	65	65	66	47
10 060	9 513	10 400	10 246	9 534	9 889	48
182	171	177	169	183	176	49
144	137	129	132	145	139	50
2 870	2 722	2 785r	2 891	2 863	2 861	51
193	211	209	222	201	201	52
.	94,9	.	.	.	92,3	53
.	124,1	.	.	.	127,3	54

(für das Berichtsquartal) erhoben. — 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraun-Berichtsquartals

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 828	11 167
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	9 836	9 997
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 877	1 814
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	251 343	234 019
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	27 973	24 256
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	11 593	8 470
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	8 624	8 499
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 757	7 286
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	605,8	540,5
10	* Gehälter (brutto)	"	140,3	136,3
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 076,7	1 858,8
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 761	2 292
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 359	2 074
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 193	2 321
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	1 015 365	724 340
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	551	397
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	430	407
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 181	2 127
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	423 105	374 397
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	360	352
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 898	4 701
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1980 = 100	109,5	112,1
23	davon des Einzelhandels mit	"		
24	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	115,3	115,7
25	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	103,3	109,2
26	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	102,4	100,4
27	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroß- geräten, Musikinstrumenten	"	107,4	110,7
28	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	118,6	123,6
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	114,5	120,0
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	121,0	122,7
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	122,3	126,8
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1980 = 100	101,0	104,0
33	davon des Großhandels mit	"		
34	Rohstoffen und Halbwaren	"	115,6	120,9
35	Fertigwaren	"	116,5	123,4
36	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1980 = 100	114,3	117,2
37	davon Beherbergungsgewerbe	"	108,1	108,2
38	Gaststättengewerbe	"	114,1	115,4
39	Kantinen	"	106,2	105,6
40	Handel mit der DDR und Berlin (Ost)	"	115,6	120,9
41	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	182 534	173 385
42	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	156 534	190 994
43	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	10 838,7	11 995,2
44	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	308,2	337,8
45	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	10 530,5	11 659,9
46	* davon Rohstoffe	"	318,4	313,6
47	* Halbwaren	"	1 112,9	1 150,1
48	* Fertigwaren	"	9 099,2	10 196,2
49	* davon Vorerzeugnisse	"	3 104,2	3 412,0
50	* Enderzeugnisse	"	5 995,0	6 784,2
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
51	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 198,3	1 333,7
52	Dänemark	"	207,4	253,8
53	Frankreich	"	1 055,2	1 153,4
54	Griechenland	"	90,0	101,8
55	Großbritannien	"	897,7	1 049,9
56	Italien	"	687,8	769,8
57	Niederlande	"	1 229,6	1 337,5
58	Portugal	"	54,2	66,0
59	Republik Irland	"	55,3	68,1
60	Spanien	"	203,9	237,5

1) am Monatsende — 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus — 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse

1985			1986			Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	
10 207	9 237	9 437	11 653	9 495	9 484	1
9 128	8 965	8 261	10 315	8 865	9 248	2
1 709	1 609	1 692	1 789	1 478	1 363	3
233 167	235 562	236 225	221 467p	223 303p	223 887p	4
28 110	25 230	25 714	26 958p	23 537p	26 128p	5
10 557	9 324	8 528	8 891p	7 874p	8 503p	6
9 077	8 349	8 305	9 402p	8 264p	9 125p	7
8 476	7 557	7 881	8 665p	7 399p	8 500p	8
591,5	540,9	592,4	527,0p	534,1p	549,3p	9
131,4	137,9	134,2	131,0p	138,6p	134,0p	10
1 944,2	1 957,2	1 908,8	1 656,2p	1 688,0p	1 973,3p	11
2 080	2 691	2 331	2 388	2 681	2 721	12
1 880	2 456	2 116	2 252	2 494	2 569	13
2 127	2 706	2 347	2 266	2 530	2 467	14
664 069	854 025	726 661	711 771	797 921	772 595	15
358	454	406	384	426	410	16
375	450	452	357	418	401	17
1 466	1 890	2 629	2 422	2 273	1 681	18
233 140	311 169	406 985	472 316	404 645	280 987	19
236	319	426	382	375	275	20
4 203	5 202	4 806	4 366	4 705	4 496	21
111,3	102,0	107,6	118,9	115,1	107,5	22
118,0	109,3	110,0	118,2	121,7	115,9	23
109,0	87,1	95,2	118,3	115,2	94,5	24
97,4	86,0	94,2	103,2	91,9	94,4	25
94,2	87,1	94,3	109,0	95,4	93,6	26
107,1	103,1	118,7	122,5	103,4	106,7	27
118,7	114,8	115,1	122,6	121,5	120,6	28
126,7	112,8	123,2	111,9	115,1	108,4	29
135,5	130,5	135,1	167,1	146,3	150,6	30
99,1	93,2	102,5	103,4	102,6	91,1	31
123,7	114,5	123,1	121,1	105,3	105,3	32
128,1	119,3	127,7	112,5	96,7	94,5	33
117,2	107,5	116,4	133,8	118,0	121,4	34
117,7	109,0	97,8	109,0	125,6	109,7	35
129,1	121,9	102,2	123,0	157,2	127,8	36
114,5	105,6	96,6	104,4	118,1	104,3	37
125,0	111,7	100,7	130,3	113,7	125,9	38
170 732	180 291	168 697	176 990	179 792	150 391	39
203 773	160 597	191 643	186 635	157 983	161 336	40
12 663,0	11 493,1	11 875,3	13 196,0	10 667,8	12 112,0	41
375,1	307,0	357,7	366,7	273,6	311,7	42
12 287,9	11 186,1	11 517,6	12 829,3	10 394,2	11 800,3	43
340,5	340,8	311,2	296,1	248,5	259,4	44
1 266,2	1 125,5	1 142,2	1 024,7	869,5	903,0	45
10 681,2	9 719,8	10 064,2	11 508,5	9 276,2	10 637,9	46
3 718,5	3 271,8	3 445,3	3 706,6	2 991,2	3 348,9	47
6 962,7	6 448,0	6 618,9	7 801,9	6 285,0	7 289,0	48
1 480,9	1 333,9	1 047,4	1 508,3	1 173,3	1 389,9	49
253,0	232,8	201,0	288,1	218,0	273,5	50
1 212,5	1 127,0	1 219,3	1 367,8	1 053,1	1 303,4	51
105,8	106,4	103,3	103,3	88,7	103,5	52
1 068,7	1 031,1	1 039,5	1 112,5	957,3	1 119,5	53
862,5	788,0	806,2	946,4	750,8	868,7	54
1 379,9	1 250,6	1 285,5	1 511,1	1 207,4	1 339,6	55
73,8	62,8	70,6	78,3	61,2	85,2	56
62,8	59,2	57,4	77,4	58,5	69,4	57
260,9	227,3	220,7	335,4	298,7	331,5	58

gültige Ergebnisse — 4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel — 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat:

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Handel und Gastgewerbe				
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	5 421,2	6 062,5
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 348,9	1 528,1
3	übrige Länder	"	4 068,7	4 407,0
Fremdenverkehr ¹⁾				
4	* Gästeankünfte	1 000	750	748
5	* darunter von Auslandsgästen	"	140	141
6	* Gästeübernachtungen	"	2 342	2 385
7	* darunter von Auslandsgästen	"	321	330
Verkehr				
Binnenschifffahrt				
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	11 639	11 086
9	* davon Güterempfang	"	6 615	6 592
10	* Güterversand	"	5 024	4 494
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 415	10 860
12	davon Bergverkehr	"	7 484	7 418
13	Talverkehr	"	3 931	3 442
Kraftfahrzeuge				
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	56 756	55 130
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	50 120	49 804
16	Lastkraftwagen	"	2 194	2 189
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	"	3 363	2 179
Straßenverkehrsunfälle				
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	40 111	41 010
19	* davon mit Personenschaden	"	7 812	6 783
20	mit nur Sachschaden	"	32 299	34 227
21	* getötete Personen	"	182	141
22	* verletzte Personen	"	9 864	8 502
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 956	2 445
Deutsche Bundesbahn ³⁾				
24	Güterempfang	1 000 t	7 366	7 180
25	Güterversand	"	9 307	9 190
26	Güterwagenstellung	1 000	340	333
Deutsche Bundespost ⁴⁾				
27	Briefsendungen	Mill.	239	368
28	Paketsendungen	1 000	4 727	4 627
29	abgehende Ferngespräche	Mill.	229	240
30	aufgegebene Telegramme	1 000	140	136
Geld und Kredit				
Kredite und Einlagen ⁵⁾				
31	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	407 144	421 981
32	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	398 767	413 403
33	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	89 864	89 364
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	88 049	86 974
35	* an öffentliche Haushalte	"	1 815	2 390
36	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	40 333	38 485
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	36 033	34 301
38	* an öffentliche Haushalte	"	4 300	4 184
39	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	269 898	286 008
40	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	215 609	231 185
41	* an öffentliche Haushalte	"	54 289	54 823
42	durchlaufende Kredite	"	7 049	8 124
43	an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 447	7 228
44	an öffentliche Haushalte	"	602	896

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze — 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt — 3) Ergebnisse für die Bereiche Angaben umfassen die in NW gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentral Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

1985			1986				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
6 426,1	5 929,0	5 802,4	7 328,7	5 866,0	6 884,1	6 560,0	1
1 566,8	1 534,6	1 401,0	1 838,9	1 510,8	1 666,7	1 692,9	2
4 670,1	4 029,5	4 671,9	4 028,4	3 291,0	3 561,2	3 927,3	3
950	788	647	791	909	844	786	4
167	167	178	141	184	145	174	5
2 858	2 750	2 676	2 297	2 923	2 742	2 834	6
356	382	479	325	515	333	483	7
11 733	11 669	11 608	12 652	10 981	11 640	10 880	8
6 940	6 985	7 111	7 274	6 667	6 561	6 604	9
4 793	4 684	4 497	5 378	4 314	5 079	4 276	10
12 168	13 247	11 730	12 910	13 170	13 088	...	11
8 124	8 887	8 282	8 745	8 989	8 695	8 607	12
4 044	4 360	3 448	4 165	4 181	4 393	...	13
61 529	54 615	59 677	82 552	65 659	66 880	65 662	14
54 563	48 724	53 816	74 469	59 011	60 700	59 988	15
2 325	2 274	2 145	3 115	2 309	2 406	2 564	16
3 579	2 658	2 692	3 846	3 323	2 742	2 015	17
39 653	39 976	34 535	43 747	43 546	42 825	44 317	18
8 150	7 696	7 205	6 839	8 706	8 721	8 626	19
31 503	32 280	27 330	36 908	34 840	34 104	35 691	20
171	158	143	114	151	153	151	21
10 065	9 862	9 153	8 558	10 933	11 023	10 831	22
2 992	2 774	2 634	2 408	3 185	3 171	2 916	23
7 160	6 896	7 318	7 690	6 392	6 654	7 085	24
9 400	8 901	9 562	9 626	8 176	8 263	8 521	25
337	316	345	335	287	293	308	26
359	324	350	271	218	236	245	27
4 147	3 462	3 861	4 776	3 606	3 706	3 981	28
245	245	234	250	259	243	252	29
153	135	150	140	146	135	144	30
410 382	414 971	412 069	421 419	421 606	424 765	424 276	31
402 240	406 758	404 092	412 940	413 188	416 438	415 926	32
88 484	92 745	89 057	87 918	86 945	89 647	86 898	33
86 813	90 099	87 161	85 847	85 671	86 802	85 558	34
1 671	2 646	1 896	2 071	1 274	2 845	1 340	35
38 540	38 589	38 200	37 370	36 960	36 726	36 711	36
34 368	34 513	34 255	33 788	33 400	33 274	33 346	37
4 172	4 076	3 945	3 582	3 560	3 452	3 365	38
275 867	276 115	277 251	287 834	289 303	289 957	292 204	39
221 454	222 085	223 553	234 311	235 552	236 781	238 305	40
54 413	54 030	53 698	53 523	53 751	53 176	53 899	41
7 491	7 522	7 561	8 297	8 398	8 435	8 463	42
6 823	6 844	6 869	7 279	7 321	7 315	7 321	43
668	678	692	1 018	1 077	1 120	1 142	44

der DB-Direktionen Essen und Köln — 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster — 5) Die bank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) und bis Dezember 1985 ohne die Kreditgenossenschaften, deren

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	348 765	366 837
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	202 385	212 770
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	166 313	174 510
4	* von öffentlichen Haushalten	"	36 072	38 260
5	* Spareinlagen	"	146 380	154 067
6	* bei Sparkassen	"	89 259	93 990
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	8 900	9 422
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	8 476	8 783
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	420	478
10	* Vergleichsverfahren	"	2	3
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	4 274	4 208
12	* Wechselsumme	Mill. DM	34	36
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	470 202	463 137
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	449 079	443 080
15	von Lastenzuschuß	"	21 124	20 060
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	119	122
17	Mietzuschuß je Fall	"	118	121
18	Lastenzuschuß je Fall	"	140	139
Gesetzliche Krankenversicherung ²⁾ (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	9 834	9 865
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 620	5 665
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	2 930	2 950
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	7 639,0	7 989,3
23	* Steuern vom Einkommen	"	4 487,4	4 861,6
24	* Lohnsteuer ³⁾	"	3 160,7	3 428,7
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	688,9	725,0
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	117,2	142,5
27	* Körperschaftsteuer ³⁾	"	520,5	565,4
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 151,6	3 127,7
29	* Umsatzsteuer	"	1 465,4	1 330,5
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 686,3	1 797,2
31	* Bundessteuern	"	1 194,1	1 246,7
32	darunter Ergänzungsabgaben	"	0,2	0,4
33	* Zölle	"	119,4	120,9
34	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	991,7	1 030,2
35	darunter Mineralölsteuer	"	558,6	612,7
36	* Landessteuern ⁴⁾	"	391,6	394,0
37	* darunter Vermögensteuer	"	102,0	100,7
38	* Kraftfahrzeugsteuer	"	161,6	161,2
39	* Biersteuer	"	32,2	31,9
40	* Gemeindesteuern ⁴⁾⁵⁾	"	2 643,6	2 756,4
41	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 990,3	2 105,4
42	* Grundsteuer A	"	13,0	13,4
43	* Grundsteuer B	"	461,1	475,0
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ⁴⁾				
44	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	15 780,8	16 394,5
45	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 864,9	6 357,8
46	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	6 193,0	6 145,9
47	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	140,7	150,7
48	* Steuereinnahmen des Landes	"	9 793,2	10 280,6
49	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 864,9	6 357,8
50	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 612,9	2 590,2
51	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	140,7	150,7
52	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 094,6	4 324,1
53	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	1 732,4	1 869,1
54	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁶⁾	"	1 708,9	1 804,0

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. — 2) Anmerkungen und weitere
ern) einschl. 5/14 (9/14) des Aufkommens an der Grunderwerbsteuer — 5) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Vierteljahresdurchschnitt

1985			1986			Lfd. Nr.	
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni		Juli
346 344	347 914	346 495	365 604	367 331	370 937	369 690	1
199 571	201 182	200 263	208 239	209 631	212 688	212 034	2
162 018	162 984	163 411	170 408	169 883	172 802	173 239	3
37 553	38 198	36 852	37 831	39 748	39 886	38 795	4
146 773	146 732	146 232	157 365	157 700	158 249	157 656	5
89 838	89 718	89 329	94 553	94 677	94 843	94 262	6
7 915	7 211	10 913	10 057	7 330	7 958	9 901	7
8 120	7 252	11 414	9 341	6 995	7 410	10 494	8
434	571	438	501	406	548	480	9
3	3	6	1	—	4	5	10
4 473	4 151	4 247	5 024	3 831	3 465	3 500	11
38	33	38	37	31	27	27	12
478 647	468 935	467 697	508 587	533 564	536 744	...	13
457 202	447 902	447 244	482 533	505 010	507 106	...	14
21 445	21 033	20 453	26 054	28 554	29 638	...	15
123	123	122	139	141	141	...	16
122	122	122	138	139	140	...	17
141	140	139	165	166	166	...	18
9 827	9 823	9 812	9 881	9 882	9 881	9 885	19
5 622	5 617	5 605	5 686	5 686	5 683	5 688	20
2 949	2 950	2 951	2 958	2 959	2 960	2 962	21
5 996,0	10 665,7	7 202,2	6 368,8	5 816,5	11 118,7	7 197,7	22
2 901,1	7 477,3	4 085,0	3 612,1	2 583,8	7 817,4	4 239,0	23
2 804,9	3 572,7	3 705,1	3 046,2	2 842,5	3 625,8	3 894,6	24
—233,9	2 283,7	—259,8	—451,0	—228,4	2 170,5	—171,4	25
67,3	161,3	378,3	872,1	63,0	230,3	358,6	26
262,8	1 459,6	261,3	144,8	—93,3	1 790,9	157,2	27
3 094,9	3 188,4	3 117,2	2 756,8	3 232,7	3 301,2	2 958,8	28
1 325,4	1 413,7	1 193,4	1 028,1	1 560,9	1 673,1	1 360,7	29
1 769,5	1 774,7	1 923,8	1 728,7	1 671,8	1 628,1	1 598,1	30
1 179,9	1 282,6	1 250,4	1 389,6	1 170,7	1 361,4	1 313,2	31
0,1	0,2	0,4	0,1	0,1	—1,1	0,1	32
116,7	115,1	112,6	120,1	124,8	112,6	123,7	33
981,2	1 108,1	1 069,4	1 187,6	940,8	1 179,8	1 121,7	34
581,8	641,2	650,2	782,6	556,3	772,5	690,8	35
541,5	321,9	334,0	507,1	615,3	422,1	503,8	36
248,4	27,4	12,0	6,1	258,0	11,0	19,1	37
181,7	175,0	196,5	369,3	210,3	282,9	298,4	38
32,4	37,4	32,3	25,3	34,7	38,4	31,2	39
.	2 706,5	.	.	.	2 921,2	.	40
.	2 058,6	.	.	.	2 223,5	.	41
.	13,8	.	.	.	14,6	.	42
.	471,1	.	.	.	515,1	.	43
.	15 677,4	.	.	.	16 291,7	.	44
.	5 745,2	.	.	.	6 181,2	.	45
.	6 202,1	.	.	.	6 039,0	.	46
.	147,6	.	.	.	149,9	.	47
.	9 636,6	.	.	.	10 429,0	.	48
.	5 745,2	.	.	.	6 181,2	.	49
.	2 498,6	.	.	.	2 553,4	.	50
.	147,6	.	.	.	149,9	.	51
.	4 044,4	.	.	.	4 272,3	.	52
.	1 633,1	.	.	.	1 650,8	.	53
.	1 763,3	.	.	.	1 923,8	.	54

Merkmale auf der letzten Seite — 3) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung — 4) Landessteuern (Gemeindesteuern — 6) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
	Preise			
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte			
1	* Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	118,4	120,9
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,3	115,9
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	122,5	126,4
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	115,6	117,2
5	Bekleidung, Schuhe	"	117,1	120,0
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen			
6	Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	118,4	120,9
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,0	115,6
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	122,6	126,6
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	115,5	117,2
10	Bekleidung, Schuhe	"	117,6	120,7
	Preisindex ²⁾ für Wohngebäude			
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	114,4	114,8
12	davon Rohbauarbeiten	"	111,3	110,7
13	Ausbauarbeiten	"	118,7	120,8
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	"	114,9	115,5
15	für Bürogebäude	"	115,9	116,9
16	für gewerbliche Betriebsgebäude	"	116,2	116,8
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	100,6	102,1
	Löhne und Gehälter			
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾			
	Bruttowochenverdienste			
18	* männliche Arbeiter	DM	694	719
19	* darunter Facharbeiter	"	732	760
20	* weibliche Arbeiter	"	473	491
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	461	478
	Bruttostundenverdienste			
22	* männliche Arbeiter	DM	16,70	17,42
23	* darunter Facharbeiter	"	17,66	18,39
24	* weibliche Arbeiter	"	11,82	12,40
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	11,48	12,10
	bezahlte Wochenarbeitszeit			
26	männliche Arbeiter	h	41,5	41,3
27	weibliche Arbeiter	"	40,0	39,6
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾			
	in Industrie und Hoch- und Tiefbau			
	kaufmännische Angestellte			
28	* männlich	DM	4 253	4 428
29	* weiblich	"	2 922	3 030
	technische Angestellte			
30	* männlich	DM	4 450	4 649
31	* weiblich	"	2 998	3 101
	in Handel, Kredit und Versicherungen			
	kaufmännische Angestellte			
32	* männlich	DM	3 485	3 644
33	* weiblich	"	2 358	2 468
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen			
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		-0,5	+0,1

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen — 2) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Vierteljahresdurchschnitt — 3) mit der jeweiligen von 10 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Glättung der Vormonatswerte; zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1985			1986				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
121,1	121,2	121,1	120,7	120,5	120,7	120,2	1
117,2	116,9	116,3	117,3	117,5	117,7	117,3	2
125,8	125,5	126,1	124,2	123,1	122,4	121,2	3
117,1	117,2	117,3	118,3	118,2	118,4	118,4	4
119,8	119,8	119,9	121,9	122,0	122,1	122,1	5
121,2	121,3	121,1	120,7	120,6	120,8	120,3	6
117,0	116,5	116,0	116,9	117,1	117,2	116,8	7
126,0	125,9	126,4	125,1	124,2	123,6	122,6	8
117,1	117,2	117,3	118,3	118,2	118,4	118,4	9
120,5	120,5	120,6	122,7	122,8	122,9	123,0	10
114,6	.	.	.	115,7	.	.	11
110,4	.	.	.	111,1	.	.	12
120,5	.	.	.	122,3	.	.	13
115,3	.	.	.	116,4	.	.	14
116,7	.	.	.	118,1	.	.	15
116,5	.	.	.	118,1	.	.	16
101,9	.	.	.	103,6	.	.	17
.	.	725	733	.	.	750	18
.	.	768	776	.	.	796	19
.	.	494	500	.	.	515	20
.	.	481	487	.	.	502	21
.	.	17,54	17,68	.	.	18,13	22
.	.	18,54	18,65	.	.	19,17	23
.	.	12,50	12,66	.	.	13,05	24
.	.	12,20	12,36	.	.	12,76	25
.	.	41,3	41,5	.	.	41,4	26
.	.	39,5	39,5	.	.	39,4	27
.	.	4 440	4 516	.	.	4 613	28
.	.	3 038	3 084	.	.	3 168	29
.	.	4 690	4 729	.	.	4 849	30
.	.	3 117	3 149	.	.	3 248	31
.	.	3 651	3 786	.	.	3 862	32
.	.	2 477	2 533	.	.	2 569	33
+0	+0,1	+0,1	+0,6	+0,8	+0,9	+1,1	34

Anzahl der Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober — 4) faktorenanalytische Verknüpfung

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monats- oder Jahresdurchschnitt bzw. Stichtag	
Bevölkerung				
1	Wohnbevölkerung ¹⁾	1 000	61 049	...
2	Eheschließungen	Je 1 000 der	5,9	6,0p
3	Lebendgeborene	Bevölkerung	9,5	9,6p
4	Gestorbene	und 1 Jahr	11,3	11,5p
Erwerbstätigkeit				
5	Erwerbstätige	1 000	25 352p	25 531p
6	Arbeitslose ¹⁾	"	2 266	2 304
Landwirtschaft				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	387	387
8	Milcherzeugung	"	2 179	2 140
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	6 854	6 940
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	653	659
11	Umsatz	Mill. DM	116 481	124 691
12	darunter Auslandsumsatz	"	33 544	37 006
13	Index der Nettoproduktion	1980 = 100	98,6	103,7
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe, alle Betriebe				
14	Beschäftigte	1 000	1 106	1 026
15	geleistete Arbeitsstunden	Mill.	122	106
16	darunter für Wohnungsbau	"	52	40
Handel				
Einzelhandel				
17	Umsatz insgesamt	1980 = 100	111,3	114,0
Warenverkehr mit Berlin (West)				
18	Bezüge	Mill. DM	2 924	3 137
19	Lieferungen	"	2 174	2 307
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)				
20	Bezüge	Mill. DM	645	636
21	Lieferungen	"	534	659
Außenhandel				
22	Einfuhr	Mill. DM	36 188	38 651
23	Ausfuhr	"	40 685	44 764
Verkehr				
Beförderte Güter				
24	Eisenbahnen ²⁾	1 000 t	27 482	27 884
25	Binnenschifffahrt	"	19 707	18 534
26	Seeschifffahrt	"	11 026	11 528p
Beförderte Personen				
27	Eisenbahnen ²⁾	Mill.	90,5	92,0
Geld und Kredit				
28	Bargeldumlauf ¹⁾	Mrd. DM	99,8	104,2p
29	Spareinlagen ¹⁾	"	568,8	601,6p
Kredite an				
30	Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾	Mrd. DM	1 468,8	1 548,2p
31	öffentliche Haushalte ¹⁾	"	446,8	465,8
Steuern				
32	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	29 789	31 303
33	Steuern vom Einkommen	"	16 218	17 854
34	Lohnsteuer	"	11 363	12 303
35	veranlagte Einkommensteuer	"	2 197	2 381
36	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	466	517
37	Körperschaftsteuer	"	2 193	2 653
38	Bundessteuern	"	4 505	4 586
39	Zölle und Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	4 222	4 264
40	Landessteuern	"	1 548	1 540
Preise				
41	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	121,2	122,1
42	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	114,0	114,5
43	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1980 = 100	119,2	121,8
44	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1980 = 100	106,9	103,1
Preisindex für die Lebenshaltung				
45	aller privaten Haushalte	1980 = 100	118,4	121,0
46	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	118,4	120,9

1) Jahres- bzw. Monatsende — 2) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs — — — Quelle: Statistisches Bundesamt

1985			1986				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
61 011 10,3 9,8 11,4	61 015 7,6 9,2 10,6	61 025 6,8 10,4 11,2	... 5,0 11,0 12,3	... 10,2 9,9 10,7	... 8,0 10,5 11,2	... 7,0 10,8 10,7	1 2 3 4
25 424p 2 193	2 160	2 221	25 601p 2 230	25 701p 2 122	25 774p 2 078	25 860p 2 132p	5 6
403 2 452	348 2 306	385 2 311	441 2 334	400 2 507	398 2 381	395 2 388	7 8
6 884 663 126 520 37 042 103,2	6 907 615 120 797 36 296 105,0	6 961 658 125 065 36 636 99,2r	7 017 724 132 279 40 278 113,3	7 021 629 114 976 33 706 104,6	7 044 659 125 026 38 040 110,3	7 096 675 121 608 35 707 100,3	9 10 11 12 13
1 037 124 49	1 047 117 46	1 055r 134r 51r	984 122 44	1 000 109 40	1 012 121 44	1 022 129 45	14 15 16
114,3 3 022 2 303	104,8 3 015 2 132	114,7r 3 347 2 330	122,9r 3 287 2 442	117,4r 2 877 2 116	110,8 3 060 2 220	116,1p 3 170 2 211	17 18 19
623 627	600 599	650 697	567 629	552 534	519 529	562 664	20 21
39 425 46 890	36 603 42 116	41 136 47 896	39 940 49 989	32 571 40 632	34 470 44 395	34 528 45 417	22 23
27 984 20 875 11 782 88,4	26 702 21 270 11 521 86,3	28 656 21 232 11 156p 96,5	28 954 22 768 11 610p 91,2	25 171 ... 11 485p 89,3 11 137p	24 25 26 27
99,6 570,5 1 487,2 453,3	99,8 571,1 1 503,2 454,0	100,4 569,0 1 500,8 456,1	104,6 630,6 1 582,8 463,0	105,5 631,8 1 589,7 462,5	105,4 633,3 1 606,2 460,7	108,1p 632,4p 1 608,5p 464,4p	28 29 30 31
24 690 10 726 10 740 -846 334 498 4 339 3 925 2 147	39 533 27 315 11 996 7 416 648 7 255 4 699 4 459 1 259	27 442 14 004 13 119 -778 1 110 552 4 569 4 316 1 424	24 942 11 336 11 086 -1 152 1 356 45 4 558 4 236 1 824	26 224 11 235 11 034 -860 498 564 4 455 4 090 2 347	40 987 28 281 12 401 7 284 771 7 825 4 712 4 458 1 602	28 876p 14 670 13 941 -655 1 412 -28 4 698p 4 427p 1 803p	32 33 34 35 36 37 38 39 40
124,3 114,2 122,1 103,4 121,2 121,3	123,4 ... 122,0 104,0 121,3 121,3	122,3 ... 122,1 103,7 121,1 121,1	107,4 ... 119,4 98,4 120,9 121,0	105,2 116,1 118,6 97,3 120,9 120,9	103,9 ... 118,5 98,9 121,1 121,2	101,6 ... 117,7 98,8p 120,5 120,7	41 42 43 44 45 46

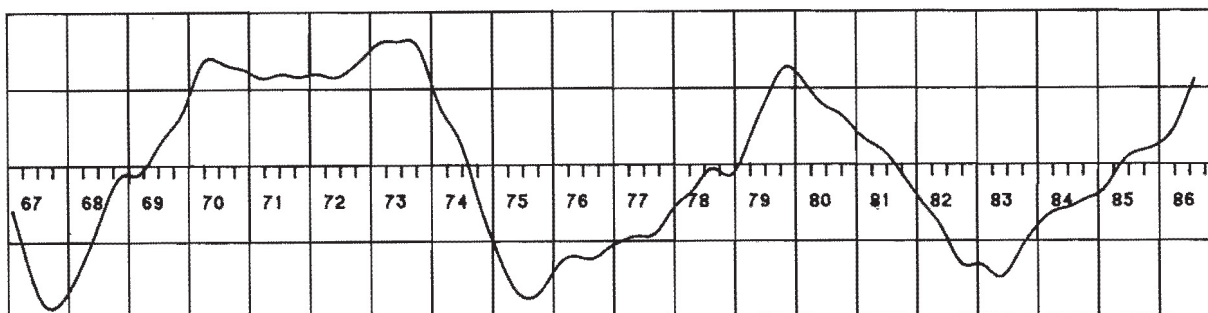
Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Ergänzende Daten zu Sozialleistungen

Merkmal	Einheit	1985	1986					
		Monats- durchschnitt	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Gesetzliche Krankenversicherung¹⁾ (ohne mitversicherte Familienangehörige)								
Mitglieder insgesamt	1 000	9 865	9 893	9 895	9 881	9 882	9 881	9 885
darunter								
Pflichtmitglieder	"	5 665	5 692	5 692	5 686	5 686	5 683	5 688
darunter								
krankenversicherte Arbeitslose . . .	"	481	508	521	508	490	473	463
Rentner und Rentenantragsteller . . .	"	2 950	2 957	2 958	2 958	2 959	2 960	2 962
Altenteiler	"	50	49	49	49	49	49	49
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	4,68	5,16	6,95	4,79	4,77	4,32	4,77
Männer	"	5,00	5,41	7,14	5,04	5,07	4,61	5,22
Frauen	"	4,21	4,81	6,68	4,44	4,33	3,89	4,12
Darunter RVO-Kassen								
Ortskrankenkassen								
Mitglieder insgesamt	1 000	3 451	3 449	3 451	3 446	3 448	3 446	3 454
darunter								
Pflichtmitglieder	"	2 028	2 033	2 036	2 034	2 037	2 035	2 042
Rentner	"	1 232	1 225	1 224	1 222	1 221	1 221	1 220
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	5,00	5,56	7,05	4,92	5,13	5,13	5,41
Männer	"	4,94	5,43	6,81	4,83	5,02	5,02	5,41
Frauen	"	5,13	5,86	7,58	5,13	5,38	5,38	5,42
Innungskrankenkassen								
Mitglieder insgesamt	1 000	805	804	801	796	794	792	791
darunter								
Pflichtmitglieder	"	587	585	581	577	575	572	571
Rentner	"	149	150	150	150	150	150	150
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	4,02	4,41	5,74	4,26	4,17	3,90	4,16
Männer	"	4,19	4,57	5,85	4,42	4,33	4,05	4,39
Frauen	"	3,37	3,83	5,36	3,63	3,60	3,36	3,33
Betriebskrankenkassen²⁾								
Mitglieder insgesamt	1 000	1 263	1 269	1 270	1 269	1 270	1 271	1 269
darunter								
Pflichtmitglieder	"	721	724	724	724	724	725	724
Rentner	"	435	437	437	437	438	438	438
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	5,56	6,25	8,57	5,41	5,69	4,97	5,63
Männer	"	5,61	6,29	8,55	5,46	5,76	5,07	5,80
Frauen	"	5,40	6,13	8,62	5,26	5,49	4,67	5,10

1) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW sowie Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundespost, Bundesbahn, des Bundesverkehrsministeriums, Bundesknappschaft, Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft und der Krankenkasse für den Gartenbau mit Anteil Nordrhein-Westfalens — 2) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW

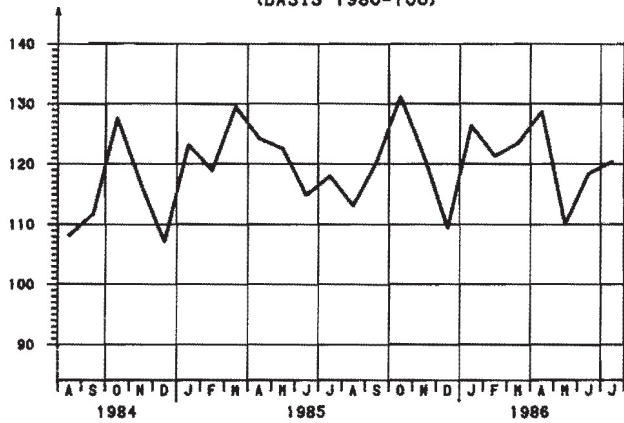
MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG JANUAR 1967 BIS JULI 1986



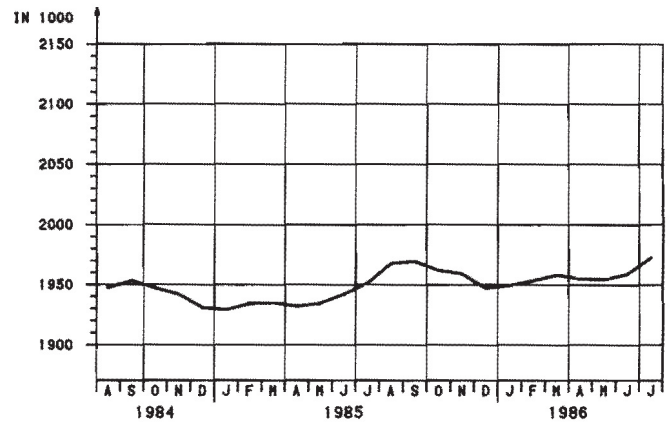
GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG: LDS NW

BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE AUGUST 1984 BIS JULI 1986

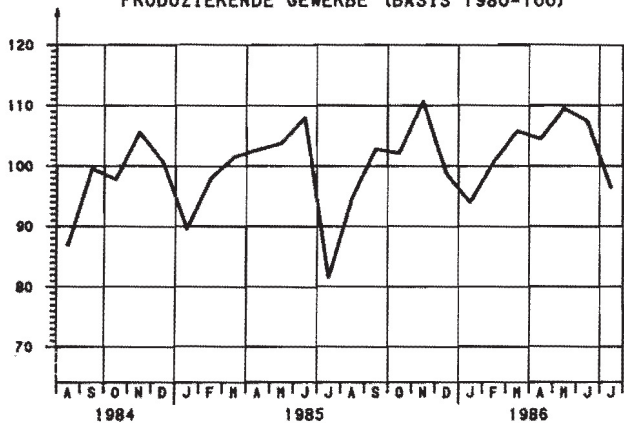
AUFTRAGSEINGANGSINDEX (NOMINAL)
(BASIS 1980=100)



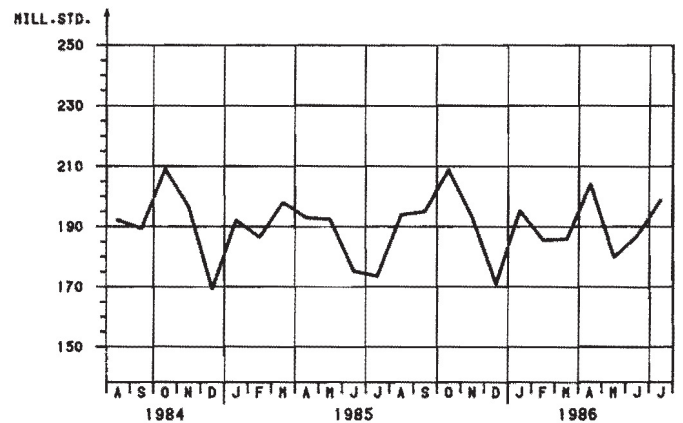
BESCHÄFTIGTE



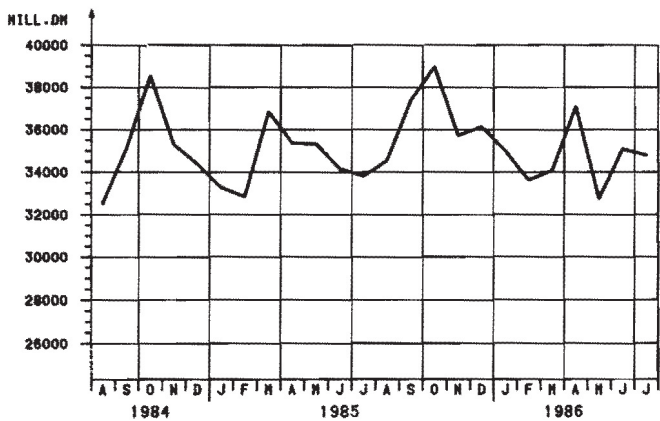
INDEX DER NETTOPRODUKTION FÜR DAS
PRODUZIERENDE GEWERBE (BASIS 1980=100)



GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN



UMSATZ



GESAMTENERGIEVERBRAUCH
(IN STEINKOHLEEINHEITEN)

